

# Loccumer Pelikan

Religionspädagogisches Magazin für Schule und Gemeinde  
des Religionspädagogischen Instituts Loccum

rpi  
loccum

ISSN 1435-8387

Ausgabe 3/2023

## „KIRCHE IM SOZIALISMUS“?

Richard Schröder  
Die evangelische Kirche  
in der DDR

David Käbisch  
Kirchliche Friedensarbeit  
und gewaltfreier Wider-  
stand in der DDR

Katharina Kunter  
Kirche und Religion in der  
DDR und in Ostdeutschland.  
Vier Unterrichtskurzfilme



EVANGELISCH-LUTHERISCHE  
LANDESKIRCHE HANNOVERS



editorial | *Silke Leonhard* ..... 3

## ➤ GRUNDSÄTZLICH

Die evangelische Kirche in der DDR | *Richard Schröder* ..... 4  
 Staatskirchenrecht in der DDR | *Martin Otto* ..... 11  
 „Kirche im Sozialismus“. Die Formel und ihr Entstehungskontext | *Klaus Fitschen* ..... 16  
 Kirche im Sozialismus. Ein Begriff zwischen Standortbestimmung, Türöffner,  
 Kritik und Anpassung | *Henning Schluß und Antonia Schluß* ..... 21  
 Kirchliche Friedensarbeit und gewaltfreier Widerstand in der DDR  
 Oder: Was können wir heute von der „Kirche im Sozialismus“ lernen? | *David Käbisch* ..... 26

## ➤ NACHGEFRAGT

Meine Jugend in der DDR. So erlebte ich, Jahrgang 68, die sozialistische Schule der 80er-Jahre | *Tobias Richter* ..... 34

## ➤ PRAKTISCH

GELESEN: Joachim Gauck: Eine Schlüsselfigur der jüngsten Geschichte erinnert sich | *Christina Harder* ..... 36  
 BETRACHTET: Willi Sitte: personifizierter  
 Zwiespalt zwischen ideellem und real existierendem Sozialismus | *Linda Frey* ..... 38  
 GESUNGEN: „Vertraut den neuen Wegen“ (EG 395) | *Lena Sonnenburg* ..... 40  
 Kirche im Sozialismus. Praxisimpulse für kirchliche Zeitgeschichte im Religionsunterricht | *Johannes Träger* ..... 43  
 Kirche und Religion in der DDR und in Ostdeutschland.  
 Vier Unterrichtskurzfilme für Jugendliche und junge Erwachsene an Schulen,  
 Bildungseinrichtungen und Universitäten | *Katharina Kunter* ..... 48

## ➤ INFORMATIV

Kirche im Sozialismus. Filmtipps aus dem Haus kirchlicher Dienste | *Anja Klinkott* ..... 56  
 Von einem Matrizendrucker, viel Engagement und der friedlichen Revolution | *Lena Sonnenburg* ..... 55  
 „Neugierde, Offenheit und Forschergeist“. Landeswettbewerb Evangelische Religion:  
 Preise im Wert von 3.000 Euro vergeben | *Lothar Veit* ..... 57  
 In eigener Sache: Zum Abschied von Dr. Michaela Veit-Engelmann ..... 59  
 In eigener Sache: Die Pelikan-Chefin fliegt aus ..... 60  
 Buch- und Materialbesprechung ..... 61  
 Nachrichten aus Schule, Staat und Kirche ..... 64  
 Impressum ..... 67



## Liebe Kolleg\*innen,

ein neues Schul-, Kita- und Studienjahr bricht an: Möge es gesund, hoffnungsfroh und ergiebig werden!

Manchmal braucht es Anlässe, um sich Themen zu widmen, die bei aller politisch-historischen Plausibilität nicht sofort auf der Hand liegen. „**Kirche im Sozialismus**“ stellt eine exemplarische geschichtliche Situation für das **Verhältnis von Kirche und Staat** dar – so die Profilierung eines Abiturthemas im Fach Evangelische Religion für das Jahr 2024. Wir haben uns auf Spurensuche dazu begeben, nach thematischen Aspekten geschaut, Kundige kontaktiert, Darstellungen und Stimmen eingefangen, um zu skizzieren, was **Kirche in der DDR** bedeutet (hat) und letztlich, wie das Verhältnis von Kirche und Sozialismus treffender zu beschreiben ist. Die Autoren stoßen mit ihren Artikeln auf unterschiedliche Facetten einer **Ereignis-, Sozial- und Kulturgeschichte**, in denen beleuchtet wird, was ihnen wichtig erscheint. Alle Artikel bringen dazu, hinter die Formel „Kirche und Sozialismus“ ein **Fragezeichen** zu setzen. So geht der Theologe und Bürgerrechtler Richard Schröder auf die **Formeln** ein, die das Verhältnis von Kirche, DDR und Sozialismus geprägt haben. Einen **staatskirchenrechtlich** geprägten Blick auf Kirche im Sozialismus wirft der Jurist Martin Otto. Und der Kirchenhistoriker Klaus Fitschen illuminiert das **Kirchenbild** auch hinsichtlich der Rolle von Bildung. Mit dem Bildungswissenschaftler Henning Schluß und der Theologiestudentin Antonia Schluß kommen vor allem **pädagogische Facetten** und auch die Rolle einer **religionspädagogisch-katechetischen Zeitschrift** ins Visier. David Käbisch schließlich lenkt die Aufmerksamkeit auf die **friedliche Revolution** und daraus er-

wachsende Lernzielbereiche. Der gegenwärtige Rechtsruck und Tendenzen zu extremen Positionen in der Gesellschaft lassen danach fragen, wie Kirche unter diesen Bedingungen das Wort ergreift und sich verändert.

Da kommt das Motto für den Reformationsfeiertag am kommenden 31. Oktober gerade recht: **Mutausbruch** ([www.reformation-neu-feiern.de](http://www.reformation-neu-feiern.de)). Den braucht es sowieso für jede\*n Einzelne\*n überall und immer, besonders bei spürbarer Unverfügbarkeit in etlichen Lebensbereichen. „Der Mut zum Sein gründet in dem Gott, der erscheint, wenn Gott in der Angst des Zweifels untergegangen ist“, schreibt Paul Tillich (GW XI, 138f.). Lassen wir uns ermutigen.

Unser **Programm für dieses und nächstes Jahr** finden Sie im Laufe des Herbstes tagessaktuell auf unserer Website [www.rpi-loccum.de](http://www.rpi-loccum.de) (siehe auch QR-Code auf der Rückseite). In unserem Team gibt es gerade sehr viel Bewegung: **Neue Gesichter am RPI** werden wir Ihnen im kommenden Pelikan vorstellen. Schauen Sie gern auf unsere Website!

Und zur Erinnerung: Das Programm für das erste **Lehrkräfteforum** nach der Corona-Zeit, das am 6. Dezember dieses Jahres unter dem Titel **Baustelle Frieden** in Hannover stattfindet, ist online: [www.kirche-schule.de/2023\\_lehrkraefteforum](http://www.kirche-schule.de/2023_lehrkraefteforum).

Einen mutigen Herbst wünscht Ihnen mit herzlichen Grüßen

*Silke Leonhard*

Prof. Dr. Silke Leonhard  
Rektorin

RICHARD SCHRÖDER

# Die evangelische Kirche in der DDR

---

## Mutter der Revolution?

Das Bild von der Evangelischen Kirche in der DDR ist in der öffentlichen Meinung nach dem Zusammenbruch der DDR plötzlich umgekippt. Erst galt sie als Mutter der Revolution, nun wurde sie als Stütze des Systems verdächtigt. Das eine war zu viel der Ehre, das andere ist zu viel der Schande.

„Mutter der Revolution“ – diese Übertreibung kam dadurch zustande, dass die Kirche der einzige Ort in der DDR war, an dem das freie Gespräch möglich war. Die Evangelische Kirche hat in den 1980er-Jahren oppositionellen Gruppen, die sich mit den Problemen Frieden, Umwelt, Dritte Welt beschäftigt haben, ihr Dach angeboten, auch Nichtchrist\*innen. Und sie hat, wenn Oppositionelle aus diesen Gruppen verhaftet wurden, Fürbittengottesdienste und Mahnwachen ermöglicht. Dann gab es ausnahmsweise volle Kirchen. Und nach der Öffnung der Mauer waren überall im Lande die Kirchen der Ort, an dem sich die Bürger\*innen zuerst versammelten und sich die neuen politischen Bewegungen vorstellten. Die Bilder von diesen vollen Kirchen im Westfernsehen haben bei vielen im Westen ein gänzlich irrealles Bild vermittelt. Denn in Wahrheit waren die Christen in der DDR zu einer Minderheit geschrumpft. Die Kirche war, anders als in Polen, viel zu schwach, um Mutter der Revolution zu sein. Aber sie konnte der Freiheit des Wortes und der Gedanken Raum geben. Dadurch hat sie Verdienste am Zusammenbruch der SED-Herrschaft, von dessen Geschwindigkeit sie allerdings überrascht wurde. Denn das Bemühen der Kirche ging immer auf Reformen zurück, weil wir aus Erfahrung wussten: Wenn es um die Machtfrage geht, ist mit den Kommunisten nicht zu spaßen, dann schlagen sie zu.

## Stütze des Systems?

„Stütze des Systems“ – dieser Vorwurf wurde genährt von Stasi-Enthüllungen. Jeder Fall von missbrauchtem Vertrauen ist enttäuschend und muss aufgeklärt werden. Das ist aber auch geschehen. Die Rechenschaftsberichte der entsprechenden Gremien sind allerdings von der Öffentlichkeit nur mäßig wahrgenommen worden. Es stimmt aber nicht, dass die Kirche von der Stasi stärker durchsetzt war als andere gesellschaftliche Bereiche; es war vielmehr umgekehrt. Und es stimmt nicht, dass die Stasi die kirchlichen Entscheidungen, namentlich die der Kirchenparlamente, beeinflussen konnte. Beweis: Regelmäßig beschwerte sich die SED bei der Kirche über kirchliche Entscheidungen.

Und es stimmt auch nicht, dass die evangelische Kirche stärker von der Stasi durchsetzt war als die katholische. Diese hat aber keinen Ministerpräsidenten aus ihrer Führungsriege gestellt, und das mindert das Medieninteresse erheblich.

Der dritte Grund für den Vorwurf „Stütze des Systems“ ist die Formel „Kirche im Sozialismus“. Dazu später.

## Das Verhältnis zwischen Evangelischer Kirche und Staatspartei

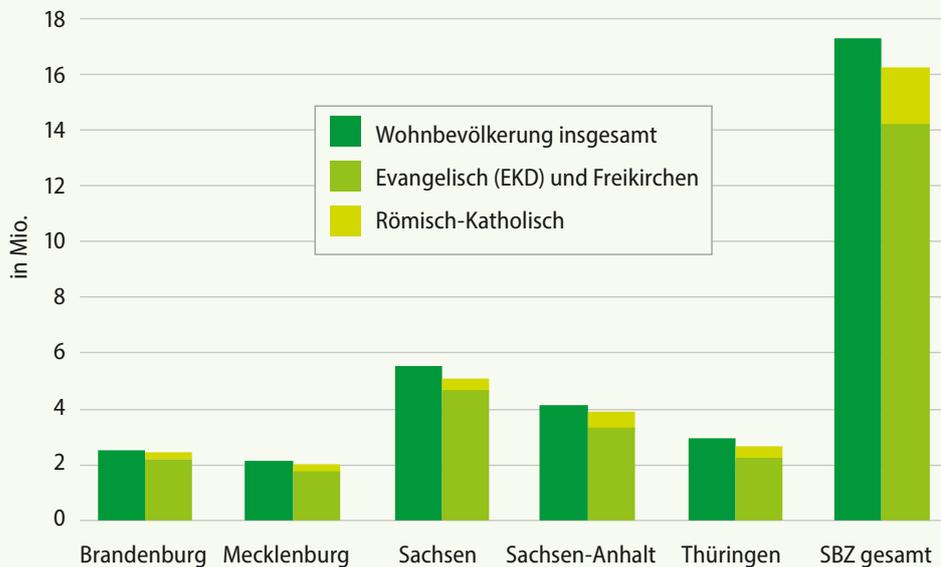
Zuvor aber will ich das Verhältnis von Staatspartei und Kirche in der DDR kurz beschreiben.

In der ersten Verfassung der DDR waren zwar die Rechte der Kirche wunderschön beschrieben, aber die SED hielt sich nicht an diese Verfassung; und ein Gericht, bei dem die Kirche gegen den Verfassungsbruch hätte klagen können, gab es nicht. Der Spielraum der Kirche

# 1946

## KIRCHENMITGLIEDSCHAFT

in der Sowjetische Besatzungszone im Verhältnis zur Wohnbevölkerung 1946

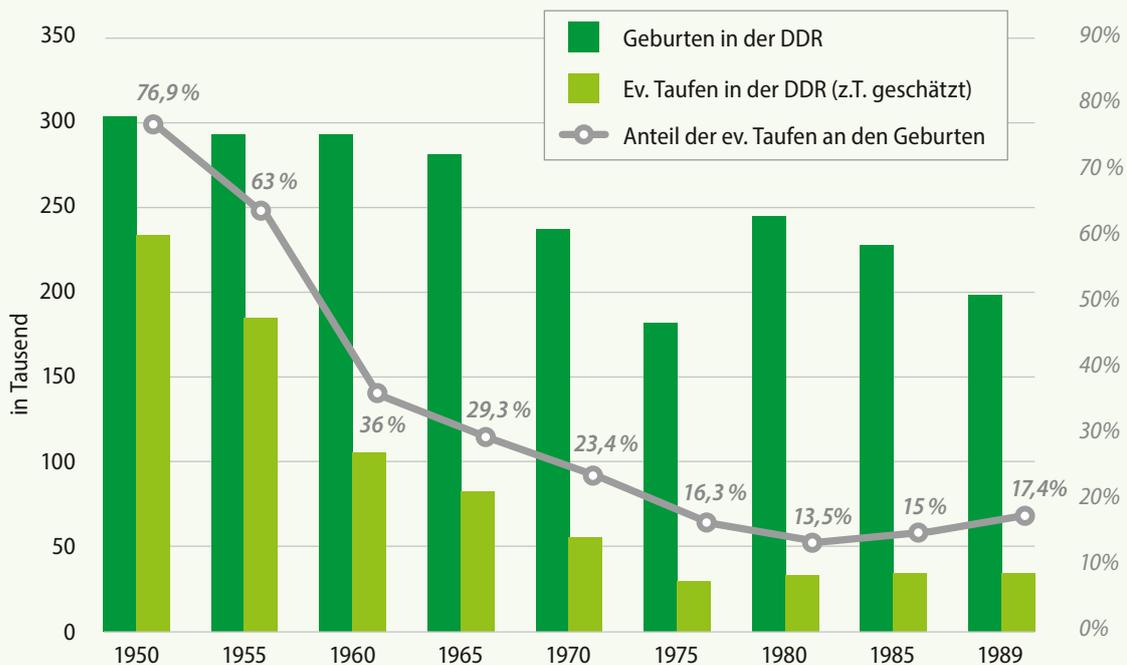


Datenquelle: <https://fowid.de/meldung/taufen-und-konfirmationen-ddr-node3275> nach Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland 1954, 537. © Grafik: Anne Sator

# 1950 – 1989

## TAUFEN UND TAUFRATEN

in den evangelischen Kirchen in der DDR 1950 bis 1989



Datenquelle: <https://fowid.de/meldung/kirchenaustritte-und-kirchenmitglieder-ddr> nach Pollack, Detlef: Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirchen in der DDR, Stuttgart 1994, 384. Hinweis: In der DDR wurde die Kirchenmitgliedschaft von Amts wegen nicht systematisch erfasst; deshalb der „Umweg“ über die Taufen. © Grafik: Anne Sator

## ZUR PERSON

**RICHARD SCHRÖDER**

Prof. Dr. Dr. h.c. Richard Schröder ist emeritierter Hochschullehrer für Philosophie in Verbindung mit der Systematischen Theologie an der Theologischen Fakultät der Humboldt-Universität. Er war Pfarrer in Wiedersstedt im Harz, dann Dozent für Philosophie am katechetischen Oberseminar in Naumburg und am Sprachenkonvikt in Berlin.

1989 war Schröder der neu gegründeten Sozialdemokratischen Partei in der DDR beigetreten. Er gehörte der letzten, frei gewählten Volkskammer an und war von April bis August 1990 Vorsitzender der SPD-Fraktion.

Schröder ist Präsident der deutschen Nationalstiftung und Mitglied des Beirates der Stasi-Unterlagen-Behörde, dem er seit 1992 angehört.



Prof. Richard Schröder (2010).  
© Michael Reichel / picture alliance / ZB

Zum 75. Geburtstag von Richard Schröder 2018 würdigte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier den Theologen als „eine führende Kraft in der Bürgerrechtsbewegung“. Er habe mit „tiefen Empfinden für Gerechtigkeit und Solidarität ein mutiges Zeugnis davon gegeben, dass Freiheit viel mehr ist als ein Wort oder ein Begriff“ (epd v. 26.12.2018).

bestand deshalb nur aus jederzeit widerrufbaren Gewohnheitsrechten.

Da die Kirchen keine Rechtsposition geltend machen konnten, konnten sie nicht verhandeln, sondern nur bitten. Sie mussten, wenn es um die Gleichberechtigung der Christen und die Arbeitsmöglichkeiten der Kirche ging, darzulegen versuchen, dass es im wohlverstandenen Interesse der anderen Seite sei, dieser Bitte nachzukommen.

Dies war nun umso schwieriger, weil die SED von Anfang an und bis zum Schluss der festen Überzeugung war, dass die Kirche erstens „die einzige Institution im Sozialismus [ist], die nicht dem Wesen der sozialistischen Gesellschaftsordnung entspricht, aus ihr nicht erwächst und für den Sozialismus und seine Entwicklung überflüssig ist“ (so ein Funktionär in seiner Dissertation 1983), und dass die Kirche zweitens das Sammelbecken der feindlich-negativen Kräfte sei, der Brückenkopf des Imperialismus usw.

Die Hauptziele der SED-Kirchenpolitik waren folgende: Die Kirche sollte ihren Einfluss auf die Jugend verlieren. Dem diene die Jugendweihe und die Behinderung kirchlicher Jugendarbeit. Sie sollte beschränkt werden auf den Kult und die Diakonie, also aus der Öffentlichkeit herausgedrängt werden. Sie sollte eine grundsätzliche Loyalitätserklärung zur Poli-

tik der SED abgeben. Über das zähe Ringen der Evangelischen Kirche, diesem ihr zgedachten Tod zu entgehen, ließe sich viel erzählen. 1970 erließ die SED eine Veranstaltungsverordnung, nach der alle kirchlichen Veranstaltungen außer Gottesdienst und Christenlehre angemeldet, also genehmigt werden mussten. Die Kirche hat sich nicht daran gehalten und regelmäßig Strafe bezahlt, bis die Verordnung modifiziert wurde. Die Kämpfe um die Jugendrüstzeiten und die schwierigen Bemühungen um Kirchentage wären hier zu berichten.

**Freiheit aus Diskriminierung**

Wichtig für die im Vergleich sehr große Unabhängigkeit der Evangelischen Kirche in der DDR war, dass sie ihre Pfarrer selbst bezahlt. In der CSSR hat der Staat die Pfarrer bezahlt – und die Predigterlaubnis ad personam gewährt, verweigert oder entzogen. Die Kirchen konnten zudem ihre eigenen Ausbildungsstätten unterhalten. Da der Staat sie nicht als Hochschulen anerkannt hat, unterstanden sie auch nicht dem Hochschulministerium. Daraus ergab sich eine eigentümliche Freiheit aus Diskriminierung.

Das alles wäre ohne die Unterstützung der westdeutschen Kirchen nicht möglich gewesen. Für die zensierte Öffentlichkeit der DDR waren

aber auch die kleinen kirchlichen Wochenzei- tungen, die Arbeit der Evangelischen Akade- mien und die Studentengemeinden von beacht- licher Bedeutung.

## Entwicklung der Kirchenmitgliedschaft

1945 waren über 90 Prozent der Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone Kirchenmit- glieder, wenn auch örtlich variierend. Und die- se Zahl sagt noch nichts über die Teilnahme am kirchlichen Leben aus. Die Flüchtlinge aus den viel stärker volkskirchlich geprägten Ostgebieten haben das Gemeindeleben oft spürbar belebt.

1964 fand die letzte Volkszählung in der DDR statt. Sie ergab zwölf Millionen Kirchen- mitglieder (72 %), fünf Millionen waren konfes- sionslos. 1989 wurde die Zahl der Kirchenmit- glieder auf 20 bis 30 Prozent geschätzt.

Auch in der Nazizeit hatte es eine Kirchen- austrittsbewegung gegeben. Viele von ihnen sind nach dem Zusammenbruch des Nationalso- zialismus wieder in die Kirchen eingetreten. Ei- ne solche Wiedereintrittsbewegung hat es nach 1989 so nicht gegeben. Das lag am Unterschied von zwölf und vierzig Jahren.

Die sowjetische Besatzungsmacht hat die Kirchen in Grenzen gefördert. Denn sie wurden als „antifaschistisch“ betrachtet. Zwar war die evangelische Kirche in der Nazizeit gespalten in „Deutsche Christen“, die mit dem Nationalso- zialismus sympathisierten, und die „Bekennende Kirche“, aber die Deutschen Christen verloren ihren Einfluss 1945 vollständig.

Die Besatzungsmacht hat den kirchlichen Grundbesitz nicht enteignet. Sie hat Ausbil- dungsstätten für kirchliche Berufe genehmigt. Allerdings hat sie allgemeinbildende christliche Schulen verstaatlicht.

## Religionsunterricht und religiöse Bildung

Die erste Verfassung der DDR von 1949 garantierte die staatliche Beihilfe zum Kirchensteuer- einzug und den Religionsunterricht in den Räu- men der Schule. Sie gewährte den Kirchen das Recht, zu den Lebensfragen des deutschen Vol- kes Stellung zu nehmen. Aber schon ein Jahr später wurde die Beihilfe beim Kirchensteuer- einzug eingestellt und der Religionsunterricht aus den Räumen der Schule verdrängt.

Denn auf ihrem Dritten Parteitag be- schloss die SED 1950 den „Aufbau des Sozi-

alismus“. Nun sollte der Marxismus-Leninismus die Grundlage für Bildung und Erziehung sein. Die SED ging mit Verhaftungen, willkürlichen Verurteilungen und Enteignungen gegen wirtschaftlich Selbständige, gegen Bauern und Missliebige vor. Anfang 1953 kam es zu einem regelrechten Kirchenkampf, der sich besonders gegen die Mitglieder der Jungen Gemeinde und der Studentengemeinde richtete. Etwa 3.000 Oberschüler\*innen wurden damals relegiert, etwa 70 kirchliche Mitarbeiter waren inhaftiert. Diakonische Einrichtungen wurden enteignet. Aber nach Stalins Tod hat die Sowjetunion ihre Deutschlandpolitik radikal geändert und die DDR-Regierung gezwungen, ihre repressive Poli- tik abzubrechen, was sie auch tat. Weil sie bei dieser Rücknahme der Repressionen die Norm- erhöhung für die Arbeiter nicht zurückgenom- men hatte, kam es zum Aufstand des 17. Juni.

## „Kirche im Sozialismus“

Aber, wird man einwenden, die Loyalitätserklä- rung, die hat die Kirche ja doch geliefert: „Kir- che im Sozialismus“. Hier also will ich ausführ- licher werden.<sup>1</sup>

Seit der Gründung der DDR war es eine heiß umstrittene Frage, wie wir uns, besonders vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Beken- nenden Kirche in der Nazizeit, zu diesem Staat verhalten sollen.

Die radikalste Position hat hier der Berlin- Brandenburger Bischof Otto Dibelius eingenom- men. Er erklärte nämlich 1959, in einem totalen Staat sei der Obrigkeitseingehorsam suspendiert, da dieser Staat nicht legitimiert sei. Seine viel umstrittene Illustration: In der DDR seien für ihn die Verkehrsregeln nicht verbindlich; er halte sich nur aus taktischen Erwägungen daran. Die- se Position stieß auf allgemeine Ablehnung, so- gar die seiner eigenen Kirchenleitung. Dibelius hatte ja mit seiner Diagnose: „Der SED-Staat ist eine Diktatur“ recht. Seine Konsequenz war aber, zumal für die einfachen Gemeindeglieder, nicht lebbar. Sie konnten sich nicht selbst pau- schal zu Staatsfeind\*innen erklären und den- noch im Lande bleiben. Der sog. Obrigkeitstreit hat damals die Gemüter enorm erhitzt.

<sup>1</sup> Vgl. ausführlich dazu Richard Schröder (unter Mitar- beit von J. Zachhuber, K. Laudien und Chr. Raschke), Der Versuch einer eigenständigen Standortbestim- mung der Evangelischen Kirchen in der DDR am Beispiel der „Kirche im Sozialismus“, in: Kirchen in der SED-Diktatur, Bd. 2. Materialien der Enquete- Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden 1995.

”

Die Hauptziele der SED- Kirchenpolitik waren Folgende: Die Kirche sollte ihren Einfluss auf die Jugend verlieren, sie sollte beschränkt werden auf den Kult und die Diakonie und sie sollte eine grundsätzliche Loyalitäts- erklärung zur Politik der SED abgeben.

“



Der Berlin-Brandenburg Bischof Otto Dibelius (li.) erklärte 1959, in einem totalen Staat sei der Obrigkeitsgehorsam suspendiert, da dieser Staat nicht legitimiert sei.

Foto (v.l.): Dibelius, Hanns Lilje, Theodor Heuss, Reinold von Thadden-Trieglaff beim Ev. Kirchentag 1959 in München  
© Hans Lachmann / Archiv der Ev. Kirche im Rheinland



„ZEHN ARTIKEL von Freiheit und Dienst der Kirche“



<https://kurzelinks.de/3xg1>

## „Zehn Artikel von Freiheit und Dienst der Kirche“

Das Resultat dieser Auseinandersetzungen waren die 1963 von der Konferenz der Kirchenleitungen verabschiedeten „Zehn Artikel über Freiheit und Dienst der Kirche“. Diese wenden sich sowohl gegen totale Ablehnung als auch gegen Systemkonformität, denn auch ein Staat, der seinen Auftrag verfehlt, kann der Herrschaft Gottes nicht entlaufen. Sie weisen den Absolutheitsanspruch der Ideologie der SED zurück und kritisieren die Vernachlässigung des positiven Rechts „um einer erstrebten vollkommenen Gerechtigkeit willen“. Sie benennen Kriterien, denen eine Rechtsordnung aus christlicher Sicht genügen müsse und kritisieren die Unterwerfung des Rechts unter den Wahrheitsanspruch einer Ideologie. Sie fordern auf zur Unterscheidung „zwischen dem gebotenen Dienst an der Erhaltung des Lebens und der gebotenen Verweigerung der atheistischen Bindung.“

Es ist allerdings nicht gelungen, diesem Dokument die Geltung einer Grundsatzerklärung zu verschaffen, denn es gab Widerspruch.

## „Sieben Sätze von der Freiheit der Kirche zum Dienen“

Der Weißenseer Arbeitskreis formulierte im selben Jahr „Sieben Sätze von der Freiheit der Kirche zum Dienen“. Sie beschreiben eine sich selbst verleugnende und die Welt selbstlos liebende Kirche. Deshalb dürfe sie nicht Anklä-

gerin, Verteidigerin oder Richterin der Parteien der Welt sein. Eine Kritik des Absolutheitsanspruchs der atheistischen Ideologie der SED, des kommunistischen Staatsverständnisses und der Rechtspraxis in der DDR kommt deshalb ebenso wenig in Frage wie eine Kritik an der Begrenzung kirchlichen Einflusses und der Bestreitung kirchlicher Rechte.

Bei der Ausarbeitung dieser Position hat der Theologe Hanfried Müller, Professor an der Humboldt-Universität, eine unrühmliche Rolle gespielt. Er war ein fanatischer Anhänger der SED-Politik und übrigens inoffizieller Stasimitarbeiter (IM).

Im Ergebnis berührte sich diese Position mit der des „Thüringer Weges“ (Moritz Mitzenheim), der die DDR fast unkritisch als „Obrigkeit“ akzeptierte.

Dies war die letzte große Auseinandersetzung innerhalb der Evangelischen Kirche der DDR um die Frage nach dem Verhältnis der Kirche zur DDR. Sie hatte offenbart, dass eine einheitliche Stellungnahme nicht zu erreichen war. Es wäre aber sehr gefährlich gewesen, wenn sich die Kirchen in dieser Frage gespalten hätten. Denn genau darauf zielte die Strategie der SED.

## Der Bund Evangelischer Kirchen: „Kirche für andere“

Als 1968 der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR gegründet und also die organisatorische Trennung von der gesamtdeutschen EKD vollzogen wurde, hat man deshalb kein umfangreicheres Grundsatzdokument zum Verhältnis von Staat und Kirche formuliert, sondern hat sich mit schwammigen Formeln begnügt. Die Synode des Bundes in Eisenach 1971 erklärte:

„Eine Zeugnis- und Dienstgemeinschaft von Kirchen in der DDR wird ihren Ort genau zu bedenken haben: in dieser so geprägten Gesellschaft, nicht neben ihr, nicht gegen sie. Sie wird die Freiheit ihres Zeugnisses und Dienstes bewahren müssen.“

Man sieht: Das „für“ ist bewusst vermieden. Es wurde in einem anderen Zusammenhang gebraucht: „Kirche für andere“, in Anlehnung an ein Zitat aus Bonhoeffers Gefängnisbriefen.

Und das hat die SED nach und nach auch genau gemerkt. In einer Jahresanalyse des SED-Staatssekretärs für Kirchenfragen heißt es 1978 (also zehn Jahre nach der Gründung des Bundes) ganz zutreffend:



Am 10. Juni 1969 versammelten sich die Oberhäupter der acht Landeskirchen der DDR in Berlin-Weißensee, um den Bund der Evangelischen Kirchen der DDR zu gründen. © picture-alliance/dpa

„Kirche im Sozialismus‘ in Gestalt einer patriotischen Haltung zur sozialistischen Heimat ist existent im Beispiel der Russisch-orthodoxen Kirche oder der reformierten Kirche Ungarns, deren uneingeschränktes Ja zum Sozialismus und zur Politik des sozialistischen Staates feststehen. Hinsichtlich der evangelischen Kirchen in der DDR ist dies auf Grund spezifischer geschichtlicher Entwicklungen, der Klassenkampfbedingungen an der Nahtstelle zum Imperialismus und bedingt durch weiter existierende materielle Abhängigkeit von den Kirchen der BRD, nur als Fernziel zu erstreben. Das wird deutlich, betrachtet man die derzeitige Vorstellung von ‚Kirchen im Sozialismus‘, wie sie bei der Mehrheit der kirchlichen Amtsträger anzutreffen sind. [...]

Die Kirche findet sich mit der Realität der sozialistischen Gesellschaft ab und stellt sich auf sie ein, was noch keine Option für den Sozialismus beinhaltet. Die sozialistische Umwelt wird als der zwar nicht ideale, so doch von Gott zugewiesene (zugemutete) Platz ihres Wirkens betrachtet. [...]

Die Kirche passt sich den realen politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen so an, dass ihre Haltung weder als Akklamation noch als Opposition gegenüber dem Staat aufgefasst werden kann. Die Glaubwürdigkeit der Kirche setzt geistig-weltanschauliche Eigenständigkeit voraus, wobei man diese Eigenständigkeit durch betonte Nichtidentifikation mit gesellschaftlichen Normen und Entwicklungen im Sozialismus nachzuweisen trachtet. [...]

Das Auftreten von Konflikten wird infolge des Weiterbestehens grundlegender weltanschaulicher Gegensätze einkalkuliert. Ihre Austragung soll jedoch unterhalb der Schwel-

le offener Konfrontation mit dem Staat erfolgen. [...]

Die Kirche ist in dem Sinne unpolitisch, indem sie frühere Machtpositionen und Privilegien verloren hat. Sie ist politisch Kirche in dem Sinne, dass sie sich nicht auf eine Institution des Kults beschränkt oder sich in ein selbstgewähltes innerkirchliches Ghetto zurückzieht. Vielmehr beansprucht sie ein Mitspracherecht in Politik und Gesellschaft. [...]

Die evangelische Kirche sieht ihren Auftrag im Bekennen des Evangeliums, im Dienst am Menschen und an der Gesellschaft. Sie bezieht sich dabei auf den evangelischen Theologen Bonhoeffer, der eine Kirche, ‚die für andere da ist‘, gefordert hat.“

Das Erstaunliche an dieser Beschreibung ist dies: Sie stimmt. Die Kommunist\*innen hatten nämlich erhebliche Schwierigkeiten, sich ein einigermaßen zutreffendes Bild von einer evangelischen Kirche zu machen, weil die sowjetischen Kommunisten sich an der Russisch-orthodoxen Kirche abgearbeitet hatten. Im Staatssekretariat für Kirchenfragen dagegen hatte sich nach und nach ein differenzierteres und treffenderes Bild von der Kirche in der DDR gebildet. Klar wird aber auch, dass die SED mit der „Kirche im Sozialismus“ überhaupt nicht zufrieden war.

Trotzdem muss ich gegen jene Formeln Bedenken erheben.<sup>2</sup> Dass die Kirche sich auf die

<sup>2</sup> Ich habe das bereits 1988 öffentlich getan: Schröder, Richard: Was kann „Kirche im Sozialismus“ sinnvoll heißen? in: Kirche im Sozialismus (Berlin-West) 14 (1988), 135-137, wieder abgedruckt in: ders., Denken im Zwielicht. Vorträge und Aufsätze aus der alten DDR, Tübingen 1990, 49ff.

SED-Terminologie „Sozialismus“ einließ, ohne ihrerseits zu sagen, was sie unter dem Wort versteht, war ein intellektuelles Versagen. Es führte zudem dazu, dass die Unterscheidung zwischen Staat, Partei und Gesellschaft vernebelt wurde. Während die Zehn Artikel noch klar die Defizite an Rechtsstaatlichkeit in der DDR angemahnt hatten, redete man nun statt von Staat von Gesellschaft und statt von Recht von Gerechtigkeit. Die Kirche vernebelte dadurch die Koordinaten ihrer Kritik.

### „Sozialismus“?

Dass das Wort „Sozialismus“ in dieser Formel nie definiert worden ist, hängt auch damit zusammen, dass es innerhalb der Kirche verschieden verstanden wurde.

In den Berichten der Konferenz der Kirchenleitungen vor den Synoden des BEK werden folgende Formulierungen verwendet: „in der sozialistischen Gesellschaft der DDR“ oder „in der so geprägten Gesellschaft“. Das Wort „Sozialismus“ wird also bloß auf die tatsächliche Gesellschaftsordnung bezogen.

Als Heino Falcke bei der Bundessynode in Dresden 1972 erklärte: „Unter der Verheißung Christi werden wir unsere Gesellschaft nicht loslassen mit der engagierten Hoffnung eines verbesserlichen Sozialismus“, löste das auf Seiten von SED und CDU einen Sturm der Entrüstung aus, weil sie sich an den Prager Frühling erinnert sahen.

### „Sünden katalog“ der „Kirche im Sozialismus“

Man kann es genau datieren: Die Freude der SED an der kirchlichen Erklärung über „Kirche im Sozialismus“ währte nicht einmal ein Jahr. Bereits 1972 verfertigt das Staatssekretariat einen Sünden katalog der „Kirche im Sozialismus“:

- Die Kirche will Partner des Staates sein, sie fordert ein allgemeines Mitspracherecht.
- Sie versteht sich als Interessenvertreter christlich gebundener Bürger.
- Sie will an der Erziehung teilhaben.
- Sie will das Recht haben, sich kritisch zur gesellschaftlichen Entwicklung der DDR zu äußern.
- Sie will das marxistisch-leninistische Gesellschafts- und Menschenbild in Frage stellen.
- Sie will beratend wirken, wenn es um die Ausgestaltung rechtlicher Beziehungen zwischen Staat und Kirche geht.

- Sie verlangt Einflussmöglichkeiten in Neubaugebieten und landwirtschaftlichen Konzentrationspunkten.

Zudem koppeln die „negativen Kräfte [...] ihre Methode der Entwicklung von Alternativvorstellungen gegen den Sozialismus mit Angriffen auf das sozialistische Bildungssystem, die Zulassungsverordnung an den Universitäten und die Veranstaltungsverordnung“.

Solche Sünden kataloge hat das Staatssekretariat dann Jahr für Jahr wiederholt. Es ist also folgendes Merkwürdige eingetreten: In dem Moment, da die Kirche in der DDR die Bedingungen ihres Ortes und sogar das Wort „Sozialismus“ akzeptiert, wird sie für die SED unbequem.

### „Kirche in der DDR“

Was nun die Geschichte dieser Formel selbst betrifft, so ist sie seit 1988 zunehmend unter innerkirchlichen Beschuss geraten. Ich selbst habe mich auch daran beteiligt. Mein Haupteinwand war: Diese Formel erweckt bei der SED Zustimmungserwartungen, die die Kirche nie erfüllen kann, denn ein Ja zum Sozialismus, wie die SED selbst ihn definierte, kam für die Kirche jedenfalls nicht in Frage. Ich hatte deshalb vorgeschlagen, besser von „Kirche in der DDR“ zu sprechen, um klarzustellen, dass die Kirche sich unausweichlich zu dem Staat ins Verhältnis setzen muss, in dem sie faktisch existiert, nicht aber zu einer Partei und ihrer angeblich wissenschaftlichen Weltanschauung.

Als Bischof Leich im Februar 1989 öffentlich erklärte, auch er halte die Bezeichnung „Kirche in der DDR“ für treffender, war die Formel tot.

### „Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“

Vom Februar 1988 an tagte in der DDR die „Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“. Die Bedeutung dieser Veranstaltungen für die Vorbereitung der Wende in der DDR wird meist unterschätzt. Hier fanden sich nämlich zum ersten Mal Vertreter\*innen aller christlichen Konfessionen und darunter sehr viele Aktive der sogenannten Gruppen zu einer breiten Diskussion über diese drei Themen zusammen. In der Arbeitsgruppe „Mehr Gerechtigkeit in der DDR“



**VORTRAG** „Christus befreit – darum Kirche für andere“ von Dr. Heino Falcke



<https://kurzelinks.de/0np7>

wurden erstmals detailliert die Probleme der DDR aufgelistet und konkrete Forderungen gestellt. Dieses Dokument ist die ausführlichste kirchliche Stellungnahme zu den politischen Problemen der DDR. Bei den Diskussionen aber zeigte sich zugleich, wie groß der Diskussionsbedarf war. Am Ende des Dokuments findet sich eine Liste derjenigen Fragen, über die wir uns nicht einigen konnten.

- Welches sind die bestimmenden Elemente und Werte einer sozialistischen Gesellschaft?
- Welche ökonomischen Strukturen werden diesen Werten am ehesten gerecht?
- Welchen Beitrag kann ein sozialistisches Gesellschafts- und Wirtschaftssystem zu den Überlebensfragen der Menschheit leisten?
- Worin bestehen die für ein möglichst ge-

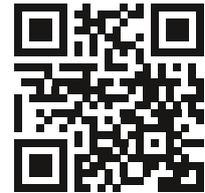
rechtes Leben der Gesellschaft notwendigen Funktionen des Staates?

- Wie können wir zu einer Neubestimmung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft kommen?
- Wie stehen wir zum geschichtlichen Weg unseres Landes?
- Welche Informationen und Fakten fehlen?
- Was heißt es, Deutsche\*r in der DDR zu sein?
- Wie arbeiten wir unsere Identitätsprobleme auf?
- Wie kann auch die nationale Frage im europäischen Friedensprozess geklärt werden?

Mit diesen offenen Fragen sind wir in die Wende gegangen. Wir haben sie dann handelnd entscheiden müssen. ◆



TEXT der „Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“, 1988/89



<https://kurzelinks.de/58k1>

\*\*\*

MARTIN OTTO

## Staatskirchenrecht in der DDR

Staatskirchenrecht der DDR ist auf den ersten Blick ein Oxymoron. Der Begriff an sich ist ein unübersetzbares<sup>1</sup> „Kofferwort“, zu dessen Vorgeschichte das landesherrliche Kirchenregiment und die „hinkende Trennung“ der Weimarer Reichsverfassung gehören.<sup>2</sup> Die DDR definierte sich als „Arbeiter- und Bauern-Macht“ und „Diktatur des Proletariats“, nicht wenige Vertreter\*innen der SED als „Partei neuen Typus“<sup>3</sup> rechneten mit dem „Absterben“ der Kirchen. Allerdings: Eine Gründung im luftleeren Raum sollte die DDR nicht sein. Zunächst setzte sie auf eine auch in Westdeutschland erwartete Wiedervereinigung und sah sich zu Rücksichtnahmen auf „bürgerliche“ Bevölkerungsgruppen gezwungen, die meist kirch-

liche Bindungen besaßen. Zudem waren die Kirchen als einzige intakte und moralisch nicht korrumpierte gesamtdeutsche Organisationen ein Faktor, mit dem gerechnet werden musste; die sowjetische Besatzungsmacht hatte kirchenfreundliche Politik betrieben, die Kirchen von der Bodenreform ausgenommen und ihnen Entnazifizierung in eigener Regie erlaubt.

### Kirchenfreundliche Verfassung ...

Die erste Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949 war betont gesamtdeutsch<sup>4</sup>, Anleihen an die Weimarer Reichsverfassung offensichtlich. Sie war im Wesentlichen das Werk von Peter Alfons Steiniger, einem Staatsrechtler, der trotz Zugehörigkeit zur SED eine gewisse Kirchenfreundlichkeit besaß.<sup>5</sup> Geboren 1904 in einem

<sup>1</sup> Eine Übersetzung etwa in das Französische („loi des églises de l'état“) wäre kaum möglich.

<sup>2</sup> Otto, Neuere Geschichte.

<sup>3</sup> Malycha / Winters, SED.

<sup>4</sup> Amos, Entstehung.

<sup>5</sup> Otto, Steiniger.



*Die DDR sah sich anfangs zur Rücksichtnahmen auf „bürgerliche“ Bevölkerungsgruppen gezwungen, die meist kirchliche Bindungen besaßen.  
Foto: Kirchgänger vor der Thomaskirche in Leipzig. (Aufnahme aus den 60er-Jahren).  
© Günter Bratke / picture-alliance / dpa.*

areligiösen jüdischen Elternhaus, hatte er ab 1923 Rechtswissenschaften studiert und war 1928 in Bonn bei Albert Hensel und Carl Schmitt promoviert worden; mit der Weimarer Reichsverfassung war er vertraut, jedoch zunächst Schriftsteller, politisch irgendwo im Linksliberalen beheimatet.<sup>6</sup> Durch den nationalsozialistischen Rassenwahn bedroht, fand er Kontakt zu Pfarrer Heinrich Grüber von der „Bekennenden Kirche“ und wurde evangelisch getauft. Ab 1948 war der Professor für Staatsrecht an der Humboldt-Universität Mitglied des Deutschen Volksrats.<sup>7</sup> Heinrich Grüber, als „Opfer des Faschismus“ auch von der SED respektiert, war von 1949 bis 1958 „Bevollmächtigter der Evangelischen Kirche in Deutschland bei der Deutschen Demokratischen Republik“.<sup>8</sup>

Den staatskirchenrechtlichen Rahmen der Verfassung bildete der Abschnitt V „Religion und Religionsgemeinschaften.“ Artikel 41 gewährte „volle Glaubens- und Gewissensfreiheit“

und stellte „ungestörte Religionsausübung“ unter den „Schutz der Republik.“ Ein Novum war Absatz 2. Der erste Satz untersagte den Missbrauch der Religionen „für verfassungswidrige oder parteipolitische Zwecke“, Satz 2 enthielt eine Sanktionierung des kirchlichen Wächteramtes: „Jedoch bleibt das Recht der Religionsgemeinschaften, zu den Lebensfragen des Volkes von ihrem Standpunkt aus Stellung zu nehmen, unbestritten.“ Hier war Einfluss der Bekennenden Kirche<sup>9</sup> und von Karl Barth<sup>10</sup> zu bemerken, dessen theologischer Widersacher Otto Dibelius sich in seinem Bestseller „Das Jahrhundert der Kirche“ ähnlich geäußert hatte.<sup>11</sup> Die Artikel 42, 43, 45 und 46 entsprachen den Artikeln 136, 137, 128 und 141 WRV, die nach Artikel 140 GG fortgelten; die ausdrücklich bestätigten „Körperschaften des öffentlichen Rechts“ waren im Staatsrecht der DDR freilich ein Fremdkörper.<sup>12</sup> Auch zur Ablösung der Staatsleistungen sollte

<sup>6</sup> Gallus, Heimat „Weltbühne“, 279-329.

<sup>7</sup> Kleibert, Juristische Fakultät, 233-242.

<sup>8</sup> Rink, Propst Grüber.

<sup>9</sup> Klostermann, Öffentlichkeitsauftrag, 31ff.

<sup>10</sup> Barth, Christengemeinde.

<sup>11</sup> Dibelius, Jahrhundert der Kirche.

<sup>12</sup> Jacobi, Scheidung.

es in der DDR nie kommen. Ohnehin besaß eine Verfassung in der auf Identität von Interessen der SED und des Staates aufgebauten DDR<sup>13</sup> untergeordnete Bedeutung.<sup>14</sup> Scharfsinnig hatte der Göttinger Staatsrechtler Rudolf Smend festgestellt: „Wenn zwei Grundgesetze dasselbe sagen, ist es noch lange nicht das gleiche.“<sup>15</sup> Einige Regelungen standen im Gegensatz zum Grundgesetz. Der Religionsunterricht war kein ordentliches Lehrfach, Artikel 44 enthielt nur ein „Recht der Kirche auf Erteilung von Religionsunterricht in den Räumen der Schule“ durch kirchliches Personal.

### ... und kirchenfeindliche Realität

Wenige Monate nach Inkrafttreten kam es ab 1950 zu massiven Angriffen der offiziell auch Christ\*innen offenstehenden FDJ gegen die evangelische „Junge Gemeinde“, die 1953 ihren Höhepunkt erreichten. Der evangelische Bischof Otto Dibelius stellte unter ausdrücklichem Bezug auf die Verfassung (Anstiftung zum „Glaubenshaß“, Artikel 6 Absatz 2) erfolglos Strafanzeige.<sup>16</sup> Wichtigster staatlicher Ansprechpartner der Kirchen war zunächst Otto Nuschke (1883-1957), Vorsitzender der Blockpartei CDU. Seit 1949 war der frühere Journalist und Reichstagsabgeordnete der DDP einer von mehreren stellvertretenden Ministerpräsidenten. Um das Verhältnis zwischen Staat und Kirche zu definieren, fanden situativ mehr oder weniger formalisierte Treffen statt. Erstmals kam es am 10. Juni 1953 in Berlin zu einem Gespräch zwischen Ministerpräsident Otto Grotewohl, Nuschke, Propst Grüber, sämtlichen Landesbischöfen und dem kritischen Generalsuperintendenten Friedrich-Wilhelm Krummacher. Dies bewirkte zumindest kurzfristige Abhilfe, aber keine Rechtssicherheit.

Das formal geltende Staatskirchenrecht wurde in den fünfziger Jahren durch ministeriale Erlasse konterkariert. Exemplarisch war der „Benjamin-Erlass“. Artikel 43 Absatz 4 der Verfassung gestattete „öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften“, von ihren Mitgliedern „Steuern auf Grund der staatlichen Steuerlisten“ zu erheben. Durch Runderlass der Justizministerin Hilde Benjamin (SED) vom 10. Februar 1956 wurde deren Vollstreckbarkeit aufgehoben; auch nach Recht der DDR war die Vollstre-

ckung privater Forderungen vorgesehen.<sup>17</sup> Der Leipziger Kirchenrechtler Erwin Jacobi schrieb vom Ende „konstantinischer Nähe von Staat und Kirche.“<sup>18</sup> Ähnlich gelagert war der „Lange-Erlass“ von Volksbildungsminister Fritz Lange (SED)<sup>19</sup> vom 12. Februar 1958 „zur Sicherung von Ordnung und Stetigkeit im Erziehungs- und Bildungsprozess der allgemeinbildenden Schulen.“ Religionsunterricht durfte nur noch in kirchlichen Räumen, also außerhalb der Schulen, und mit Abstand von zwei Stunden zum Unterricht stattfinden. Vorgeschobene Gründe waren „übermäßige außerschulische Beanspruchung“ und ein „hohes Bildungsniveau“, das nur aufrechterhalten werden könne, wenn Schüler sich „körperlich und geistig erholen“. Gleichzeitig wurde die Jugendweihe auf Betreiben von Walter Ulbricht atheistisch aufgeladen und gegen den Konfirmandenunterricht instrumentalisiert. Anlass war der Militärseelsorgevertrag zwischen EKD und Bundesregierung vom 22. Februar 1957; der Ratsvorsitzende Otto Dibelius wurde als „NATO-Bischof“ denunziert, sein Angebot für Seelsorge in der Nationalen Volksarmee verschwiegen. Bis dahin bestanden Pläne um den SED-Funktionär Paul Wandel, das Ritual aus der Freidenkerbewegung für bürgerliche und kirchliche Kreise anschlussfähig zu gestalten.<sup>20</sup>

### Real existierendes Recht Staatskirchenrecht

Zunehmend hatte sich in der DDR ein „real existierendes Staatskirchenrecht“ herausgebildet, bei dem die Verfassung in den Hintergrund trat. Am 10. Juli 1958 erklärten die Kirchen, den „Vorwurf des Verfassungsbruchs nicht mehr



Die Verfassung der DDR von 1949.  
© Wikimedia

<sup>13</sup> Stolleis, Sozialistische Gesetzlichkeit, 35.55.

<sup>14</sup> Schroeder, SED-Staat, 98 („Verfassung Makulatur“).

<sup>15</sup> Smend, Staat und Kirche.

<sup>16</sup> Neubert, Kirche und Sozialismus, 15.

<sup>17</sup> Thaetner, Zwangsvollstreckung.

<sup>18</sup> Jacobi, Zwangsbeitreibung, 85.

<sup>19</sup> Otto, „Gefühletes Staatskirchenrecht“, 440f.

<sup>20</sup> Vgl. auch Victor, Unser Deutschland.



Der Erste Sekretär des ZK der SED und Vorsitzender des Staatsrats der DDR, Walter Ulbricht wirbt 1968 für die neue sozialistische Verfassung der DDR. © Junge/ADN/ picture-alliance/dpa

aufrechterhalten“ zu wollen.<sup>21</sup> 1957 wurde zudem das „Staatssekretariat für Kirchenfragen“ gebildet, das in der Tradition religionspolizeilicher Staatsaufsicht stand.<sup>22</sup> Treffen zwischen Staat und Kirche fanden auch auf unteren Ebenen statt, etwa zwischen Walter Ulbricht und dem thüringischen Landesbischof Moritz Mitzenheim, der mit dem „Thüringer Weg“ eigenmächtig ein Arrangement mit dem Staat suchte, am 18. August 1964 auf der Wartburg.<sup>23</sup> Einmalig im Ostblock war ab 1964 die Möglichkeit auch für christliche Wehrpflichtige, als Bausoldaten ohne Waffen Wehrersatzdienst zu leisten. Durchaus respektiert wurde in der Strafprozessordnung der DDR von 1968 das Zeugnisverweigerungsrecht geistlicher Berufe.<sup>24</sup> In Personalpolitik und Rechtsetzung blieben die Kirchen autonom.<sup>25</sup> Die Normdurchsetzung wurde aber faktisch beeinträchtigt. Bausoldaten hatten wenig berufliche Möglichkeiten, die Staatsicherheit übte mittelbar Einfluss.<sup>26</sup> Am 11. April 1968 trat eine neue Verfassung in Kraft; sie enthielt keine staatskirchenrechtlichen Bestimmungen. Die Teilung der Evangelischen Kirche in Deutschland wurde am 10. Juni 1969 mit Gründung des „Bundes evangelischer Kirchen

<sup>21</sup> Otto, „Gefühletes Staatskirchenrecht“, 442f.

<sup>22</sup> Campenhausen, Staatskirchenrecht, 193.

<sup>23</sup> Seidel, „Neubeginn“, 114.

<sup>24</sup> Otto, Staatskirchenrecht, 301f.

<sup>25</sup> Richter, Kirchenrecht.

<sup>26</sup> Besier / Wolf, „Pfarrer, Christen und Katholiken“; Stolleis, „Feindliche negative Kräfte.“

in der DDR“ abgeschlossen. Die katholische Kirche war in einer vertrauten Diasporasituation; die DDR bestritt die Fortgeltung der Konkordate. In einem gewissen Rahmen konnte die katholische Kirche, deren Bistum Berlin beide Hälften der Stadt umfasste, um den Preis politischer Abstinenz auch als Teil der Weltkirche stärker Einheit bewahren.<sup>27</sup>

### „Bedeutender Faktor gesellschaftlichen Lebens“

Unter Erich Honecker konnte die innen- und außenpolitisch stabilisierte DDR auf of-

fene Konfrontation mit den Kirchen verzichten, die eine im gesamten Ostblock außer Polen<sup>28</sup> ungewöhnlich starke gesellschaftliche Position besaßen; ihre Diakonie wurde weit außerhalb kirchlicher Kreise geschätzt.<sup>29</sup> In die Pflege des vorsozialistischen „Erbes“<sup>30</sup>, zu dem Martin Luther und Johann Sebastian Bach gehörten, wurden sie einbezogen. Zudem waren sie durch Westkontakte als Devisenbringer interessant. Der 6. März 1978 galt als vermeintlicher Meilenstein; an diesem Tag trafen sich Erich Honecker und führende evangelische Kirchenvertreter\*innen einschließlich der Bischöfe Albrecht Schönherr und Werner Krusche und des Kirchenjuristen Manfred Stolpe in Berlin. Erstmals wurden die Kirchen als „bedeutender Faktor gesellschaftlichen Lebens“ anerkannt.<sup>31</sup> Seitdem wurde „nicht hinter den 6. März zurück“ zur Messlatte im Verhältnis von Staat und Kirche. Einen Endpunkt markierte die Wiedereinweihung des Greifswalder Domes am 11. Juni 1989, bei der Erich Honecker auf Einladung des Greifswalder Bischofs Horst Gienke erstmals seit seiner Kindheit einen evangelischen Gottesdienst besuchte; dies war aber keinesfalls typisch. Inzwischen waren die Kirchen zum Anlaufpunkt einer nicht immer ge-

<sup>27</sup> Otto, Staatskirchenrecht, 275 ff.

<sup>28</sup> Vogel, Abgestorben?

<sup>29</sup> Otto, Staatskirchenrecht, 288 f.; Maser, Kirchen, 37f.

<sup>30</sup> Herrmann, Erbe.

<sup>31</sup> Otto, „Gefühletes Staatskirchenrecht“, 446; Winkel, Kirchen.

nun kirchlichen Opposition geworden<sup>32</sup>; manche Mitglieder der Kirchenleitungen fürchteten um das mittlerweile entspannte Verhältnis von Staat und Kirche, für das der geschickt taktierende Kirchenjurist Manfred Stolpe stand. Der kirchliche Freiraum, der in der friedlichen Revolution 1989 von Bedeutung wurde, hatte aber seine Grundlage in Restbeständen des Staatskirchenrechts, die in der DDR überlebt hatten. ◆

## Literatur

- Amos**, Heike: Die Entstehung der Verfassung in der Sowjetischen Besatzungszone, DDR 1946 – 1949. Darstellung und Dokumentation, Münster (W.) 2007
- Barth**, Karl: Christengemeinde und Bürgergemeinde, Zürich 1946
- Besier**, Gerhard / Wolf, Stefan (Hg.): „Pfarrer, Christen und Katholiken.“ Das Ministerium für Staatssicherheit und die Kirchen, 2. Aufl. Neukirchen-Vluyn 1992
- von Campenhausen**, Axel: Staatskirchenrecht, München 1973
- Dibelius**, Otto: Das Jahrhundert der Kirche. Geschichte, Betrachtung, Umschau und Ziele, Berlin 1927
- Gallus**, Alexander: Heimat „Weltbühne.“ Eine Intellektuellengeschichte im 20. Jahrhundert, Göttingen 2012
- Herrmann**, Joachim: Das historisch-kulturelle Erbe vorkapitalistischer Gesellschaftsformationen und seine zeitgenössische Bedeutung, Berlin 1981
- Jacobi**, Erwin: Zur Scheidung von privatem und öffentlichem Recht in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Rechtsprobleme in Staat und Kirche. Festschrift für Rudolf Smend zum 70. Geburtstag 15. Jan. 1952. Dargebracht von Freunden, Schülern und Kollegen, Göttingen 1952, 145-162
- Jacobi**, Erwin: Die Zwangsbeitreibung der Kirchensteuern in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Festschrift Johannes Heckel, Köln und Graz 1959, 56-85
- Kleibert**, Kristin: Die Juristische Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin im Umbruch. Die Jahre 1948 bis 1951, Berlin 2010
- Klostermann**, Götz: Der Öffentlichkeitsauftrag der Kirchen. Rechtsgrundlagen im kirchlichen und staatlichen Recht. Eine Untersuchung zum öffentlichen Wirken der evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 2000
- Malycha**, Andreas / Winters, Peter Jochen: Die SED. Geschichte einer deutschen Partei, München 2007
- Maser**, Peter: Die Kirchen in der DDR, Bonn 2000
- Müller**, Peter: Wege und Irrwege. Grundsätzliche Überlegungen zum Kirchenrecht in den Evangelischen Kirchen in der DDR, in: Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht 49 (2004), 191-213
- Neubert**, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, Berlin 1997
- Neubert**, Ehrhart: Kirche im Sozialismus – Zur Situation in der DDR, in: Jana Osterkamp / Renate Schulze (Hrsg.), Kirche und Sozialismus in Osteuropa, Wien 2007
- Otto**, Martin: „Gefühlttes Staatskirchenrecht.“ Staatskirchenrecht in der DDR zwischen „Kirche im Sozialismus“ und Opposition, in: Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht 56 (2011), 430-452
- Otto**, Martin: Staatskirchenrecht in der DDR, in: Thomas Holzner / Hannes Ludyga (Hg.), Entwicklungstendenzen des Staatskirchen- und Religionsverfassungsrechts. Ausgewählte begrifflich-systematische, historische, gegenwartsbezogene und biographische Beiträge, Paderborn 2013, 269-302
- Otto**, Martin: Steiniger, Peter Alfons, in: Neue Deutsche Biographie, Band 25, Berlin 2013, 205-207
- Otto**, Martin: Neuere Geschichte des evangelischen Kirchenrechts, in: Hans Ulrich Anke / Heinrich de Wall / Hans Michael Heinig (Hg.), Handbuch des evangelischen Kirchenrechts, Tübingen 2016, 128-161
- Richter**, Martin: Kirchenrecht im Sozialismus. Die Ordnung der evangelischen Landeskirchen in der DDR, Tübingen 2011
- Rink**, Sigurd: Der Bevollmächtigte. Propst Grüber und die Regierung in der DDR, Stuttgart 1997
- Schroeder**, Klaus: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998
- Seidel**, J. Jürgen: „Neubeginn“ in der Kirche? Die evangelischen Landes- und Provinzialkirchen in der SBZ/DDR im gesellschaftlichen Kontext der Nachkriegszeit (1945-1953), Göttingen 1989
- Smend**, Rudolf: Staat und Kirche nach dem Bonner Grundgesetz, in: Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht 1 (1951), 4-14
- Stolleis**, Michael: Sozialistische Gesetzlichkeit. Staats- und Verwaltungsrechtswissenschaft in der DDR, München 2009
- Stolleis**, Michael: „Feindliche negative Kräfte“ in den Kirchen der DDR, in: Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht 56 (2011), 328-347
- Thaetner**, Thomas: Die Zwangsvollstreckung in der DDR, Berlin 2003
- Victor**, Walther (Red.): Unser Deutschland. Ein Buch für alle, die es lieben. Herausgegeben im Auftrag des Zentralen Ausschusses für Jugendweihelike, Berlin 1957
- Vogel**, Viola: Abgestorben? Religionsrecht der DDR und der Volksrepublik Polen, Tübingen 2015
- Weichert**, Maik: Kunst und Verfassung in der DDR. Kunstfreiheit in Recht und Rechtswirklichkeit, Tübingen 2018
- Winkel**, Burghard: Die Kirchen in ihrem gesellschaftlichen Umfeld in der DDR, in: Zeitschrift für evangelisches Kirchenrecht 25 (1980), 40-49



**DR. MARTIN OTTO** ist Akademischer Rat und Habilitand an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Fernuniversität in Hagen. Seit seiner 2008 abgeschlossenen Promotion beschäftigt er sich auch mit dem Kirchenrecht in der DDR.

<sup>32</sup> Neubert, Opposition; Weichert, Kunst und Verfassung.

KLAUS FITSCHEN

# „Kirche im Sozialismus“

## Die Formel und ihr Entstehungskontext

„Kirche im Sozialismus“ ist eine Formel, der zufolge Kirche „nicht neben, nicht gegen, sondern im Sozialismus“ Kirche sein wollte.

**K**irche im Sozialismus“ ist eine Formel, die nur verständlich ist, wenn man sie vollständig zitiert: Die evangelische Kirche in der DDR wollte dieser Formel zufolge – und es gab auch noch andere – Kirche „nicht neben, nicht gegen, sondern im Sozialismus“ sein. Gemeint war mit „Sozialismus“ aber nicht die atheistische marxistisch-leninistische Ideologie, die als eine Art Staatsreligion der DDR diente, sondern die gesellschaftlichen und politischen Realitäten des Staates DDR, die man seit dem Bau der Berliner Mauer 1961 unausweichlich akzeptieren musste.

Als die Formel entstand, 1971 nämlich, war die evangelische Kirche in der DDR endgültig in dieser Realität angekommen, und das auch, weil sie kurz zuvor auf Drängen des Staates ihre Gemeinschaft mit den westdeutschen evangelischen Landeskirchen hatte aufgeben müssen. Die EKD, bis in die 1960er-Jahre hinein die letzte gesamtdeutsche Organisation, war nun auf die Bundesrepublik beschränkt. In der Folge mussten sich die acht Landeskirchen auf dem Boden der DDR selbst in einem Dachverband organisieren: dem Kirchenbund, also dem Bund Evangelischer Kirchen in der DDR, der 1969 gegründet wurde. Als der Staat 1971 endlich den Kirchenbund anerkannte – lieber hätte er die einzelnen Landeskirchen gegeneinander ausgespielt –, meinte man dies auf kirchlicher Seite als diplomatischen Erfolg verbuchen zu können. Zur gleichen Zeit aber wurde mit einer Veranstaltungsverordnung das kirchliche Leben erheblich eingeschränkt und Druck auf die Kirche ausgeübt, sich zum politischen System zu bekennen. Während die Kirche nach einer Stand-

ortbestimmung suchte, war der Staat bestrebt, ihr einen Platz anzuweisen, der sie zur Willfährigkeit und zum Rückzug auf ein rein religiöses Gebiet in ihren eigenen Mauern verurteilen sollte. Das aber war für viele Verantwortliche in der Kirche nicht akzeptabel: Sie sollte auch im Sozialismus an der Gestaltung der Gesellschaft mitwirken.

### Von der Volkskirche zur Diaspora: erzwungene Säkularisierung

Der Protestantismus in der DDR war nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs schnell in eine Randposition gedrängt worden. 1950 hatten die Berlin-Brandenburgische und die Sächsische Landeskirche jeweils weit über vier Millionen Mitglieder, und sie waren damit größer als die größte westdeutsche Landeskirche, nämlich Hannover, mit knapp unter vier Millionen Mitgliedern. Die Tauf- und Konfirmationszahlen waren hoch, die Volkskirche schien auch in der DDR stabil zu sein. Das änderte sich in den 1950er-Jahren, vor allem in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts, radikal. Dafür stehen beispielhaft zwei Zahlen: In der Landeskirche Sachsens wurden 1955 59.965 Jugendliche konfirmiert, 1960 waren es noch 12.839, und so oder so ähnlich war es auch in den anderen evangelischen Landeskirchen in der DDR. Die katholische Kirche, die in der DDR von Anfang an eine absolute Minderheit war und über volkskirchliche Strukturen nur im Eichsfeld in Thüringen verfügte, hatte anfangs noch den Konflikt mit dem Staat gesucht, zog sich aber spätestens 1961 auf eine unpolitische Position

zurück. Die Freikirchen – Baptisten, Methodisten und Adventisten – versuchten ebenfalls, keine Angriffsflächen zu bieten, die Zeugen Jehovas fielen allerdings mit ihrer Wehrdienstverweigerung auf.

Kennzeichnend für die Entwicklungen in den 1950er-Jahren ist die Durchsetzung der Jugendweihe, bei der Jugendliche ihr Einverständnis mit der SED-Diktatur und ihrem Atheismus zu bekunden hatten, und somit die Marginalisierung der Konfirmation. Auf dem Gebiet des Religionsunterrichts, der der Schule verwiesen wurde, mussten die Landeskirchen ebenfalls eine Niederlage verzeichnen: Der kirchliche Unterricht (die Christenlehre) verlor zunehmend an Zuspruch.

Das alles fand auf dem Hintergrund einer Politik statt, die sich stalinistischer Methoden bediente und in den frühen 1950er-Jahren für Angst und Schrecken sorgte: Einzelne Pfarrer wurden nach Schauprozessen verhaftet, die Evangelischen Studentengemeinden unter Druck gesetzt. Kirchliche Veranstaltungen wurden häufig polizeilich daraufhin überprüft, ob sie „rein religiös“ waren, und mit Restriktionen belegt. Mit entschiedener Brutalität, nicht zuletzt mithilfe von *Fake News* über angebliche Spionagetätigkeiten, wurde die kirchliche Jugendarbeit, also die „Jungen Gemeinden“, bekämpft.

Die staatliche Politik hatte zwei Pole: zum einen eine rigide Laizität, die Kirche und Religion aus der Öffentlichkeit verbannte, zum anderen eine strikte Kontrolle der Kirche. Damit gewann der Staat bis Ende der 1950er-Jahre die Oberhand; und es wurde deutlich, dass Religion und Kirchenmitgliedschaft für viele Menschen keine Bedeutung mehr hatten. Unterdessen verließen bis zum Bau der Berliner Mauer rund drei Millionen Menschen die DDR, unter anderem deshalb, weil sie von der antichristlichen Politik in Schule und Arbeitsleben betroffen waren. Davon war die Hälfte jünger als 25 Jahre alt.

## Die Scharnierphase zwischen Mauerbau und Kirchenbund-Gründung

Die Verdrängung von Kirche und Religion aus dem öffentlichen Leben und die Etablierung des Atheismus als Religionsersatz wurde nach dem Mauerbau gesetzlich fixiert, und das vor allem für jene Lebensbereiche, in denen der Staat dies



*Kennzeichnend für die Entwicklungen in den 1950er-Jahren ist die Durchsetzung der Jugendweihe, bei der Jugendliche ihr Einverständnis mit der SED-Diktatur und ihrem Atheismus zu bekunden hatten.*  
© Deutsche Fotothek/  
Gerhard Weber

direkt durchsetzen konnte. Dafür standen das Jugendgesetz der DDR (1964), das „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“ (1965) und das Familiengesetzbuch aus dem gleichen Jahr. Proklamiert wurde ein Totalitätsanspruch und damit der Wille zur Schaffung eines neuen, sozialistischen Menschen. Gekrönt wurde diese Gesetzgebung 1968 durch eine neue, „sozialistische“ Verfassung, mit der sich die DDR als Staat selbst erfand. Damit verband sich eine scharfe Abgrenzungspolitik gegen die Bundesrepublik, die auch die Teilung der EKD erzwang.

Eine wesentliche kirchliche Standortbestimmung stellen in dieser Zeit die 1963 von den ostdeutschen Landeskirchen verabschiedeten „Zehn Artikel über Freiheit und Dienst der Kirche“ dar<sup>1</sup>, die einen Weg suchten zwischen der Konfrontation und der willigen Anpassung an die politischen Verhältnisse und die sich anlehnen wollten an die Barmer Theologische Erklärung von 1934. Die lutherische Zwei-Reiche-Lehre wurde hier so interpretiert, dass man zu unterscheiden habe zwischen dem Dienst an der sozialistischen Gesellschaftsordnung und dem Atheismus, dem man sich zu verweigern

<sup>1</sup> Downloadlink und QR-Code zum Dokument „Zehn Artikel“ siehe oben auf S. 8 in diesem Heft.



Sozialismus als Religionsersatz:  
Die „Zehn Gebote für den neuen sozialistischen Menschen“ vom V. SED-Parteitag im Juli 1958.  
© Bundesarchiv, Bild 183-57163-0001 (CC-BY-SA 3.0) / Wikimedia

haben. Die Obrigkeit dürfe sich nicht zum Herrn über die Gewissen machen. Einer der Artikel forderte auch den Schutz der Wehrdienstverweigerer. Dies war ein wesentliches Anliegen der ostdeutschen Landeskirchen, das letztlich aber nur zu einem Ersatzdienst in den Reihen der Nationalen Volksarmee führte, dem Bausoldatendienst.

### Auf der Suche nach einem Standort in Staat und Gesellschaft in den 1970er-Jahren

Mit der Gründung des Kirchenbundes lebte die Suche nach einer Standortbestimmung wieder auf. „Kirche im Sozialismus“ war nicht die einzige Formel, die im Kirchenbund nach seiner Gründung diskutiert wurde. Ebenso viel Wirkung hatte die Wendung „Kirche für andere“, die der Erfurter Propst Heino Falcke auf der Synode des Kirchenbundes 1972 in Dresden in

einem Grundsatzreferat vorstellte<sup>2</sup>. Falcke, der schon an den „Zehn Artikeln“ mitgearbeitet hatte, sprach von einem „verbesserlichen Sozialismus“ und provozierte damit den Staat erheblich, denn der Sozialismus war nun einmal vollkommen. Falckes Angebot: „So werden sich Christen überall engagieren, wo es gilt, die sozialistische Gesellschaft als gerechtere Form des Zusammenlebens aufzubauen“ ging ins Leere.

Zu der Zeit, als die evangelische Kirche nach Formulierungen für ihren Standort in Staat und Gesellschaft suchte, vollzog sich 1971 der Machtwechsel von Walter Ulbricht zu Erich Honecker. Honeckers Programm war das der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“, die nicht nur die drängende Wohnungsnot mit einem Wohnungsbauprogramm lösen, sondern mit staatlichen Mitteln auch das Angebot für den privaten Konsum steigern und damit zu mehr Zufriedenheit in der Bevölkerung führen sollte. Dadurch entwickelte sich auch in der DDR eine Konsumgesellschaft mit einem bescheidenen Wohlstand, und damit etablierte sich neben der politisch erzwungenen Säkularisierung einer der Hauptfaktoren einer „natürlichen“ Säkularisierung, der in der Bundesrepublik schon länger wirksam war: Die wichtigsten Bedürfnisse in der „Fürsorgediktatur“ (so der Historiker Konrad Jarausch) wurden befriedigt, das Auto ermöglichte Mobilität, und im Alltag zog man sich in die private Nische zurück, die oft aus einem Kleingarten mit Häuschen („Datsche“) bestand. Einwirkungen auf private Lebensbereiche, wie es sie in der Bundesrepublik durch den politischen Einfluss der Kirchen in den 1970er-Jahren noch gab, waren ausgeschlossen: Scheidungen waren ebenso wie Schwangerschaftsabbrüche problemlos möglich. Kritische Debatten zu diesen Themen waren auf den Raum der Kirche begrenzt.

Andererseits wurde in den 1970er-Jahren deutlich, dass die Kirche nicht völlig zu verdrängen war, da sie in einer stabilen Minderheitenposition verblieb. Dazu trugen auch die innerdeutschen kirchlichen Beziehungen, Finanztransfers aus dem Westen und das westdeutsche Medieninteresse an der Kirche in der DDR bei. Allerdings wurde auch innerkirchliche Kritik laut, die die kirchenleitenden Organe einer zu starken Anpassung ziele. Als sich 1976 der evangelische Pfarrer Oskar Brüsewitz öffentlich verbrannte, tat er das aus Protest gegen die atheistische Indoktrination in den Schulen und gegen „den scheinbaren tiefen Frieden,

<sup>2</sup> Downloadlink und QR-Code zum Vortrag von Dr. Heino Falcke siehe oben auf S. 10 in diesem Heft.

der auch in die Christenheit eingedrungen ist“. Innerkirchlich wirkte Brüsewitz' Tod wie ein Farnal und führte bei manchen zu der Frage, ob nicht die Kirchenleitungen die Christ\*innen an der Basis allein ließen, die doch vor Ort die eigentlichen Konflikte am Arbeitsplatz und in der Schule auszutragen hatten.

Eben so konnte es aussehen, als der Staat im März 1978 ein „Spitzengespräch“ zwischen der Leitung des Kirchenbundes unter dem (Ost-)Berlin-Brandenburgischen Bischof Albrecht Schönherr und der Staatsführung unter Erich Honecker ermöglichte. Dies sah auch für westliche Augen gut aus und schien für eine Art Burgfrieden zwischen Staat und Kirche zu stehen. Erich Honecker würdigte in seinem Redebeitrag die Formel von der „Kirche im Sozialismus“, da die Kirche sich damit, so seine Interpretation, am Aufbau des Sozialismus (also der SED-Diktatur) beteiligen wolle. Honecker behauptete zudem, die freie Religionsausübung in der DDR sei garantiert und Christ\*innen seien nicht benachteiligt. Dass dies eine glatte Lüge war, konnte Albrecht Schönherr so nicht sagen. Er beklagte aber die bestehenden Benachteiligungen, vor allem im Schulwesen. Worum es ihm ging, machte Schönherr's Schlusssatz klar: „Das Verhältnis von Staat und Kirche ist so gut, wie es der einzelne christliche Bürger in seiner gesellschaftlichen Situation vor Ort erfährt.“

### Bildung als Herausforderung für die Kirche in einer Diktatur

Dass unmittelbar nach dem Gespräch mit Erich Honecker durch die Volksbildungsministerin Margot Honecker der „Wehrkundeunterricht“ in den Schulen der DDR eingeführt wurde, zeigte, dass der Staat weiterhin auf Provokationen aus war. Die Militarisierung der Gesellschaft und die Erziehung zum Hass auf den „Klassenfeind“, also auf Freiheit, Individualität und Demokratie, waren tief im Bildungswesen verankert und begannen schon im Kindergarten. In der Kirche versuchte man sich an der „Erziehung zum Frieden“, und manche Christ\*innen unterstützten auch die staatsunabhängige Friedensbewegung, die im Zuge der sowjetischen Aufrüstung mit Mittelstreckenraketen Ende der 1970er-Jahre ihren Anfang nahm. Daraus entstand ein erhebliches Konfliktpotential: Obwohl die Unterstützung der Friedensgruppen in der Kirche keineswegs unumstritten war, nahm der Staat sie dafür in Haftung. Dem Motto „Schwerter zu Pflugscharen“ stand das staatliche „Der Friede muss bewaffnet sein“ gegenüber.

Wenn die SED-Diktatur von Bildung sprach, meinte sie damit immer auch die „Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit“ und damit die Erziehung zum Atheismus, zur Konformität, zum Gehorsam und zur Nützlichkeit für den Staat. Abweichungen von diesen Normen wurden sanktioniert; aus einem christlichen Elternhaus zu kommen, konnte zur Folge haben, dass man nicht die Erweiterte Oberschule besuchen durfte, die zum Abitur führte, oder dass man keinen Studienplatz bekam. Die Lehrkräfte hatten die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die staatlichen Vorgaben umgesetzt wurden.

Der eng umgrenzte Raum, der der Kirche vom Staat zugewiesen wurde, beinhaltete immerhin auch ein kirchliches Bildungswesen. Dieses bestand vor allem aus der Christenlehre als gemeindlichem Religionsunterricht, aber auch aus dem konfirmationsvorbereitenden Unterricht, der kirchlichen Kinder- und Jugendarbeit, evangelischen Kindergärten, Ausbildungseinrichtungen für diakonische und pflegerische Arbeit, Kirchlichen Hochschulen und Evangelischen Akademien. Dabei handelte es sich nicht nur um einen Teil der kirchlichen „Nischenkultur“, sondern auch um einen Freiraum für eine Pädagogik, die ein ganz anderes Menschenbild voraussetzte als das staatlich verordnete.

Das staatliche Bildungswesen war eines der Hauptkonfliktfelder zwischen Staat und Kirche, und die Kirchen hatten hier eine wichtige Funktion als Anwälte der Interessen von Eltern, Kindern und Jugendlichen, auch wenn kirchliche Appelle zumeist ins Leere gingen. Kinder und Jugendliche waren die hauptsächlichen Opfer der SED-Diktatur, ob sie nun aus christlichen Familien kamen, christlich eingestellt oder anderweitig abwegig waren. Die Perfidie der SED-Diktatur zeigte sich auf diesem Feld ganz besonders, denn die systematische Zerstörung von



*Oben: Der Vorsitzende des BEK, Albrecht Schönherr, prägt 1971 die Formel „Kirche im Sozialismus“.*

© Knoke/picture-alliance/dpa

*Unten: Der Erfurter Propst Heino Falcke sprach 1972 von einem „verbesserlichen Sozialismus“.*

© Hans Lachmann/Archiv der Ev. Kirche im Rheinland



*Der eng umgrenzte Raum, der der Kirche vom Staat zugewiesen wurde, beinhaltete immerhin auch ein kirchliches Bildungswesen.  
Foto: Konfirmation 1987 in Dresden.  
© Ulrich Hässler / picture alliance / ZB*

Bildungswegen wurde von ihr stets gelehnt. Das kirchliche Bildungswesen konnte dies weder auffangen noch korrigieren, sondern nur Alternativen in einer Nische anbieten: Individualität statt Anpassung, Kreativität statt Nachvollzug. Die Offene Jugendarbeit bot davon noch mehr für Jugendliche, die in Staat und Gesellschaft gar keine Heimat mehr fanden. „Kirche im Sozialismus“ war in diesem Sinne eben doch Kirche gegen den Sozialismus.

Der Protest gegen die SED-Diktatur, so oft er auch erstickt wurde, wurde nicht zuletzt von Angehörigen der jüngeren Generation getragen, die gegen die Apathie und Zukunftslosigkeit in einem Staat aufstanden, der sich in den 1980er-Jahren unverkennbar in der Agonie befand, wovon nicht nur die abbruchreifen Häuser in den Innenstädten zeugten. Diesen jungen Menschen konnte die Kirche ein schützendes Dach bieten, wenn es das auch nicht in jeder Gemeinde gab. Allerdings war dies nur der Protest einer Minderheit, während die Mehrheit sich fügte, wie man es im Elternhaus eben auch lernte.

Die „Friedliche Revolution“ war dann ein unter heutigen politischen Umständen undenkbarer Glücksfall, weil der Protest von Jugendlichen und natürlich auch Erwachsenen das schützende Dach der Kirche verlassen und in die Öffentlichkeit gehen konnte, ohne von russischen Panzern zermalmt zu werden, wie dies 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei der Fall war. So war die „Friedliche Revolution“ nicht das Werk der Kirche, aber undenkbar ohne die Kirche, die über Jahrzehnte eine Nische im Sinne einer „Gegenöffentlichkeit“

bewahrte, in der das freie Wort nicht strafbar war und es mehr als eine Meinung geben konnte. ◆

### Weiterführende Literatur

**Albrecht-Birkner**, Veronika: Freiheit in Grenzen. Protestantismus in der DDR (Christentum und Zeitgeschichte, Band 2), Leipzig 2018

**Hueck**, Nikolaus: Lerngemeinschaft im Erziehungsstaat. Religion und Bildung in den evangelischen Kirchen in der DDR, München 2000

**Koerrenz**, Ralf / Stiebritz, Anne (Hg.): Kirche – Bildung – Freiheit. Die Offene Arbeit als Modell einer künftigen Kirche, Paderborn 2013

**Mau**, Rudolf: Der Protestantismus im Osten Deutschlands (1945–1990) (Kirchengeschichte in Einzeldarstellungen IV/3), Leipzig 2005

### Quellen

**Zehn Artikel über Freiheit und Dienst der Kirche** (1963). [www.ekmd.de/kirche/geschichte-der-ekm/geschichte-der-kirchen-in-der-ddr/zehn-artikel-ueber-freiheit-und-dienst-der-kirche.html](http://www.ekmd.de/kirche/geschichte-der-ekm/geschichte-der-kirchen-in-der-ddr/zehn-artikel-ueber-freiheit-und-dienst-der-kirche.html)

**Gesetz** über das einheitliche sozialistische Bildungssystem (1965). [www.verfassungen.de/ddr/schulgesetz65.htm](http://www.verfassungen.de/ddr/schulgesetz65.htm)

**Heino Falcke**: Christus befreit. Darum Kirche für andere (1972). [www.ekmd.de/kirche/geschichte-der-ekm/geschichte-der-kirchen-in-der-ddr/vortrag-christus-befreit-darum-kirche-fuer-andere.html](http://www.ekmd.de/kirche/geschichte-der-ekm/geschichte-der-kirchen-in-der-ddr/vortrag-christus-befreit-darum-kirche-fuer-andere.html)



**PROF. DR. KLAUS FITSCHEN** ist Professor für Neuere und Neueste Kirchengeschichte an der Theologischen Fakultät der Universität Leipzig.

HENNING SCHLUß UND ANTONIA SCHLUß

# Kirche im Sozialismus

## Ein Begriff zwischen Standortbestimmung, Türöffner, Kritik und Anpassung

*In Erinnerung an Wolf Krötke, einen um Klarheit bemühten Lehrer der Kirche in Sozialismus und Säkularität*

### Vorgeschichte

Der Sieg der Alliierten über das nationalsozialistische Deutschland wurde innerhalb der Evangelischen Kirchen von den meisten nicht als Befreiung verstanden. Selbst in der Bekennenden Kirche war der Flügel um Bonhoeffer, der sich im Laufe des Krieges zu einem auch gewalt-samen Widerstand gegen Hitler als die kleinere Schuld durchgerungen hatte, in der Minderheit. Das Stuttgarter Schuldbekenntnis war vornehmlich von denjenigen formuliert worden, die noch am wenigsten mit dem Nationalsozialismus sympathisierten und ihm mit der Barmer Theologischen Erklärung Grenzen gesetzt hatten.

Mit der Kapitulation Deutschlands und der Aufteilung in verschiedene Besatzungszonen verlief die Grenze der beginnenden Blockkonfrontation mitten durch Deutschland. Weil die Gruppe der aus der Emigration zurückkehrenden Kommunist\*innen kaum über Rückhalt in der Bevölkerung verfügte, kam die Sowjetische Militäradministration (SMAD) in der Phase der „Demokratisierung“<sup>1</sup> auf kirchliche Würdenträger zu, die als wenig NS-belastete Vertrauenspersonen angesehen wurden. Einige herausragende Vertreter\*innen, wie z.B. der Berliner Propst Grüber, dessen Büro sich um die Ausreise vor allem von Christ\*innen, die nach den Nürn-

berger Rassegesetzen als Juden galten, verdient gemacht hatte, bekam sogar Zutritt zum Speziallager der sowjetischen Geheimpolizei in Sachsenhausen. Otto Dibelius hatte sich schon vorher selbst als kirchlicher Ansprechpartner der Roten Armee repräsentiert. Der Kirche wurden mehr Rechte zugestanden als in der Sowjetunion. So konnte z.B. der Religionsunterricht in den Schulen stattfinden. Mit der Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) 1946 war eine politische Basis für die „Gruppe Ulbricht“ geschaffen, die Macht in der nach der Bundesrepublik 1949 gegründeten Deutschen Demokratischen Republik (DDR) zu übernehmen. Mit der deutschen Zweistaatlichkeit wurde im Osten der „Aufbau des Sozialismus“ zielstrebig vorangetrieben, was die zunehmende Verstaatlichung aller Gesellschaftsbereiche bedeutete. Während dies bei der Großindustrie reibungsarm gelang, war es bei der „Kollektivierung der Landwirtschaft“ erheblich schwieriger. Die Kirchen hatten eine Sonderstellung, weil sie zum einzigen nichtstaatlichen gesellschaftlichen Einflussfaktor wurden. Dies lag zum ersten darin begründet, dass insbesondere die Evangelische Kirche, trotz staatlich geförderter Säkularisierung und abnehmender Mitgliederzahlen, die größte Organisation in der DDR blieb<sup>2</sup>, zum zweiten darin, dass sie neben Kirchen und Gemeinden weiterhin ebenfalls Krankenhäuser, Al-



*Der Berliner Theologe Prof. Dr. Dr. h.c. Wolf Krötke verstarb am 23. Juni 2023 im Alter von 84 Jahren.  
© EKBO/Jens Asmus Fischer*

<sup>1</sup> Gesetz zur Demokratisierung der Deutschen Schule vom 12.6.1946, Vgl. Nooke / Schluß, Schule in der Diktatur.

<sup>2</sup> Vgl. Schröder, Der Versuch einer eigenständigen Standortbestimmung.



*Die Kirche blieb die größte Organisation in der DDR und bot alternative gesellschaftliche Partizipationsmöglichkeiten: (v.l.) Konfirmandenunterricht, Ev. Behindertenhilfe, Ev. Kindergarten, Ev. Krankenhaus, Junge Gemeinde.  
© Hans Lachmann / Archiv der Ev. Kirche im Rheinland (4); Diakonie Deutschland.*

tenheime, Behinderteneinrichtungen betrieb, wenn auch keine allgemeinbildenden Schulen.<sup>3</sup> Zum dritten blieb die Evangelische Kirche, trotz ihrer landeskirchlichen Struktur, eine gesamtdeutsche Institution. Dies betraf nicht nur die grenzüberschreitenden Landeskirchen, und da insbesondere die Kirche Berlin-Brandenburgs mit dem geteilten Berlin, sondern die EKD, die gesamtdeutsch organisiert blieb.<sup>4</sup>

Damit war die Kirche gleich in mehrfacher Hinsicht ein Opponent des kommunistischen Herrschaftsanspruchs. Dass die Kirchen von den Synoden bis hin zu den Gemeindekirchenräten demokratisch organisiert waren, verlieh ihnen eine Legitimation, welche die „Diktatur des Proletariats“, wie die DDR sich selbst bezeichnete, nicht hatte. Sie machte ihr den Wahrheitsanspruch der „wissenschaftlichen Weltanschauung“ streitig, indem sie das christliche Deutungsangebot verkörperte. Sie bot alternative, nicht gleichgeschaltete gesellschaftliche Par-

tizipationsmöglichkeiten, von Kindergärten über die Christenlehre bis hin zum Konfirmandenunterricht oder der Jungen Gemeinde (JG), die besonders umkämpfte Angebote waren, weil sie die Heranwachsenden betrafen, die für den Aufbau des Sozialismus gewonnen werden sollten.<sup>5</sup> Auch wenn die Kämpfe um die JG 1952/53 von staatlicher Seite mit großer Brutalität bis hin zu willkürlichen Verhaftungen geführt wurden, konnten sie doch deren Popularität nicht nachhaltig brechen. Das gelang erfolgreicher mit der durch staatliche Repressionsmaßnahmen propagierten Jugendweihe als Alternative zur Konfirmation und Firmung ab 1958, weil die Kirchenmitglieder ihren Kindern keine Bildungschancen verbauen wollten und sich deshalb oftmals Wege der Anpassung suchten.<sup>6</sup> Trotzdem blieb die Kirche auch bei sinkenden Mitgliederzahlen als Antagonist des SED-Staates präsent. Mit ihrer gesamtdeutschen Organisationsform war sie zudem ein ständiger Pfahl im Fleische des Bemühens um staatliche Eigenständigkeit der DDR und wurde deshalb nicht nur als weltanschaulich

<sup>3</sup> Dröse et al, Die evangelischen Schulen in der DDR.

<sup>4</sup> Für die katholische Kirche gilt vergleichbares, allerdings fiel sie zahlenmäßig in den eher protestantisch geprägten Gebieten weniger ins Gewicht und hielt sich auch gesellschaftspolitisch deutlich zurück.

<sup>5</sup> Vgl. Käbisch, Kirchen in der DDR.

<sup>6</sup> Vgl. Wentger, „Kirchenkampf“ in der DDR.

überlebte und zu bekämpfende Größe<sup>7</sup>, sondern immer auch als ein Agent der Bundesrepublik interpretiert, zumal die evangelischen Landeskirchen in der DDR finanziell von den westdeutschen Kirchen unterstützt wurden.

## Kirche im Sozialismus

Die zweite DDR-Verfassung von 1968, die u.a. die führende Rolle der SED festschrieb und damit die DDR als sozialistischen Staat definierte, machte es den Evangelischen Landeskirchen in der DDR immer schwerer, sich gesamtdeutsch zu verstehen. In einem „Brief aus Lehnin“ hatten sieben von acht evangelischen Bischöfen geschrieben: „Als Staatsbürger eines sozialistischen Staates sehen wir uns vor die Aufgabe gestellt, den Sozialismus als eine Gestalt gerechteren Zusammenlebens zu verwirklichen.“<sup>8</sup> Der sozialistische Staat mit seinem Selbstanspruch der gerechteren Gesellschaft wird aufgenommen und zugleich relativiert, insoweit er eben nicht schon als realisiert, sondern als eine Entwicklungsaufgabe verstanden wird, an der auch Christ\*innen sich beteiligen.

Der Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, benannte im Februar 1969 aus Sicht des SED-Staates die „Aufgaben der Kirche im Sozialismus“<sup>9</sup>. Im gleichen Jahr schufen sich die Evangelischen Landeskirchen mit dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) eine eigene Dachorganisation. Damit war die Trennung von der EKD vollzogen und eine gewisse Entspannung im Staat-Kirchen-Verhältnis erreicht, die allerdings auch eine Selbstverständigung über diese Kirche notwendig machte. So stellte die Bundessynode 1970 fest: „Der Bund wird sich als Zeugnis- und Dienstgemeinschaft von Kirchen in der sozialistischen Gesellschaft der DDR bewähren müssen“.<sup>10</sup>

Die eigentliche theologische Standortbestimmung erfolgte durch das Grundsatzreferat des Erfurter Propstes Heino Falcke auf der Bundessynode 1972, der dort von einem „verbesserlichen Sozialismus“<sup>11</sup> und dem Einsatz von Christ\*innen gegen „Unfreiheit und Ungerechtigkeit“<sup>12</sup> sprach. Wenn bis dahin auf

Seiten des Staates die Hoffnung geherrscht hatte, mit der organisatorischen Ablösung von der EKD eine angepasste Kirche erhalten zu haben, so war diese hiermit zerschlagen. Gerade die Standortbestimmung als Kirche in der DDR ermöglichte so für Falcke und seine Rezeption nicht nur eine selbstkritische, sondern auch und gerade eine gesellschaftskritische Positionierung der Kirche aus theologischer Verantwortung heraus. Referenz für diese Interpretation der „Kirche im Sozialismus“ blieb das Bonhoeffer-Modell einer „Kirche für andere“, auch weil diese in ihrer Idee von einem religionslosen Christentum der säkularisierten Lebenswirklichkeit nahekam.<sup>13</sup> Gerade auch diese Parteinahme für die Schwachen in der Gesellschaft wurde von der Staatsführung als Angriff auf das politische System interpretiert.

Im offiziellen kirchlichen Sprachgebrauch wird die Formel von der „Kirche im Sozialismus“ in der Bundessynode 1973 erläutert: „Wir wollen Kirche nicht neben, nicht gegen, sondern im Sozialismus sein“.<sup>14</sup> Was das aber konkret bedeutete, wurde sehr unterschiedlich erfahren und interpretiert. Zu einer Spitzenbegegnung zwischen Staats- und BEK-Kirchenleitung kam es erst am 6. März 1978. Bischof Albrecht Schönherr formulierte bei dieser Gelegenheit: „Das Verhältnis von Staat und Kirche ist so gut, wie es der einzelne christliche Bürger in seiner gesellschaftlichen Situation vor Ort erfährt“.<sup>15</sup> Das war deshalb bedeutsam, weil spätestens mit der öffentlichen Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz dieses Verhältnis vor Ort als desolat offenkundig geworden war, was weder Staats- noch Kirchenleitung ignorieren konnten. Die Nichtmitgliedschaft in der sozialistischen Jugendorganisation mit Alleinvertretungsanspruch FDJ bedeutete in der Regel bis zum Ende der DDR den Ausschluss von der Erweiterten Oberschule (EOS). Die Einfüh-



*Mit seiner öffentlichen Selbstverbrennung im August 1976 wollte Pfarrer Oskar Brüsewitz ein Zeichen setzen gegen die politischen Verhältnisse der DDR und für eine stärkere Opposition seiner Kirche.*

© Karl-Adolf Zech / picture-alliance / dpa

<sup>7</sup> Vgl. Richter, Chancen für Kirche und Staat.

<sup>8</sup> Zitiert nach Henkys, Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR, 113.

<sup>9</sup> A.a.O., 140.

<sup>10</sup> A.a.O., 211.

<sup>11</sup> EKD, Kirchliches Jahrbuch, 251. Downloadlink und QR-Code zum Vortrag von Dr. Heino Falcke siehe oben auf S. 10 in diesem Heft.

<sup>12</sup> EKD, Kirchliches Jahrbuch, 251.

<sup>13</sup> Vgl. Krötke, Die Kirche im Umbruch der Gesellschaft, und ders., Karl Barth und der „Kommunismus“; auch: Schluß, Religiöse Kompetenz in der religionslosen Welt?

<sup>14</sup> EKD, Kirchliches Jahrbuch, 181.

<sup>15</sup> Schönherr, Gleichberechtigt und gleichgeachtet, 217.

Erst am 6. März 1978 fand das erste so genannte „Spitzengespräch“ zwischen Staats- und BEK-Kirchenleitung statt. Am Tisch u.a. Staats- & Parteichef Erich Honecker (4.v.l.) und der BEK-Vorsitzende Bischof Albrecht Schönherr (2.v.r.).  
© Peter Koard/ADN-ZB/Bundesarchiv



nung des Wehrkundeunterrichts wurde gegen Protest der Kirchen durchgesetzt, eine Abmeldemöglichkeit wurde nicht eingeräumt. Gerade dies motivierte aber die oppositionellen Friedens-, Menschenrechts- und Umweltgruppen unter dem Dach der Kirche, die offene Jugendarbeit und die Kirche von unten. Das Anwachsen der Ausreisebewegung machte zunehmend deutlich, dass sich die Hoffnung auf einen „verbesserlichen Sozialismus“ für viele immer mehr als Illusion erwiesen hatte, auch wenn sie 1989 noch einmal kurzzeitig eine Blüte erlebte. In den ausgesprochen einflussreichen Texten der Ökumenischen Versammlung in der DDR 1988/89 wurde die Formel nicht mehr verwendet und im Text 3 „Mehr Gerechtigkeit in der DDR“ wurde die Stellung von Christ\*innen zum Sozialismus zu den offenen und umstrittenen Fragen gerechnet.<sup>16</sup>

### Die internationale Dimension

Kirche im Sozialismus gab es nicht nur in der DDR, sondern auch in den anderen Staaten des real-existierenden Sozialismus. Die orthodoxe autokephale Kirche hatte sich in den russisch dominierten Gebieten der Sowjetunion mit der Beschränkung auf den Kult abgefunden.

In der Volksrepublik Polen stand die katholische Kirche einerseits als nationale Kirche, andererseits als Weltkirche in Opposition zur kommunistischen Regierung, was mit der Wahl Karol Józef Wojtyłas zum Papst globale Auswirkungen bekam sowie mit der Unterstützung der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność und der Ermordung des Priesters Jerzy Popiełuszko 1984 durch die Staatsicherheit offenkundig wurde.

Die Situation in der Tschechoslowakei war aufgrund der Brüderischen Tradition für die evangelischen Kirchen in der DDR relevanter. Anders als in der DDR war die Trennung von Kirche und Staat hier nicht vollzogen. Die Pfarrer\*innen waren Angestellte des sozialistischen Staates. Als einflussreichster Theologe darf der 1889 geborene Josef K. Hromádka gelten, der, aus der K.-u.-K.-Ära kommend, die Katastrophen des Ersten und des Zweiten Weltkrieges miterlebte und sich bereits in der ersten Republik der Dialektischen Theologie Barthscher Prägung zuwandte. Die Erfahrungen des spanischen Bürgerkrieges und der Sudetenkrise, in der die Demokratien den totalitären Systemen keinen Widerstand leisteten, prägten ihn.

Die kommunistische Umformung der Tschechoslowakei nach 1948 begriff Hromádka theologisch als eine Konsequenz des Scheiterns der Kirche in der bürgerlichen Gesellschaft, die sich eben nicht auf die Seite der Unterdrückten gestellt hatte, wie theologisch anzunehmen wä-

<sup>16</sup> Downloadlink und QR-Code zu den Texten der Ökumenischen Versammlung 1988/89 siehe oben auf S. 11 in diesem Heft.

re.<sup>17</sup> Die theologische Position der Buße und des Beharrens auf eine christologisch begründete innere Freiheit verbunden mit einer Hinwendung zu den Unterdrückten führte Hromádka gesellschaftspolitisch immer näher an das kommunistische Regime heran. Die Gründung der Christlichen Friedenskonferenz (CFK), einer internationalen Organisation, die auch in westeuropäischen Ländern vertreten war, geht wesentlich auf sein Engagement zurück. Zugleich blieb die CFK umstritten als Kommunismus-freundliche Organisation. Spätestens mit dem Ende des Prager Frühlings wurde deutlich, dass die CFK de facto mit den Positionen des Warschauer Paktes übereinstimmte und den Einmarsch der Sowjetischen Truppen unterstützte. Hromádka zog sich daraufhin von der Leitung der CFK zurück, die auch in der DDR als eine der Blockpartei CDU und der SED nahestehende Organisation bestehen blieb.

Anders als in der DDR versammelte sich die Opposition in Tschechien und der Slowakei nur selten unter den Dächern der Kirche. Die einflussreichste Oppositionsbewegung der Charta 77 hatte nur in einzelnen Personen besondere Berührungen zu den protestantischen Kirchen.

## Die pädagogische Sondersituation

Während in Theologie und Kirche das Verhältnis zum sozialistischen Staat hochgradig umstritten war, gab es auf dem Gebiet der Religionspädagogik zwar keine Einigkeit, aber doch einen breiten Mainstream, der durch einige Sonderwege begleitet wurde. Auch wenn nach 1945 bis ans Ende der 50er-Jahre noch Religionsunterricht in der Verantwortung der Kirche in den Räumen staatlicher Schulen erteilt werden durfte, so zeigte sich im Erlass des Volksbildungsministers Fritz Lange von 1958, dass nun gezielt gegen den Religionsunterricht vorgegangen werden sollte: Darin wurde nämlich verordnet, dass zwischen dem sonstigen Schul- und dem Religionsunterricht eine mindestens zweistündige Zwangspause liegen sollte.<sup>18</sup> Das traf die Religionspädagogik in der DDR nicht unvorbereitet, die aus der Erfahrung des Kirchenkampfes im Nationalsozialismus heraus bereits von sich aus Distanz zum Staat gesucht hatte und stattdessen auf eine Intensivierung der Gemeindepädagogik setzte. Die Zeitschrift „Die Christenlehre“ machte das bereits im Artikel der

Schriftleitung in ihrer ersten Ausgabe im Jahr 1948 deutlich: Der staatliche Religionsunterricht habe sich als „unheilvolle Entwicklung“ erwiesen, weil er einem „staatlichen Bildungsideal“ dienen musste.<sup>19</sup> Theologisch knüpfte er an die Neubesinnung der Theologie nach dem Ersten Weltkrieg an. Diese schon in der ersten Nummer der „Christenlehre“ angestimmte Lesart einer Kirche, die den Verlust staatlicher Privilegien als hilfreiche Ausgangsbedingung für die Konzentration auf die eigentliche Verkündigungsaufgabe der Kirche verstand, bleibt im Wesentlichen der Tenor der Zeitschrift „Die Christenlehre“. Sie ist die einzige nichtstaatliche pädagogische Zeitschrift, die die gesamte Zeit der DDR überdauerte und noch heute als „Gemeindepädagogik“ fortgeführt wird.<sup>20</sup> So blieb „Die Christenlehre“ als Zeitschrift vor allem für die gemeindliche Praxis bis zum Ende der DDR und darüber hinaus vielleicht das nachhaltigste Eigengewächs einer „Kirche im Sozialismus“. Die Christenlehre an sich wurde nun gerade dadurch zu einem Phänomen der „Kirche im Sozialismus“, dass sie sich dem staatlichen Einfluss weitestgehend entzog, sich in die Räume der Kirchengemeinden begab, gleichwohl einen alternativen und tendenziell repressionsfreien Raum zunehmend auch für nichtgetaufte Kinder anbot. ◆

## Literatur

- Conrad**, Gloria: Selbstverständnis von Christenlehre in der SBZ/DDR im Spiegel der Zeitschrift „Die Christenlehre“, Dissertationsschrift, Universität Wien 2019
- Dröse**, Albrecht/Krötke, Veronika/Nooke, Maria/Schluß, Henning: Die evangelischen Schulen in der DDR, in: Martin Schreiner (Hg.): Aufwachsen in Würde, Waxmann, Münster 2012, 81-90
- EKD**: Kirchliches Jahrbuch für die Ev. Kirche in Deutschland, Gütersloh 1974
- EKD**: Kirchliches Jahrbuch für die Ev. Kirche in Deutschland, Gütersloh 1975



*Der Theologe Josef Hromádka begriff die kommunistische Umformung der Tschechoslowakei nach 1948 als eine Konsequenz des Scheiterns der Kirche in der bürgerlichen Gesellschaft seit 1918.  
© Hans Lachmann/  
Archiv der Ev. Kirche  
im Rheinland*

<sup>17</sup> Vgl. Kähler, Die Freiheit der Kirche Christi in der Geschichte.

<sup>18</sup> Vgl. Nooke/Schluß, Schule in der Diktatur.

<sup>19</sup> Vgl. Hafa, Zum Geleit, 2.

<sup>20</sup> Vgl. Conrad, Selbstverständnis von Christenlehre.

**Hafa**, Herwig: Zum Geleit, in: Die Christenlehre H.1 Jg. 1 1948, 2-4

**Henkys**, Reinhard: Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR. Dokumente zu seiner Entstehung. EPD Dokumentation 1. Eckart-Verlag, Frankfurt 1970

**Käbisch**, David: Kirchen in der DDR. In: Das wissenschaftlich religionspädagogische Lexikon im Internet, 2019 (WiReLex), www.bibelwissenschaft.de/stichwort/100159/ (13.07.2023)

**Kähler**, Christoph (2022): Kirche im Sozialismus. In: Staatslexikon 8 online, 2022, www.staatslexikon-online.de/Lexikon/Kirche\_im\_Sozialismus (12.07.2023)

**Kähler**, Reinhard: Die Freiheit der Kirche Christi in der Geschichte. Symposium zum theologischen Erbe von J. L. Hromádka anlässlich seines 110. Geburtstages und 30. Todestages, Benešov 2002, 60-70

**Krötke**, Wolf: Die Kirche im Umbruch der Gesellschaft. Theologische Orientierungen im Übergang vom „real existierenden Sozialismus“ zur demokratischen, pluralistischen Gesellschaft, Tübingen 1994

**Krötke**, Wolf: Karl Barth und der „Kommunismus“. Erfahrungen mit einer Theologie der Freiheit in der DDR, Zürich 2013

**Nooke**, Maria/Schluß, Henning: Schule in der Diktatur – Die DDR und ihr Volkssystem, in: Horch und Guck 2 (2011), H. 72, 4-9

**Richter**, Edelbert: Chancen für Kirche und Staat. Die neue Kirchenpolitik der SED und die Marxsche Religionskritik. In: KiSo 9 (1983) 3, 9-24

**Schluß**, Henning: Religiöse Kompetenz in der religionslosen Welt? – Eine neue Zielbeschreibung des Religionsunterrichts vs. Bonhoeffers Analyse der mündig gewordenen Welt. In: Zeitschrift für Pädagogik und Theologie (ZPT) 2 (2008), 134-146

**Schönherr**, Albrecht: Gleichberechtigt und gleichgeachtet. Ausführungen von Bischof D. Albrecht Schönherr, in: R. Bodenstein (Hg.): Kirche als Lerngemeinschaft. Dokumente aus der Arbeit des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, 1981, 213-217

**Schröder**, Richard: Der Versuch einer eigenständigen Standortbestimmung der Evangelischen Kirchen in der DDR am Beispiel der „Kirche im Sozialismus“, in: Deutscher Bundestag: Rolle und Selbstverständnis der Kirchen in den verschiedenen Phasen der DDR-Diktatur. Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ VI/2, 1995, 1164–1429

**Wentger**, Hermann: „KIRCHENKAMPF“ in der DDR. Der Konflikt um die Junge Gemeinde 1950-1953, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 421(1995) 1, 95-127.



**PROF. DR. HENNING SCHLUß** ist Professor für Bildungstheorie und Bildungsforschung an der Universität Wien.

**ANTONIA SCHLUß** studiert seit 2022 Evangelische Theologie an der Universität Halle-Wittenberg.



DAVID KÄBISCH

# Kirchliche Friedensarbeit und gewaltfreier Widerstand in der DDR

Oder: Was können wir heute von der „Kirche im Sozialismus“ lernen?

Selig sind die Pazifisten, denn sie werden Gottes Kinder heißen“ – als im vergangenen November Landesbischof Friedrich Kramer seinen Bericht als Friedensbeauftragter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland mit diesem Motto aus Matthäus 5,9 begann, positionierte er sich in einer Art und Weise in den laufenden friedensethischen Debatten zum russischen Überfall auf die Ukraine, die nicht un-

widersprochen blieb.<sup>1</sup> Der Widerspruch entzündete sich nicht nur an der deutungsstarken, interessengeleiteten Übersetzung des bekannten Verses aus den Seligpreisungen, sondern auch an der „klaren Positionierung gegen Waffenlieferungen an die Ukraine“ vor dem Hintergrund seiner „persönlichen Erfahrungen in der

<sup>1</sup> Kramer, Bericht des Friedensbeauftragten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland.



© Kirchenkreis Halle-Saalekreis

kirchlichen Friedensarbeit und im gewaltfreien Widerstand in der DDR“. Mit Hinweis auf die Friedliche Revolution und ihre lange Vorgeschichte in der kirchennahen Opposition trat und tritt Kramer auch in anderen Kontexten dafür ein, den „Einsatz für Frieden und Gewaltlosigkeit gerade jetzt mit aller Kraft“ fortzuführen und sich nicht auf eine Spirale der Gewalt und Gegengewalt einzulassen.<sup>2</sup>

Der Friedensbeauftragte des Rates der EKD repräsentiert mit dieser Position keineswegs die Mehrheitsmeinung der Kirchenleitung oder anderer Stimmen aus dem Kirchenamt der EKD. Die theologisch anders akzentuierte Stellungnahme von Johannes Wischmeyer kann dafür als Beispiel dienen. Bereits im März 2022 hatte er in einem Beitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) gefordert, dass ein „neuer Ton im Reden vom Frieden“ in den Kirchen nötig sei.<sup>3</sup> Gefragt sei vor allem eine

von politischen Forderungen unterscheidbare „Sprache, die unauflösbare Dilemmasituationen nicht wegargumentiert, sondern auf den Punkt bringt, die Leidens- und Mitleidenserfahrungen aufnimmt und die sich nicht scheut, das Böse böse zu nennen.“<sup>4</sup> Der Abteilungsleiter für theologische Grundsatzfragen im Kirchenamt der EKD hat mit Blick auf traumatisierende Kriegserfahrungen zudem eine Sprache im Blick, die „Glaubenden und Zweifelnden“ dabei helfen kann, „ihre Hoffnungen und Sorgen im Medium der Religion zu artikulieren.“<sup>5</sup> Und zum Dritten gehe es darum, dem kirchlichen Reden durch globale Entwicklungshilfe, praktische Friedensarbeit „vor Ort“ und Flüchtlingshilfe Glaubwürdigkeit zu verleihen.

Die facettenreiche friedensethische, kirchenpolitische und theologische Diskussion zum Krieg in der Ukraine kann und soll an dieser Stelle nicht rekonstruiert werden.<sup>6</sup> Mit Bezug auf die von Kramer angestoßene Diskussion steht im folgenden Grundsatzbeitrag vielmehr die

<sup>2</sup> Ebd. mit Verweis auf die Denkschrift der EKD von 2007 und die Beschlüsse der Friedenssynode 2019.

<sup>3</sup> Wischmeyer, Kirche zum Ukrainekrieg: Ein neuer Ton im Reden vom Frieden ist nötig. Die in dem FAZ-Artikel skizzierte Position wurde inzwischen ausführlich begründet in Wischmeyer, Die Sorge als Maßstab, 151-176.

<sup>4</sup> Wischmeyer, Kirche zum Ukrainekrieg.

<sup>5</sup> Ebd.

<sup>6</sup> Vgl. dazu den Überblick von Leonhardt, Einleitung, 7-18.



Allerorts inszenierte sich die DDR als Friedensstaat.

© Christian Borchert/  
Deutsche Fotothek

bildungstheoretische Frage im Mittelpunkt, was Schüler\*innen am Beispiel der kirchlichen bzw. kirchennahen Friedensarbeit in der DDR über den Zusammenhang von Politik und Religion sowie Formen gewaltfreien Widerstandes lernen können. Mit diesem Fokus kommt nur ein kleiner, auf die 1980er-Jahre fokussierter Ausschnitt der 40-jährigen, komplexen Geschichte der „Kirche im Sozialismus“ in den Blick.<sup>7</sup>

Obwohl ich selbst im Jahr der Friedlichen Revolution erst 14 Jahre alt war und damit einer anderen Generation als Landesbischof Friedrich Kramer angehöre, möchte ich in diesem Zusammenhang ebenfalls persönliche Erinnerungen an die kirchennahe Friedensbewegung ins Spiel bringen, wie ich sie als ostdeutsches Pfarrerskind Ende der 1980er erlebt habe. Eine wichtige Erinnerungshilfe sind dabei die umfangreichen Unterlagen, die das Ministerium für Staatssicherheit über die Gemeinde meines Vaters und seine Aktivitäten angelegt hat. In einem 2010 veröffentlichten Materialheft und Online-Portal zu den Akteuren der Friedlichen Revolution in Zwickau haben wir die Unterlagen gesichtet und für die Bildungsarbeit in Schulen und Gemeinden zugänglich gemacht.<sup>8</sup>

### Die politische Bedeutung von Religion in unscheinbaren Konfliktsituationen

Schüler\*innen können an den Akteuren der friedlichen Revolution die *politische Bedeutung von Religion* in unscheinbaren oder heute vielfach vergessenen Konfliktsituationen kennenlernen. In seiner kollektivbiografischen Untersuchung von Friedensaktivisten in der DDR geht beispielsweise Alexander Leistner in einer 2016

erschienenen Studie der Frage nach, wie der Zweite Weltkrieg „als generationenkonstituierender Erfahrungshintergrund“ die Entstehung der Friedensbewegung in der DDR geprägt hat.<sup>9</sup> Die familial tradierten und erinnerten Kriegserlebnisse führten seiner Einschätzung nach zu ganz unterschiedlichen Facetten des Engagements.

Obwohl sich die DDR als „Friedensstaat“ inszenierte und dafür ebenfalls den Zweiten Weltkrieg als gemeinsamen Erfahrungshintergrund nutzte, bekämpfte sie die kirchennahe Friedensbewegung vor allem mit konspirativen Methoden. Als ein Beispiel sei der Friedenskreis um den Zwickauer Domkürster Jörg Banitz erwähnt, der am 21. Dezember 1983 gemeinsam mit Lutz Schreckenbach, Monika Trommer und dem inoffiziellen Stasimitarbeiter (IM) „Horst Kolbe“ Kerzen mit den Worten „Friede sei mit euch“ auf dem Weihnachtsmarkt verteilte. Ein Polizist löste die „pazifistische Aktion“ auf, Schreckenbach wurde auf dem Polizeirevier verhört, und der IM erhielt für die Aufklärung der „pazifistischen Demonstrationshandlung“ 500 Mark vom Ministerium für Staatssicherheit. Der Staatssicherheit gelang es zudem, den IM „Horst Kolbe“ als Leiter des Friedenskreises zu etablieren, was langfristig zu dem Ergebnis führte, dass dieser sich auflöste. In einer späteren Parteiinformation ist schließlich von einer „vertieften antisozialistischen und oppositionellen Grundposition“ des Domkürsters die Rede, die der Staat mit allen Mitteln bekämpfen müsse.<sup>10</sup>

### Die Unterscheidung zwischen politischer Struktur und politischer Kultur

Neben dem „generationenkonstituierenden Erfahrungshintergrund“ des Krieges können Schüler\*innen an den Akteur\*innen der Friedlichen Revolution ferner die Diskrepanz zwischen dem idealen und dem real existierenden Sozialismus, d. h. den *Unterschied zwischen der politischen Struktur und der tatsächlichen politischen Kultur* erkennen. Als Beispiel dazu sei die von dem Zwickauer Kirchenamtsrat Andreas Richter verfasste Erklärung zur Kommunalwahl



**ONLINE-PORTAL**  
www.akteure-  
friedliche-revolution.de



<sup>7</sup> Einen Überblick und weiterführende Literatur dazu bietet Käbisch, Kirchen in der DDR.

<sup>8</sup> Käbisch/ Käbisch: Akteure der Friedlichen Revolution.

<sup>9</sup> Leistner, Soziale Bewegungen, 128-160, hier 128.

<sup>10</sup> Parteiinformation des Ministeriums für Staatssicherheit vom 2. Mai 1989, BStU, ASt Chemnitz, Reg. Nr. XX-221. Diese und alle weiteren Quellen sind als Unterrichtsmaterial zugänglich unter Käbisch/Käbisch, Akteure, 35ff. sowie über das Online-Portal www.akteure-friedliche-revolution.de

im Mai 1989 genannt, die auf die Diskrepanz zwischen Wahlrecht und Wahlrealität aufmerksam machte. In einem Zwischenstandsbericht zum Operativen Vorgang<sup>11</sup> (OV) „Berater“, der auf den Kirchenamtsrat angelegt worden war, heißt es dazu:

„In der bisherigen operativen Bearbeitung konnte inoffiziell umfangreich dokumentiert werden, daß Kirchenrat Richter seine juristischen Kenntnisse und sein Amt als Kirchenrat mißbraucht, um die oppositionellen und feindlich-negativen Aktivitäten, die unter dem Deckmantel des sogenannten ‚konziliaren Prozesses‘ im Kirchenbezirk forciert werden, gesetzlich abzusichern und dadurch einen höchstmöglichen Spielraum für diese Kräfte zu schaffen.“<sup>12</sup>

### Die ethische Unterscheidung zwischen Handeln und Verhalten

In der Auseinandersetzung mit Akteur\*innen der Friedlichen Revolution können Schüler\*innen ferner die *ethische Unterscheidung von Handeln und Verhalten* verstehen. Eine ethische Handlungssituation zeichnet sich u.a. dadurch aus, dass zwischen mindestens zwei Handlungsoptionen frei gewählt werden kann (z. B. zwischen Jugendweihe und Konfirmation). Demgegenüber entziehen sich Situationen der ethischen Bewertbarkeit, die keine Handlungsalternative boten bzw. eine Handlungsoption sanktionierten (z. B. den Nichteintritt in die FDJ mit der Verhinderung von Studienwünschen). Während bis heute in der Eltern- und Großelterninterviews die Meinung vorherrscht, dass man sich in der DDR nur der politischen Erwartung gemäß verhalten konnte, sei als ein Beispiel für eine freie und subjektiv zurechenbare Entscheidung die Rumänienhilfe von Susanne Trauer erwähnt, nachdem sie auf einer Urlaubsreise 1988 die katastrophalen Zustände auf einer Säuglingsstation kennengelernt hatte. Im Zwischenstandsbericht zum Operativen Vorgang „Konzept“, der auf sie angelegt wurde und bemerkenswerter Weise nicht zwischen dem privaten Engagement und einem kirchlichen Auftrag unterscheidet, heißt es dazu am 19. April 1989:



*Unterschied zwischen politischer Struktur und tatsächlicher politischer Kultur: Oben: Wahlbetrug bei den Kommunalwahlen am 7. Mai 89. Unten: Diskrepanz zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit. © Thomas Uhlemann picture-alliance/zb; Roland Holschneider picture-alliance/dpa*

„Im Auftrage des ‚konziliaren Prozesses‘ Zwickau reiste die TRAUER gemeinsam mit anderen Mitgliedern der sogenannten ‚Rumänienengruppe‘ in die VR Rumänien und in die VR Ungarn. Sie verbrachte dorthin im Auftrage der Kirche Medikamente und knüpfte Verbindungen und Kontakte zu feindlich-negativen Personen in diesen Staaten. Nach Rückkehr von ihren Rumänienreisen hielt die TRAUER im Rahmen einer Veranstaltung innerhalb der Räumlichkeiten der ‚Friedensbibliothek‘ Zwickau einen Vortrag über die Lebensbedingungen in der VR Rumänien. Hierbei machte sie entstellende und diskriminierende Ausführungen, wobei sie die politischen Verhältnisse in der VR Rumänien diskreditierte und verfälschte.“<sup>13</sup>

<sup>11</sup> Sog. „Operative Vorgänge“ (OV) wurde angelegt, um gegen Individuen oder Gruppen geheimpolizeilich vorgehen zu können.

<sup>12</sup> OV „Berater“, BStU, ASt Chemnitz, Reg. Nr. XIX 926/88, vollständig abgedruckt in Käbisch/Käbisch, Akteure, 55. Die Quelle kann zudem online eingesehen werden unter [www.akteure-friedliche-revolution.de](http://www.akteure-friedliche-revolution.de)

<sup>13</sup> OV „Konzept“, BStU, ASt Chemnitz, Reg. Nr. XIV 1490/86, abgedruckt in Käbisch/Käbisch, Akteure der friedlichen Revolution, 44. Die Quelle kann zudem online eingesehen werden unter [www.akteure-friedliche-revolution.de](http://www.akteure-friedliche-revolution.de)

## Die Unterscheidung intra- und interpersonaler Konfliktebenen

Bei der biografischen Beschäftigung mit Akteur\*innen der Friedlichen Revolution können Schüler\*innen darüber hinaus die Konfliktebenen zwischen Staat und Kirche bzw. Politik und Religion nachvollziehen. Die *intrapersonale Konfliktebene* beschreibt u.a. Spannungen zwischen dem Denken, Fühlen und Handeln einer Person



Der Liedermacher Stefan Krawczyk und seine Ehefrau, die Regisseurin Freya Klier, kurz nach ihrer Ausbürgerung im Februar 1988  
© Franz-Peter Tschauner/Picture-alliance

in psychologischer Perspektive.<sup>14</sup> In Dilemmasituationen, in denen jede Handlungsmöglichkeit die Verletzung einer politischen oder religiösen Norm bedeutete, tritt dies, wie im vorliegenden Fall, besonders anschaulich zutage: Verletzt wird entweder die politische Norm, sozialistische Bruderstaaten nicht zu kritisieren, oder die religiös begründbare Norm, anderen Menschen in Notsituationen beizustehen.

Die *interpersonale Ebene* nimmt die Kommunikation zwischen

zwei oder mehreren Personen in den Blick, z.B. zwischen Eltern, die sich über die Teilnahme ihres Kindes an der staatlich organisierten Jugendweihe uneinig waren. Während Konflikte in der Familie einigermaßen offen angesprochen wurden, gab es im öffentlichen Leben der DDR keine Konfliktkultur, in der Meinungsverschiedenheiten zwischen Staat und Kirche bzw. Politik und Religion offen thematisiert und ausgetragen werden konnten. Stattdessen verlagerte sich der Staat stets auf konspirative Maßnahmen, um – wie das folgende Beispiel zu dem Friedensaktivisten Martin Böttger zeigt – Meinungsverschiedenheiten in ihrem Sinn zu entscheiden. Auch in seinem Fall ist bemerkenswert, dass die Staatsicherheit in ihren OV-Berichten nicht zwischen dem individuellen Handeln und der offiziellen Kirchenpolitik unterschied:

„B. ist fanatischer Anhänger des ev.-luth. Glaubens und vertritt voll und ganz die reaktionäre Kirchenpolitik. [...] Ziel der politisch-operativen Bearbeitung des OV ‚Spaten‘ ist, über alle Pläne und Absichten des B. informiert zu sein und geeignete IM in Vertrauenspositionen zu bringen. Dabei geht es in erster Linie um Aufgaben zur Zurückdrängung dieser feindlichen Tätigkeit und die operative Kontrolle der bekannten Personen, sowie die Feststellung weiterer Hintermänner und Initiatoren.“<sup>15</sup>

## Die innergesellschaftliche Konfliktebene

Die *innergesellschaftliche Ebene* untersucht Konflikte zwischen Personengruppen in einer Gesellschaft, z.B. zwischen den unabhängigen Friedens-, Frauen-, Menschenrechts- und Umweltgruppen und den Kirchenleitungen. Es sei hier auch darauf hingewiesen, dass die Konfliktlinien keineswegs nur zwischen Vertreter\*innen von Staat und Kirche, sondern auch zwischen Mitgliedern einer Gemeinde bzw. Kirche verlaufen konnten, was vielfach zu innergemeindlichen bzw. innerkirchlichen Spannungen führte. Als ein Beispiel für diese Konfliktebene sei die Einladung von Stephan Krawczyk und seiner Frau Freya Klier in einen Jugendtreff der Zwickauer Luthergemeinde am 7. November 1987 erwähnt. Die Einladung, die der Sozialdiakon Frank Kirschneck gegenüber dem mit einem Berufsverbot belegten Liedermacher ausgesprochen hatte, wurde vom dienstvorgesetzten Pfarrer und Superintendenten kurzfristig abgesagt. Freya Klier erinnert sich dazu in ihrem 1988 veröffentlichten Tagebuch folgendermaßen:

„Am Nachmittag mit Stephan nach Zwickau; er hat dort einen Brecht-Abend. Als wir ankommen, nach einer langen, nervenaufreibenden Fahrt mit reichlich Stasi im Genick, ist der Auftritt abgesagt. Geschlossenes Umkippen von vorgesetztem Pfarrer und Superintendent. Uns bleibt die Spucke weg. Niemand hat es für nötig gehalten, uns zu benachrichtigen. Diese feigen Pfaffen, die nichts riskieren müssen, die nur vom Hörensagen wissen, was Berufsverbot bedeutet oder Reiseverbot. Sie hätten doch wenigstens so viel Anstand besitzen können, uns per Telefon von ihrem Kniefall zu berichten... Brecht also nun auch in der Kirche abgesagt. Der Organisator des Abends [der Sozialdiakon Frank Kirschneck, D.K.] blickt ratlos: er hat uns doch gestern ein Telegramm geschickt. Wir glauben ihm sogar. Aber wir haben keines erhalten.“<sup>16</sup>

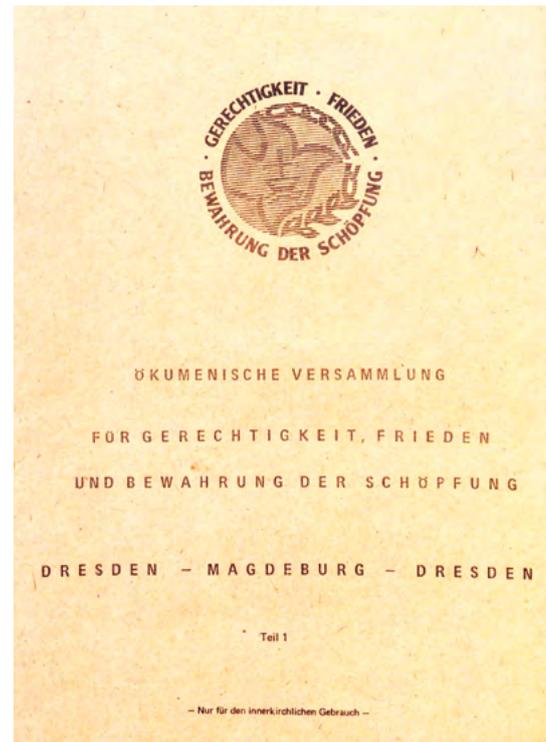
<sup>14</sup> Dazu im Folgenden Imbusch/Zoll, Friedens- und Konfliktforschung, 69.

<sup>15</sup> Eröffnungsbericht zum OV „Spaten“ vom 29. Juli 1976, Quelle: OV „Spaten“, BStU, ASt Chemnitz, Reg.-Nr. XIV 2183/77, Käbisch/Käbisch, Akteure der friedlichen Revolution, 66. Quelle online unter [www.akteure-friedliche-revolution.de](http://www.akteure-friedliche-revolution.de)

<sup>16</sup> Klier, Abreiss-Kalender, 231f.



Die Friedensbewegung in der DDR fand Symbole, die politisch UND religiös gedeutet werden konnten. © Foto: Gabriele Schulte/picture-alliance/dpa; © Logo Schwerter zu Pflugscharen: Ökumenische FriedensDekade.



Quelle: [www.evangelische-friedensarbeit.de](http://www.evangelische-friedensarbeit.de).

## Internationale Konfliktebenen

Die *internationale Ebene* beschreibt u.a. die Aktivitäten der kirchennahen Gruppen in den Kontext der Ost-West-Konfrontation gestellt, der als Machtkonflikt zwischen zwei weltanschaulichen Systemen interpretiert werden kann – eine Interpretation, die vom DDR-Staat durchaus forciert wurde. Das bereits erwähnte Beispiel der privaten Rumänienhilfe verweist auf der internationalen Konfliktebene auf einen anderen Aspekt: das Verhältnis zu den sozialistischen Bruderstaaten. Als ein Beispiel sei der Brief von Denis Dressel und Ulrike Dressel-Backofen an den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker angeführt, der im Kontext der bereits beschriebenen Rumänienhilfe von Susanne Trauer stand und unmittelbar an das Ministerium für Staatssicherheit weitergeleitet wurde:

„Werter Herr Honecker! Im ‚Neuen Deutschland‘ vom 12./13.11.88 wurde gemeldet, daß der Präsident Rumäniens, Nicolae Ceauşescu, von Ihnen für den 17. und 18.11.88 zu einem Arbeitstreffen eingeladen wurde. [...] Es ist uns bekannt, daß offizielle Hilfsaktionen, sei es durch Regierungen, kirchliche Institutionen o. ä. derzeit nicht möglich sind, da Rumänien jede Hilfe von Außen ablehnt. Deshalb bitten wir Sie, private, persönliche Hilfsaktionen von DDR-Bürgern durch unkomplizierte Ausnahmeregelungen bei den Ausfuhrbestimmungen der DDR zu legalisieren.“<sup>17</sup>

## Symbole als Medien politischer und religiöser Kommunikation

Bei der Beschäftigung mit den genannten Personen und Quellen können Schüler\*innen erkennen, dass Symbolhandlungen (wie das öffentliche Verteilen einer Kerze) und andere Symbole als *Medien politischer und religiöser Kommunikation* verstanden werden können. Die Friedens-, Frauen-, Menschenrechts- und Umweltbewegung in der DDR zeichnet sich gerade dadurch aus, dass sie Symbole fand, die politisch *und* religiös gedeutet werden konnten. Das wohl bekannteste Beispiel dazu ist das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“, ferner das Symbol des Königswalder Friedensseminars, das einen „Stahlhelm als Blumentopf“ zeigt, und das Symbol des Konziliaren Prozesses, auf dem eine Taube, eine Kette und eine stilisierte Arche Noah für Fragen des Friedens, der Freiheit und des Umweltschutzes stehen. Für das Verhältnis von Politik und Religion haben Symbole damit eine besondere Erschließungsfunktion.<sup>18</sup>

Käbisch/Käbisch, Akteure, 63. Auch diese Quelle kann online eingesehen werden unter [www.akteure-friedliche-revolution.de](http://www.akteure-friedliche-revolution.de)

<sup>18</sup> Käbisch/Träger, Schwerter zu Pflugscharen.

<sup>17</sup> Eingabe an den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker vom 15. November 1988, Quelle: OV „Konfrontation“, BStU, ASt Chemnitz, Reg. Nr. XIV 1615/88.

## Zusammenfassung und Ausblick: Die Erfahrungen osteuropäischer Länder mit der sowjetischen Herrschaft und deren Langzeitfolgen

In dem Grundsatzbeitrag kamen Beispiele gewaltfreien Widerstands in der DDR zur Sprache, die den Blick öffnen für die Erfahrungen osteuropäischer Länder mit der sowjetischen Herrschaft und deren Langzeitfolgen. Denn die DDR war kein eigenständiger Staat, sondern Teil des sowjetischen Imperiums, dessen Machtansprüche auf die ehemaligen Herrschaftsgebiete mit dem Ende der Sowjetunion keineswegs erloschen sind. Lange wurden diese Erfahrungen beispielsweise in der Politik der Europäischen Union, aber auch in den Kirchen nicht wahrgenommen oder aufgrund anderer Interessen (z.B. im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit) ignoriert.

Es ist ein Verdienst von Landesbischof Friedrich Kramer, diesen Erfahrungshintergrund als Friedensbeauftragter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland in Erinnerung gerufen zu haben. Meiner Einschätzung nach lässt sich jedoch aus „persönlichen Erfahrungen in der kirchlichen Friedensarbeit und im gewaltfreien Widerstand in der DDR“ keine klare „Positionierung gegen Waffenlieferungen an die Ukraine“ oder eine andere friedensethische Position ableiten. ‚Persönliche Erfahrungen‘ sind immer ambivalent und können für sehr unterschiedliche, oft auch gegensätzliche politische Forderungen ins Spiel gebracht werden. Nicht selten hat die Berufung auf wie auch immer qualifizierte ‚persönliche Erfahrungen‘ auch den Charakter einer Immunisierungsstrategie gegen rationale Argumente nach dem Muster „Ich habe es so erlebt, da müssen wir gar nicht weiterdiskutieren...“.

In meiner Zusammenfassung möchte ich daher die von dem Friedensbeauftragten der EKD aufgeworfene Forderung modifizieren und danach fragen, was Kinder, Jugendliche und Erwachsene bei der Beschäftigung mit der kirchlichen bzw. kirchennahen Friedensarbeit in der DDR *lernen* können. Sie können:

- die Bedeutung von Religion in politischen Konflikten erkennen,
- die Verflechtung von Politik und Religion nachvollziehen,
- den Unterschied zwischen politischer Struktur und politischer Kultur beschreiben,
- die ethische Unterscheidung von Handeln und Verhalten verstehen,

- Konfliktebenen zwischen Politik und Religion unterscheiden,
- Symbole als Medien politischer und religiöser Kommunikation begreifen und
- die Diktaturerfahrungen osteuropäischer Länder und deren politische Langzeitfolgen analysieren.

Das Thema ist in allen Klassenstufen des Sekundarbereiches I und II dazu geeignet, biblische Grundlagen einer theologischen Ethik wie zum Beispiel die von Bischof Kramer zitierte Seligpreisung aus der Bergpredigt zu thematisieren, am Beispiel der kirchennahen Friedensbewegung in der DDR zu vertiefen und anschließend auf aktuelle Konflikte anzuwenden (siehe Tabelle 1). Auf diese Weise werden Schüler\*innen dazu befähigt, „unauflösbare Dilemmasituationen“ (wie die Entscheidung zwischen Jugendweihe und Konfirmation) zu reflektieren, „Leidens- und Mitleidenserfahrungen“ (wie die Rumänienhilfe von Susanne Trauer) wahrzunehmen, praktische Friedensarbeit „vor Ort“ kennenzulernen und das „Böse böse zu nennen“.<sup>19</sup> Im Blick sind dabei vor allem die menschenverachtenden Zersetzungsmethoden des Ministeriums für Staatssicherheit, der ‚kleinen Schwester‘ des sowjetischen Geheimdienstes KGB, in dem Wladimir Putin politisch sozialisiert wurde. Auch unter didaktischen Gesichtspunkten ist angesichts des Krieges in der Ukraine wichtig, die Diktaturerfahrungen in der DDR in eine transnationale Geschichte des Kommunismus sowjetischer Spielart einzuzeichnen und in den friedensethischen Debatten der Gegenwart zu Geltung zu bringen.

Ausgehend von der eingangs zitierten Einschätzung von Johannes Wischmeyer, dass Symbole und Symbolhandlungen in besonderer Weise dazu geeignet sind, „Hoffnungen und Sorgen im Medium der Religion“ zu artikulieren und dass ein „neuer Ton im Reden vom Frieden“ nötig sei,<sup>20</sup> verbinde ich mit den vorgestellten Unterrichtsideen (z.B. dem Gestalten von eigenen Friedenssymbolen oder Rollenspielen) daher auch die theologisch und bildungstheoretisch begründete Hoffnung, dass Religionslehrkräfte den ‚richtigen‘ Ton angesichts aktueller Krisen und Kriege treffen. ◆



**PROF. DR. DAVID KÄBISCH** ist Professor für Religionspädagogik und Didaktik des evangelischen Religionsunterrichts an der Universität Frankfurt am Main.

<sup>19</sup> Wischmeyer, Kirche zum Ukrainekrieg.

<sup>20</sup> Wischmeyer, Kirche zum Ukrainekrieg.

TAB. 1: FRIEDENSETHISCHE ASPEKTE DES THEMAS „KIRCHE IM SOZIALISMUS“

	5./6.	7./8.	9./10.	11./12.
<b>BIBLISCHE GRUNDLAGEN</b>	Die S. lernen die Bergpredigt kennen und positionieren sich zu biblischen Aussagen über Krieg und Frieden.	Die S. lernen die alttestamentlichen Wurzeln des Symbols »Schwerter zu Pflugscharen« und seine Wirkungsgeschichte kennen.	Die S. erarbeiten die Friedensbotschaft der Weihnachtsgeschichte und vergleichen sie mit der sozialistischen Deutung des „Friedensfestes“.	Die S. lernen die Friedensethik Jesu kennen und beurteilen deren Rezeption in der Friedensbewegung.
<b>KIRCHEN-GESCHICHTLICHE VERTIEFUNG</b>	Die S. lernen den Konflikt zwischen Jugendweihe und Konfirmation als Beispiel für die Staat-Kirche-Konfrontation kennen.	Die S. erhalten an Einzelschicksalen einen Einblick in die Konflikte, die Anhänger der kirchennahen Friedensbewegung bekommen.	Die S. vergleichen die staatlichen und kirchlichen Reaktionen auf die kirchennahe Friedensbewegung und lernen den Konziliaren Prozess kennen.	Die S. erarbeiten die Bedeutung der Leipziger Friedensgebete für den Verlauf der Friedlichen Revolution.
<b>FRIEDENSETHISCHE ANWENDUNG</b>	Die S. gestalten ein Rollenspiel, in dem sie die Streitschlichtung als Weg der Konfliktlösung anwenden.	Die S. gestalten eigene Friedenssymbole und beziehen sie auf aktuelle Konflikte.	Die S. gestalten ein Rollenspiel zum Staat-Kirche-Konflikt und diskutieren Möglichkeiten der Konfliktlösung.	Die S. gestalten ein Friedensgebet zu einem aktuellen Konflikt.

nach Käbisch/Träger 2011.

**Literatur**

**Imbusch**, Peter/ Zoll, Ralf (Hg.): Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung. 5. Aufl., Wiesbaden 2010

**Käbisch**, David: Kirchen in der DDR, in: Wissenschaftlich-Religionspädagogische Lexikon 5 (2019) [Online unter [www.wirelex.de](http://www.wirelex.de)]

**Käbisch**, David/ Käbisch, Edmund: Akteure der Friedlichen Revolution. Didaktische Impulse und Materialien für den Geschichts-, Ethik- und Religionsunterricht aus der Region Zwickau. Mit einem Geleitwort von Joachim Gauck, Moers 2010 [digitales Zusatzmaterial unter: [www.akteure-friedliche-revolution.de](http://www.akteure-friedliche-revolution.de)]

**Käbisch**, David/Träger, Johannes: Schwerter zu Pflugscharen. Impulse für friedensethisches Lernen im Religionsunterricht (Themenheft Religion 9), Leipzig 2011

**Klier**, Freya: Abreiss-Kalender: Versuch eines Tagebuchs, München 1988, 231f.

**Kramer**, Friedrich: Bericht des Friedensbeauftragten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutsch-

land vor der 13. Synode der EKD im November 2022, [www.ekd.de/bericht-ueber-die-friedensarbeit-in-der-ekd-muendlich-76079.htm](http://www.ekd.de/bericht-ueber-die-friedensarbeit-in-der-ekd-muendlich-76079.htm) [2. Juni 2023]

**Leistner**, Alexander: Soziale Bewegungen. Entstehung und Stabilisierung am Beispiel der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR, Konstanz/München 2016, 128-160

**Leonhardt**, Rochus: Einleitung, in: Volker Gerhardt/ Rochus Leonhardt/Johannes Wischmeyer: Friedensethik in Kriegszeiten, Leipzig 2023, 7-18

**Wischmeyer**, Johannes: Die Sorge als Maßstab. Stand und Perspektiven der evangelischen Rede von Krieg und Frieden, in: Volker Gerhardt/ Rochus Leonhardt/Johannes Wischmeyer, Friedensethik in Kriegszeiten, Leipzig 2023, 151-176

**Wischmeyer**, Johannes: Kirche zum Ukrainekrieg: Ein neuer Ton im Reden vom Frieden ist nötig, online unter [www.faz.net/aktuell/politik/inland/die-kirche-braucht-zum-ukraine-krieg-eine-neue-sprache-17874567/der-evangelische-bischof-17874564.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/die-kirche-braucht-zum-ukraine-krieg-eine-neue-sprache-17874567/der-evangelische-bischof-17874564.html) [aktualisiert am 2. Juni 2023]

TOBIAS RICHTER

# Meine Jugend in der DDR

So erlebte ich, Jahrgang 68, die sozialistische Schule der 80er-Jahre

## Die Konfirmation als Kontra zur Jugendweihe?

Ja, es war ein Glaubensbekenntnis, sich in der DDR konfirmieren zu lassen. Studien sagen, 98 Prozent der Jugendlichen gingen am Ende der 80er-Jahre zur Jugendweihe. Die staatlichen Repressalien waren so groß, dass fast alle Jugendlichen im 8. Schuljahr Jugendweihe als atheistisches Bekenntnisritual feierten, auch viele kirchlich gebundene Jugendliche. Wer sich traute und sich nicht vom staatlichen Druck einschüchtern ließ, feierte ein Jahr später Konfirmation.

Ich selbst ging diesen Weg so, weil mein Elternhaus ebenso gespalten war. Während meine Mutter mich eher christlich erzog, war mein Vater in verantwortlicher beruflicher Position. Die Stelle eines Abteilungsleiters setzte die Parteimitgliedschaft voraus, und er war schon Ende der 70er aus der Kirche ausgetreten. Die Jugendweihe abzulehnen, hätte fast alle beruflichen Perspektiven verbaut: kein Abitur, kein Studienplatz, nur sehr unattraktive Ausbildungsberufe noch dazu die ständigen Demütigungen und Ausgrenzungen während der Schulzeit. Für einen derartigen Weg brauchte es ein sehr widerständiges und autarkes Elternhaus. Ich beneidete manchmal Kinder von kirchlichen Mitarbeiter\*innen, die ihren Weg konsequent gehen konnten und nicht mit ihren Gewissenskonflikten allein waren. Ich löste für mich diesen Konflikt damit, dass ich das geforderte Gelöbnis zur Jugendweihe nicht mitsprach, (was natürlich bei 25 Schülern nicht wirklich auffiel) und die Feier mir nicht wichtig war. Umso schmerzhaft-

ter war es für mich ein Jahr später (es musste ein Jahr „Schamfrist“ zur Jugendweihe eingehalten werden), dass mein Vater zur Konfirmation selbst nicht mit anwesend war und der kleinen Feier, die meine Mutter organisiert hatte, fernblieb. Der politische Konformitätsdruck der DDR ging direkt durch unsere Familie. Das Bekenntnis zur Konfirmation mit fünf weiteren Jugendlichen sprach ich dann aus Überzeugung. Erwachsen werden in der DDR war geprägt von starken Identitätskonflikten.

## Erziehung zu einer sozialistischen Persönlichkeit

„Die Erziehung zu einer sozialistischen Persönlichkeit“ war das Ziel der Volksbildung in der DDR und bestimmte die gesamte Schulzeit! Wie sich als junger Christ dazu verhalten?

In der sozialistischen Volksbildung waren konfirmierte Jugendliche die Rückwärtsgegangenen: die, die noch an Gott glaubten, die die Evolution nicht verstanden und davon ausgingen, dass die Welt in sieben Tagen erschaffen wurde. Ich kann mich an Bloßstellungen und lächerlich machende Unterrichtsstunden in Biologie, Geschichte und Staatsbürgerkunde erinnern, wo wir als Christ\*innen persönlich herausgefordert waren und erklären sollten, wie wir an so etwas noch glauben könnten. In der sozialistischen Volksbildung wurde Religion verächtlich gemacht. Der Satz von Marx „Opium des Volks“ war ständig präsent. Leider wurde ich aber als Heranwachsender in Christenlehre und Konfi-Unterricht auf derartige Herausfor-



**TOBIAS RICHTER** ist Studienleiter für den Bereich Oberschule und Medienpädagogik am Theologisch-Pädagogischen Institut Moritzburg der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens.



derungen wenig vorbereitet, sondern eher der intrapersonale Konflikt verstärkt. („Du kannst der Bibel vertrauen“; meine erlebte kirchliche Unterweisung war von einem sehr fragwürdigen Schriftverständnis geprägt. Konstruktive theologische Auseinandersetzung wurde nicht befördert.) Dabei hätte ich dies gerade in der Konfrontation mit dem „real existierenden Sozialismus“ und dem „dialektischen Materialismus“ gebraucht – ein Identitätskonflikt, der sich sehr grundlegend darstellte. Sich in dieser Konfrontation so schwer verständlich machen zu können, kränkte und verunsicherte.

In meiner Erinnerung waren die jährlichen Einzelgespräche mit der Schulleiterin, einem Agitationsoffizier der Nationalen Volksarmee (NVA) und der Klassenlehrerin ab der 8. Klasse besonders herausfordernd. In sehr bedrückenden Gesprächen wurden in unserer Schule alle etwas sportlich orientierten und mit nicht allerschlechtesten Noten versehenen Jungen zu Agitationsgesprächen vorgeladen. In denen mussten sie erklären, warum sie nicht zu einem Offiziersdienst oder wenigstens zu einem Unteroffiziersdienst in der NVA bereit seien. Da-

bei wurde ich als pazifistisch geprägter junger Christ oft sehr in die Enge getrieben. Wie konnte ich aufrecht aus einem derartigen Gespräch gehen und etwas von meiner für mich wichtig gewordenen friedensethischen Dimension meines Glaubens verdeutlichen? Ich war als junger Mensch in meinen Grundüberzeugungen gefordert. Und wer ist mit 14 Jahren gegenüber dreist agitierenden Erwachsenen schon sprachfähig? Es waren Texte von Liedermachern oder Gedichte, die mir Orientierung in derartigen Gesprächen gaben. Unsere Schulleitung war in diesem Punkt sehr ehrgeizig, denn unser alter Schulleiter wurde als Lehrer zurück in eine andere Schule versetzt, weil er zu wenig potenzielle Offiziersanwärter „lieferte“. Nicht nur aus der oben beschriebenen Erfahrung heraus habe ich deshalb einen sehr kritischen Blick auf die derzeitige Diskussion über Werbung der Bundeswehr in Schulen und bei unter 18-Jährigen!

Die weiteren Konfliktfelder in der Jugend der DDR wie Wehrerziehung, Dienst ohne Waffe, hätten den Rahmen dieses Beitrags gesprengt. ◆

*SED Plakat, das die Unvereinbarkeit von Konfirmation und Jugendweihe zeigt.  
Quelle: Pseudosakrale Staatsakte in der Sowjetzone: Namensweihe, Jugendweihe, Eheweih, Grabweihe, hg. v. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn/Berlin o.J. (1959 o. 1960).*

CHRISTINA HARDER



GELESEN:

## Joachim Gauck: Eine Schlüsselfigur der jüngsten Geschichte erinnert sich

Bundespräsident a.D. Joachim Gauck war zu DDR-Zeiten Pastor in der Ev.-luth. Landeskirche Mecklenburgs, zunächst in Lüssow und ab 1971 in Rostock-Everhagen.

In seinem 2009 erschienenen Buch „Winter im Sommer – Frühling im Herbst“ erinnert er sich u.a. an seine Erfahrungen als Pastor in der DDR. Ein Kapitel trägt die Überschrift „Kirche im Sozialismus?“. Gauck erzählt darin von Heinrich Rathke, dem mutigen und standhaften Landesbischof der Landeskirche Mecklenburgs, in dem er für sich in theologisch-politischer Hinsicht ein motivierendes Vorbild sah; auch von seinen eigenen theologischen Prägungen, seinen theologisch-politischen Perspektiven auf den „Sozialismus“, die sich u.a. in und über Begegnungen mit Theolog\*innen aus dem Westen schärften ...



Joachim Gauck

**Winter im Sommer  
– Frühling im  
Herbst**  
Erinnerungen

Pantheon Verlag  
München 2011  
ISBN 978-3-570-55149-3  
368 Seiten, € 14,99

Neben den Diskussionen innerhalb der DDR spielten für mein theologisches Selbstverständnis auch die Begegnungen mit Pastoren und kirchlichen Mitarbeitern aus dem Westen eine wichtige Rolle. Diese Menschen standen in ihrem Denken Theologen wie Jürgen Moltmann oder Helmut Gollwitzer nahe und konfrontierten uns mit Themen, die für uns lange Zeit keine Rolle gespielt hatten: mit dem Wettrüsten der Großmächte, dem Raubbau an den Schätzen der Erde, dem Apartheidregime in Südafrika, der Befreiungstheologie in Südamerika – die befreiungstheologischen Schriften etwa eines Ernesto Cardenal oder eines Leonardo Boff drangen zu uns vor, und über die weltweiten ökumenischen Beziehungen wurden auch wir Teil der überwiegend katholischen „Theologie der Armen“.

Wer mit Partnern aus der Jugendarbeit im Westen oder mit Studentenpfarrern sprach, bemerkte einen seit 1968 beständig stärker werdenden Bezug zum linken Denken, manchmal sogar einen ausgesprochenen Linksdrall. In sei-

ner zivilen Form war der linke Zeitgeist des Westens für uns durchaus fruchtbar: Auch in Ostdeutschland kamen allmählich feministische Ideen auf, ein herrschaftskritischer Diskurs und antiautoritäre sowie Friedenserziehung. Auch wurde Kritik an der überkommenen Sexualmoral oder am autoritären Führungsstil geäußert.

Manchmal nahmen die Begegnungen mit linken Kollegen aus dem Westen allerdings auch groteske Züge an. Ich erinnere mich an eine Pastorenkonferenz, bei der bayerische und mecklenburgische Pastoren in einer kirchlichen Einrichtung in Berlin-Weißensee zusammentrafen. Als wir wieder einmal offen ausbreiteten, was uns bedrückte und dabei teilweise offen systemkritisch auftraten, platzte einigen kirchlichen Mitarbeitern aus dem Westen der Kragen: „Wie könnt ihr den Sozialismus in Bausch und Bogen verurteilen, wo ganz Afrika darin seine Hoffnung sieht?“ Und als wir über Honecker und unsere Gerontokratie klagten, empörte sich ein bayerischer Pastor: „Warum regt ihr euch über Honecker so auf? Wir haben Franz Josef Strauß, einen korrupten Politiker!“ Ge-

messen an diesem konservativen, präpotenten Politiker erschien ihm der biedere, hagere Honecker harmlos.

In solchen Momenten spürten wir tiefe Entfremdung zwischen uns. Wie konnte man einen demokratisch gewählten Regierungschef stärker ablehnen als einen Diktator, der sich nie von den Seinen hatte wählen lassen? Da konnten wir nur den Augenkontakt mit den Unsrigen suchen und verächtlich die Mundwinkel nach unten ziehen. Doch obwohl wir sahen, dass manche Besucher aus dem Westen das Wesen der kommunistischen Diktatur nicht erkannten, blieben wir anfällig für die linken Ideen, die sie transportierten. Wie wir strebten sie nach mehr Gerechtigkeit. Sie empörten sich vor allem über das inhumane kapitalistische System, und wir sahen: Nicht nur bei uns gibt es Grund zur Kritik. So wurden wir nebenbei auch ein wenig antikapitalistisch. Dadurch entstand das Paradox, dass breite Kreise in der evangelischen Kirche-Ost nicht durch den real existierenden Sozialismus links wurden, sondern durch die westdeutschen Einflüsse. Mit unserem Sozialismus wurden wir nicht versöhnt, mit der Idee schon eher.

Ich habe die sozialistische Herrschaft, wie ich sie erlebte, immer abgelehnt. Trotzdem sagte ich mir auch: Wenn jene, die im Kapitalismus leben und wissen, wovon sie reden, antikapitalistisch sind, dann hat der Kapitalismus vielleicht wirklich keine Zukunft. Und wenn ein neuer, zukünftiger, besserer Sozialismus die Menschen- und Bürgerrechte gewähren würde – warum sollte ich dann gegen den Sozialismus sein? Ich erlag wie viele der intellektuellen Verführung einer radikalen Kritik an dem durchgehend als inhuman dargestellten kapitalistischen Gesellschaftssystem einerseits und dem Glauben an eine positive Zukunftsvision andererseits. Der reale Sozialismus war dann eben noch nicht das gelobte Land, sondern nur ein erster Schritt auf dem Weg zur vollendeten Gesellschaft. Da trafen sich Christen mit Intellektuellen in oder im Umkreis der Partei, die wie Christa Wolf oder Stefan Heym unzufrieden waren mit dem System, es aber doch für die bessere Alternative hielten. Später würde ich diese Haltung eine „Flucht in den Überbau“ nennen und im idealistischen, mehr noch im romantischen Denken Vorläufer sehen.

Aber damals ließ für mich und zahlreiche Intellektuelle die Sogkraft des Westens nach. Wir quälten uns nicht mehr ständig mit den Fra-



Pfarrer Joachim Gauck spricht im November 1989 in der Marienkirche von Rostock zu den Teilnehmenden des Montagsgebets.  
© Jürgen Sindermann/ picture alliance/ZB

gen: Wann kommen wir endlich in den Westen? In den siebziger, achtziger Jahren haben gerade die Aktiven gedacht: Wir wollen bei *uns* mindestens solche sozialen Verhältnisse wie im Westen. Wir wollen in *unserem* Land mindestens so frei sein und so viele Rechte haben wie die Menschen im Westen. Insofern verstand ich mich als links, obwohl ich stärker antikommunistisch und weniger antikapitalistisch war.

Dass manche Christen der marxistisch-sozialistischen Vision etwas abgewinnen konnten, lag sicher auch an dem schönen Zukunftsideal, das Züge eines Glaubens trug. Der Glaube an den Gott der Väter war für viele schon vor dem Zweiten Weltkrieg verloren gegangen; da erlagen selbst Intellektuelle wie Manès Sperber oder Arthur Koestler dem neuen Gott, der „Offenbarung aus dem Osten“. Ein edler Sozialismus erschien ihnen allemal die bessere Gesellschaftsordnung gegenüber dem „verfaulenden Kapitalismus“. Die Bibel fordert das Solidarische und das Miteinander, der Kapitalismus hingegen den Egoismus und die Gier. Deshalb hat das Evangelium eine größere Nähe zum ethisch verstandenen Sozialismus. So weit gingen selbst die Formulierungen in den Synoden unserer Kirchen. ◆

Joachim Gauck, *Winter im Sommer – Frühling im Herbst. Erinnerungen*, München 2011  
© 2009 Wolf Jobst Siedler Verlag, München, in der Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH



#### CHRISTINA HARDER

war Dozentin für die religionspädagogische Ausbildung im Vikariat am RPI Loccum und ist seit dem 1. August Schulpastorin an der IGS Osterholz-Scharmbeck.

LINDA FREY



BETRACHTET

## Willi Sitte: personifizierter Zwiespalt zwischen ideellem und real existierendem Sozialismus

**W**illi Sitte war und ist ein umstrittener Maler (geb. 28. Februar 1921; gest. 8. Juni 2013), da er als „Staatsmaler“ der DDR gilt.

Geboren wird er in Kratzau in der Tschechoslowakei. Schon früh schließt er sich einem kommunistischen Jugendverband an. Dem Kommunismus bleibt er sein Leben lang stark verbunden. Nach dem Zweiten Weltkrieg lebt er für kurze Zeit in Mailand, wo er seine ersten künstlerischen Erfolge feiert. Kurz darauf kehrt er zurück in die Tschechoslowakei. Von dort aus wird er nach Halle in Sachsen übersiedelt. Gleich darauf tritt er der SED bei. In den 50er-Jahren beginnt er, in der Lehre tätig zu werden.<sup>1</sup> Trotz seiner kommunistischen Grundhaltung übt der Staat Kritik an seinen Bildern. Sie werden „als nicht den Normen des geforderten Sozialistischen Realismus entsprechend kritisiert“<sup>2</sup>. Das Verhältnis zwischen Willi Sitte und der Partei erweist sich zwischenzeitlich als sehr schwierig und mündet 1961 in zwei Selbstmordversuchen Sittes mit anschließendem Parteiverfahren. Die SED fordert von ihm eine öffentliche Selbstkritik. Sitte fügt sich der Forderung und übt eine solche im Februar 1963 in der Tagespresse.

Willi Sitte pflegt in dieser Zeit aber Kontakt zu Künstler\*innen aus der BRD, die er auch zu Lesungen einlädt. 1964 wird er in den Zentralvorstand des Verbands Bildender Künstler in der DDR gewählt. Von nun an beginnt seine aktive kulturpolitische Tätigkeit. Paradox ist, dass

er in den 60er-Jahren auf der einen Seite öffentliche Anerkennungen und Ehrungen erhält, gleichzeitig auf der anderen Seite die öffentliche Kritik seitens der Partei an seinem künstlerischen Wirken nicht abbricht. Willi Sitte zählt zu den einflussreichsten Künstlern und Kulturpolitikern der DDR.<sup>3</sup> „Sitte hat Arbeiter heroisiert und Propagandabilder gemalt, als mächtiger Präsident des Verbandes Bildender Künstler hat er außerdem über Schicksale bestimmt, hat Karrieren befördert oder beendet.“<sup>4</sup>

Zweifelsohne war Sitte ein sehr begabter Maler, der sein Handwerk beherrschte. Seine Bilder, auf denen häufig Menschen in nahezu antiken Formen dargestellt werden, regen dazu an, sich mit der anthropologischen Grundfrage „Was ist der Mensch?“ auseinanderzusetzen. Jedoch kommt man mit Blick auf das künstlerische Schaffen Willi Sittes nicht um die aktuell häufig gestellte Frage herum, ob und wie sich das Werk vom Autor trennen lässt.

Zum 100. Geburtstag Willi Sittes im Jahr 2021 fand das Ausstellungsprojekt „Willi Sitte: Die Retrospektive“ des Kunstmuseums Moritzburg Halle (Saale) in Verbindung mit dem Institut für Kulturstudien in Dresden statt. Sitte wurde hier „als personifizierter Zwiespalt, eigenwilliger Figurenmaler, begnadeter Zeichner – und ein von den zur D-Mark strebenden Proletariern enttäuscht-wütender Kommunist“<sup>5</sup> zur Ansicht und Bewertung dargestellt. ◆



**LINDA FREY** ist Dozentin für den Bereich Gymnasium und Gesamtschule am RPI Loccum.

<sup>1</sup> [www.hdg.de/lemo/biografie/willi-sitte.html](http://www.hdg.de/lemo/biografie/willi-sitte.html)

<sup>2</sup> [www.kunstmuseum-moritzburg.de/museum-ausstellungen/sonderausstellungen/sittes-welt/willi-sitte](http://www.kunstmuseum-moritzburg.de/museum-ausstellungen/sonderausstellungen/sittes-welt/willi-sitte)

<sup>3</sup> Vgl. ebd.

<sup>4</sup> [www.abendblatt.de/hamburg-tipps/tagestipps/article133853946/Der-DDR-Maler-Willi-Sitte-sozialisiert-mit-barocker-Wucht.html](http://www.abendblatt.de/hamburg-tipps/tagestipps/article133853946/Der-DDR-Maler-Willi-Sitte-sozialisiert-mit-barocker-Wucht.html)

<sup>5</sup> [www.fr.de/kultur/kunst/guter-kuenstler-schlechter-mensch-kunst-91087828.html](http://www.fr.de/kultur/kunst/guter-kuenstler-schlechter-mensch-kunst-91087828.html)



Willi Sitte, „Solidarität“, 1977.  
Öl auf Hartfaser, 68 × 82 cm.  
© Willi Sitte / VG Bild-Kunst Bonn 2023  
© Foto: akg-images

LENA SONNENBURG



GESUNGEN:

## „Vertraut den neuen Wegen“ (EG 395)

**V**ertraut den neuen Wegen“ ist eines der beliebtesten Lieder des Evangelischen Gesangbuches. Vermutlich haben die allermeisten Leser\*innen es schon einmal gesungen: in Andachten, auf Kirchentagen, in Gottesdiensten oder während einer Pilgerreise. Es ist ein christliches Kirchenlied, dessen Text aus der Feder des Jenaer Theologieprofessors Klaus-Peter Hertzsch (1930–2015) stammt. Hertzsch hat ihn zur Hochzeit seiner Patentochter im Jahr 1989 geschrieben, kurz vor dem Fall der Berliner Mauer. Die drei Liedstrophen, die nach der Melodie des Hymnus „Lob Gott getrost mit Singen“ um 1535 gesungen werden, enthalten die Botschaft: Gott begleitet die Menschen auch in ungewissen Zeiten und gibt ihnen den Mut, sich auf Neues einzulassen.

Hertzsch soll den Text am Vorabend der Hochzeit finalisiert und für alle Gäste kopiert haben. Während der Feier am 4. August 1989 wurde das Lied in der Annenkirche in Eisenach erstmals gesungen. Einige der Gäste, darunter auch einige aus dem Westen Deutschlands, sollen es mit nach Hause genommen und in ihre Gemeinden eingeführt haben. Nach der Wende wurde „Vertraut den neuen Wegen“ schließlich im Gottesdienst zum Abschluss der Jenaer Friedensdekade gesungen und erlangte so größere Berühmtheit.

Im November 1989 soll Klaus-Peter Hertzsch das Lied schließlich seinem Freund Jürgen Henkys zum 60. Geburtstag geschenkt haben. Henkys, der zu diesem Zeitpunkt Mitglied in der Kommission für das neue Evangelische Gesangbuch war, gefiel das Lied so gut, dass er sich trotz des bereits abgelaufenen Redaktionsschlusses für eine Aufnahme im EG stark mach-

te. So ist „Vertraut den neuen Wegen“ seit 1993 im Evangelischen Gesangbuch unter der Nummer 395 zu finden. ◆

### Vertraut den neuen Wegen (EG 395)

1. Vertraut den neuen Wegen,  
auf die der Herr uns weist,  
weil Leben heißt: sich regen,  
weil Leben wandern heißt.  
Seit leuchtend Gottes Bogen  
am hohen Himmel stand,  
sind Menschen ausgezogen  
in das gelobte Land.

2. Vertraut den neuen Wegen  
und wandert in die Zeit!  
Gott will, dass ihr ein Segen  
für seine Erde seid.  
Der uns in frühen Zeiten  
das Leben eingehaucht,  
der wird uns dahin leiten,  
wo er uns will und braucht.

3. Vertraut den neuen Wegen,  
auf die uns Gott gesandt!  
Er selbst kommt uns entgegen.  
Die Zukunft ist sein Land.  
Wer aufbricht, der kann hoffen  
in Zeit und Ewigkeit.  
Die Tore stehen offen.  
Das Land ist hell und weit.

*Text: Klaus-Peter Hertzsch 1989*

*Melodie: Lob Gott getrost mit Singen,  
um 1535*

© Rechtsnachfolge Klaus-Peter Hertzsch

**LENA SONNENBURG**

ist Dozentin für den  
Bereich Grundschule  
am RPI Loccum.

# CHRONOLOGIE

der Geschichte der DDR aus dem Blickwinkel der Evangelischen Kirche

## 1950er

- 1952 Die II. Parteikonferenz der SED proklamiert den „planmäßigen Aufbau des Sozialismus in der DDR“. Verschärfung des Kurses gegenüber der Kirche.
- 1953 17. Juni: Volksaufstand; Niederschlagung durch sowjetische Truppen. Im Anschluss rät die Sowjetunion zu einem freundlicheren Kurs gegenüber den Kirchen.
- 1954 Einführung der Jugendweihe als Konkurrenz zur Konfirmation. Wer nicht zur Jugendweihe geht, wird unter Druck gesetzt.
- 1959 Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der DDR

## 1970er

- 1971 Erich Honecker löst Walter Ulbricht als Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED ab.
- 1971 Auf der BEK-Synode in Eisenach wird das Wort von der „Kirche im Sozialismus“ geprägt.
- 1972 Der Erfurter Propst Heino Falcke spricht auf der Synode des BEK in seinem Grundsatzreferat von einem „verbesserlichen Sozialismus“.
- 1976 Pfarrer Oskar Brüsewitz verbrennt sich öffentlich „wegen Unterdrückung in Schulen an Kindern und Jugendlichen.“
- 1978 Erstes offizielles Spitzengespräch von Honecker und der Führung der Evangelischen Kirche
- 1978 Einführung des Wehrkundeunterrichts an den Schulen

## 1989/90

- 9. November 1989: Grenzöffnung
- Im weiteren Verlauf: Teilnahme vieler Christ\*innen und Pfarrer\*innen an den „Runden Tischen“, an Parteigründungen und der ersten und letzten frei gewählten Volkskammer

## 1945 – 1949

- 1945 Die sowjetische Militäradministration garantiert Religionsfreiheit und gibt den Kirchen eine Bestands- bzw. Besitzgarantie.
- 1949 7. Oktober: Gründung der DDR. Die Verfassung garantiert die freie Religionsausübung.

## 1960er

- 1961 13. August: Beginn des Mauerbaus
- 1963 „Zehn Artikel über Freiheit und Dienst der Kirche“
- 1964 Jugendgesetz der DDR
- 1965 Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem
- 1968 Die zweite Verfassung definiert die DDR als sozialistischen Staat.
- 1969 Gründung des Bundes der Evangelischen Kirchen (Trennung von der EKD in Westdeutschland)

## 1980er

- 1982 Der „Berliner Appell – Frieden schaffen ohne Waffen“ wird auf Initiative von Pfarrer Rainer Eppelmann veröffentlicht.  
In der Dresdner Kreuzkirche findet ein Friedensforum statt, an dem sich rund 5.000 Anhänger der unabhängigen Friedensbewegung beteiligen.
- 1983 Auf dem Lutherhof in Wittenberg wird während des Evangelischen Kirchentages in der DDR ein Schwert zu einer Pflugschar umgeschmiedet. Die Aktion wurde zu einem Symbol der Friedensbewegung in Ost und West.
- 1985 Michail Gorbatschow wird Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU).
- 1988 ab Februar „Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“
- 1989 ab Oktober Massendemonstrationen in der DDR, die im Anschluss an die Friedensgebete in Leipzig ihren Anfang nahmen

JOHANNES TRÄGER

# Kirche im Sozialismus

Praxisimpulse für kirchliche Zeitgeschichte  
im Religionsunterricht



© Ökumenische FriedensDekade

**W**as verbinden Schüler\*innen mit Geschichte(n) der Kirchen im Sozialismus? Kinder und junge Erwachsene, die in den 2010er-Jahren im wiedervereinigten Deutschland geboren wurden, kennen die Auseinandersetzungen der Kirchen mit dem SED-Regime kaum mehr vom Hörensagen. Für den Großteil der bundesdeutschen Familien spielt die DDR-Geschichte keine bedeutende Rolle. Selbst in den ostdeutschen Bundesländern könnten nur wenige Großeltern davon berichten, wie sie als Jugendliche selbst in Auseinandersetzungen mit dem SED-Regime beispielsweise um die Jugendweihe, das Friedenssymbol „Schwerter zu Pflugscharen“ oder die Friedensgebete im Herbst 1989 verwickelt waren. Diese immer seltener geteilten Erinnerungen spielen im kommunikativen Gedächtnis ostdeutscher Familien oft eine marginale Rolle. Selbst die wenigen, die sich kirchliche Verbindungen in dieser Zeit bewahrten, sahen sich oftmals gezwungen, pragmatische Abwägungen zu treffen, um persönlichen Nachteilen auszuweichen. Mutiges Bekennen und ängstliches Verzagen, kompromisslose Entscheidungen und zögerliches Ausweichen hat sowohl das Verhalten Einzelner als auch das der Kirchenleitungen gekennzeichnet. Eine „Heldengeschichte“ über die Kirche(n) im Sozialismus lässt sich jedenfalls nicht schreiben. Christlich motiviertes politisches Engagement, Widerstand oder gar Opposition bilden keine Mehrheitserfahrungen der Menschen, die in der DDR lebten – ungeachtet der Bedeutung, die den Kirchen im Kontext der friedlichen Revolution 1989/90 zugeschrieben wird.

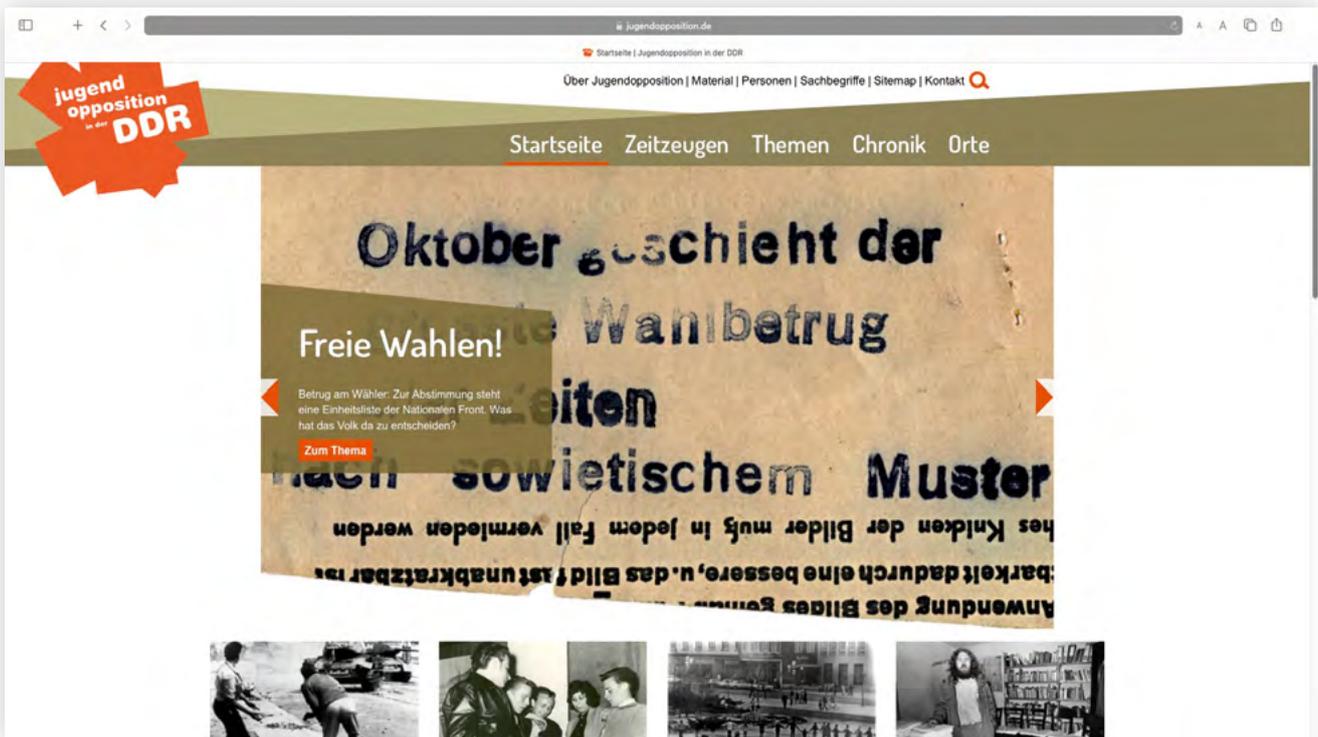
## Didaktische Vorüberlegungen

Angesichts dieser Ausgangslage bleibt es eine komplexe, aber gleichsam reizvolle religionspädagogische Aufgabe, die lebensweltliche Relevanz von Geschichte(n) der Kirche im Sozialismus im Religionsunterricht zu erschließen. Obwohl das Verhältnis von Staat und Kirche in beiden deutschen Diktaturen innerhalb der niedersächsischen Kerncurricula für die Sekundarbereiche I und II als Unterrichtsinhalte selbstverständlich verankert sind<sup>1</sup>, bleibt zu konstatieren, dass die geforderten exemplarischen Ausschärfungen im Kontext der DDR-Geschichte aus der Perspektive der Schüler\*innen sich weder organisch mit deren Lebenswelten noch mit einem ausgeprägten historischen Vorwissen verbinden lassen.

Trotz dieser genannten Herausforderungen stellt die Beschäftigung mit christlich motiviertem Handeln unter den Bedingungen diktatorischer und autoritärer Staatsgewalt unverändert ein wesentliches religionspädagogisches Anliegen dar, um kompetenzorientiert vor allem die ideologiekritische Funktion des Religionsunterrichts zu profilieren. Eine Beschäftigung mit kirchlicher Zeitgeschichte kann und soll junge Menschen dazu befähigen, sich aus christlichen Motiven aktiv für die Stärkung der Demokratie einzusetzen.

Historisch ist die Geschichte der Kirche(n) im Sozialismus ein Teil der gesamtdeutschen Kirchengeschichte. Die Erfahrungen des Christ-

<sup>1</sup> Zu den Niedersächsischen Kerncurricula im Fach Evangelische Religion vgl. [www.cuvo.nibis.de/cuvo.php?p=search&k0\\_0=Fach&v0\\_0=Evangelische+Religion&](http://www.cuvo.nibis.de/cuvo.php?p=search&k0_0=Fach&v0_0=Evangelische+Religion&) (7.8.2023).



Startseite des  
Multimedia-  
projekts „Jugend-  
opposition.de“ der  
Bundeszentrale  
für politische  
Bildung und der  
Robert-Havemann-  
Gesellschaft e.V.

seins unter den Bedingungen autoritärer Staaten wirken bis in unsere Zeit. Die Folgen einer forcierten Säkularisierung stellt nicht nur den Religionsunterricht in Ostdeutschland vor Herausforderungen. In diesem Sinne kann der kirchengeschichtlich orientierte Religionsunterricht beispielsweise Diskursräume eröffnen, um über die gesellschaftsverändernde Wirksamkeit öffentlicher Theologie zu sprechen. Die Beschäftigung mit den Friedensgebeten als Teil der Friedlichen Revolution 1989/1990 wäre ein solcher Anlass, um mit Jugendlichen ins Gespräch zu kommen, was Christsein in der Gesellschaft bedeuten kann.

Um diese Perspektive auf das Verhältnis von Christsein im Sozialismus zu übertragen, ist der Fokus auf Wissenskonflikte zu richten, in denen Christ\*innen sich gezwungen sahen, zu entscheiden, ob und wie sie ihren Glauben – trotz drohender Nachteile – öffentlich bekennen. Mit dieser Zielsetzung werden in diesem Beitrag konkrete thematische und methodische Impulse vorgestellt, die im Kontext von „Kirche im Sozialismus“ historische Dokumente im Unterricht zum Sprechen zu bringen. Die quellengestützten Zugänge konfrontieren Schüler\*innen mit historischen Konfliktsituationen, in denen Christ\*innen während der Zeit der DDR gezwungen waren, sich zu positionieren.

Die Beschäftigung mit kirchlicher Zeitgeschichte besitzt dabei einen eigenständigen religionspädagogischen Wert. Das reflektierte

Eintreten für aktive Religionsfreiheit, für einen biblisch begründeten Pazifismus oder für Forderungen des Konziliaren Prozesses (nach Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung) hat bis in gegenwärtige Debatten nichts von seiner Relevanz eingebüßt. Die Prophetie des Micha: „Schwerter zu Pflugscharen!“ könnte kaum aktueller sein.

### Praxisimpulse für kirchliche Zeitgeschichte im Religionsunterricht

Für eine kirchenhistorische Darstellung der Phasen und einzelner Ereignisse kirchlicher Zeitgeschichte zwischen den Jahren 1949 bis 1989/90 ist hier kein Raum und ist auch angesichts des breiten Angebots kirchenhistorischer Fachliteratur an dieser Stelle nicht nötig.<sup>2</sup> Vielmehr werden im Folgenden exemplarische Themen angesprochen, die sich als Kernkonflikte von Christ\*innen während der DDR identifizieren lassen. Geeignete Zugänge bieten vor allem digitalisierte historische Dokumente, die aufgrund ihrer Zugänglichkeit unkompliziert im kirchengeschichtlich orientierten Religionsunterricht erschlossen werden können. Die Kri-

<sup>2</sup> *Pars pro toto* für den Religionsunterricht mit weiteren Literaturangaben vgl. Kabisch, Kirchen in der DDR.

tik und Interpretation dieser Dokumente sollte sich am methodischen Vorgehen orientieren, wie es Schüler\*innen im Geschichtsunterricht einüben. Angesichts der vielfältigen Anknüpfungspunkte der Geschichte(n) im Sozialismus mit den Fächern Geschichte, Politik oder Gesellschaftslehre ist es lohnend, die Potenziale eines übergreifenden und verbindenden Religionsunterrichts voll auszuschöpfen.

Einen praxisnahen und historisch vorzüglich aufbereiteten Zugang bietet das mit dem Grimme-Online-Award ausgezeichnete Multimedia-Projekt „Jugendopposition.de“, das in Kooperation der Bundeszentrale für politische Bildung und der Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. seit vielen Jahren zahlreiche Informationen, Quellen-Dokumente sowie multimediale Beiträge für den Unterricht aufbereitet und präsentiert.

Gerade für Phasen des eigenständigen Lernens im Religionsunterricht bieten die thematisch übersichtlich strukturierten Informationen und Quellen eine Fülle von Anknüpfungsmöglichkeiten, die sich für den kirchengeschichtlich orientierten Religionsunterricht fruchtbar machen lassen. Hier finden sich neben schüler\*innengerechten Informationstexten historische Dokumente wie Plakate, Zeitzeugeninterviews, Akten und Fotos, die als Grundlage für folgende Praxisimpulse dienen.

### „Niemand kann zwei Herren dienen“ – Konfirmation und/oder Jugendweihe

Die Wiederbelebung des Ritus der Jugendweihe ab 1954/1955 in der DDR knüpfte an weltanschauliche Bewegungen während der Weimarer Republik an. Trotz der in der DDR-Verfassung verbrieften Religionsfreiheit unternahm das SED-Regime mit der Einführung der Jugendweihe als sozialistischem Weihefest den Versuch, die Beziehungen junger Menschen zur Kirche gezielt und letztlich erfolgreich zu beschneiden. Ganz auf der Linie der unverhohlenen atheistischen Ideologie sollten sich alle jungen Menschen in der DDR öffentlich zum Staat und seinen sozialistischen Zielen bekennen. Die Frage, wie angesichts dieses Zwangs Christ\*innen im Sozialismus ihren Glauben leben können, stürzte junge Menschen und deren Eltern oft in heftige Gewissensnöte. Eine Absage an die Jugendweihe kam einer öffentlichen Distanzierung vom SED-Sozialismus gleich, was erhebliche Nachteile nicht nur für eigene Bildungswege nach sich ziehen konnte. Willkür-

lich wurde die Jugendweihe als Voraussetzung angesehen, um in der DDR einer freien Berufswahl zu folgen oder – selbst als leistungsstarker Schüler\*in – ein Abitur ablegen zu können.<sup>3</sup>

Aber auch die Kirchenleitungen trugen zu einer Konfliktverschärfung bei. In ihren ersten Reaktionen auf den atheistischen Übergriff des SED-Staates reagierten einzelne Landeskirchen zunächst mit Gegendruck. Von jungen Christ\*innen wurde mit dem biblischen Wort in Mt 6,24 „Niemand kann zwei Herren dienen!“ ein eindeutiges Bekenntnis zu ihrem christlichen Glauben gefordert, dass Jugendweihe und Konfirmation ausschloss. So wurden noch bis Ende der 1950er-Jahre junge Christ\*innen, die sich dem staatlichen Druck beugten, von manchem Pfarrer die ihnen mit der Konfirmation zugesprochenen Gemeinderechte verwehrt, wenn sie sich nicht von der Jugendweihe und ihrem Gelöbnis distanzieren. Auch wenn diese kirchliche Position des Gegendrucks angesichts der Realitäten aufgegeben werden musste, blieb dieser Gewissenskonflikt für junge Christ\*innen zum Ende der DDR belastend. Sicher sprachen manche ihr Jugendweihegelöbnis aus unterschiedlichen Motiven mit gekreuzten Fingern hinter dem Rücken. Die atheistische Ideologie der SED blieb aber nicht folgenlos. Bis 1988 stieg die Anzahl derer, die sich der Jugendweihe unterzogen, auf 97,3 Prozent. Dieser Verlust volkscirchlicher Strukturen in der DDR hat bis heute Spuren hinterlassen.

Ein geeigneter Einstieg in diesen Kernkonflikt „Jugendweihe und/oder Konfirmation“ bietet ein SED-Propagandaplakat, das auf der Plattform „Jugendopposition in der DDR“ zugänglich ist.<sup>4</sup>

Der prominente Bibelvers Mt 6,24 „Niemand kann zwei Herren dienen“ wird im Kontext der staatlich-kirchlichen Auseinandersetzung um die Jugendweihe hier im Sinne der Ideologie der SED umgedeutet. Über verschiedene Bildbeschreibungsmethoden können Schüler\*innen wesentliche propagandistische Aussagen erschließen. Auch sind die digital zugänglichen Jugendweihegelöbnisse geeignete Dokumente, um ideologische und atheistische Absichten des SED-Staates nachvollziehen und benennen zu können. Diese Beobachtungen lassen sich mit Erfahrungen selbst erlebter Konfirmationen/Firmungen kontrastieren. So



**ONLINE-PORTAL**  
www.jugendopposition.de



<sup>3</sup> Eine umfangreiche und zahlreiche historische Dokumente enthaltene Darstellung bietet die Bundeszentrale für politische Bildung unter: <https://kurzelinks.de/rcpe> (7. August 2023).

<sup>4</sup> Vgl. [www.jugendopposition.de/themen/145438/jugendweihe](http://www.jugendopposition.de/themen/145438/jugendweihe) (7.8.2023).

kann dieser Gewissenskonflikt von Christ\*innen in der DDR als historische Dimension sinnvoll im Religionsunterricht eingespielt werden, wenn die Konfirmation/Firmung thematisiert wird.

Wichtig erscheint, dass Schüler\*innen zur historischen Empathie befähigt werden. Schüler\*innen könnten dafür beispielsweise Bibelsprüche als Konfirmationsprüche auswählen, von denen sie annehmen, dass diese Verse junge Christ\*innen in der DDR ermutigt hätten, ihren Glauben zu bekennen. Oder ein angeleitetes Rollenspiel über die Frage, warum sich junge Christ\*innen und deren Eltern in der DDR dem staatlichen Druck beugten und sich doch der Jugendweihe unterzogen.

Um kirchenhistorisches Lernen anzuleiten, ist es wichtig, solche Rollenspiele oder Spekulationen einer historischen Plausibilitätsprüfung zu unterziehen. Denn auf diese Weise werden Möglichkeitsräume des Handelns in der Vergangenheit vor dem Hintergrund eines autoritären Staates nachvollziehbar ausgemessen. Ziel kann es letztlich sein, Schüler\*innen für den hohen Wert des Grundrechts der aktiven Religionsfreiheit zu sensibilisieren und mit ihnen gemeinsam diese Einsicht auf Situationen zu übertragen, in denen sich dieses Grundrecht gegenwärtig zu bewähren hat.

## „Schwerter zu Pflugscharen!“ – Die unabhängige Friedensbewegung in der DDR

Die Hoffnung auf wirksame Abrüstung und friedliche Konfliktlösungen in Zeiten des Kalten Krieges motivierte ab den 1980er-Jahren junge Christ\*innen, sich in kirchennahen Friedenskreisen zu engagieren, die sich angesichts eines atomaren Wettrüstens der Blockstaaten für einen allgemeinen, waffenfreien Frieden in der Welt einsetzten. Dieses friedensethische Engagement konfrontierte den ideologisierten Militarismus in der DDR offen mit der Forderung nach einem Frieden „ohne Waffen“. Dafür bot die Prophetie des Micha (Mi 4,1-4) eine

Themen > Volksaufstand > Bis zum Mauerbau > Jugendweihe

## Jugendweihe



Ideologische Verwirrung: ein SED-Propagandaplakat, das die Unvereinbarkeit von Konfirmation und Jugendweihe propagiert. Während der Konfirmand ein kummervolles Gesicht zeigt und der Dunkelheit zugewandt ist, blickt der Jugendweihling in eine helle sozialistische Zukunft. Quelle: Pseudosakrale Staatsakte in der Sowjetzone. Kindesweihe, Jugendweihe, Eheweihe, Grabweihe, hrsg. v. Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bonn und Berlin 1960

geeignete Spiegelfläche, die mit dem Symbol eines Schmiedes, der aus einem Schwert eine Pflugschar schmiedet, verbunden wurde. Die Wirkung dieses Symbols der unabhängigen Friedensbewegung gerade in den Schulen, Ausbildungsbetrieben und Universitäten ist kaum zu unterschätzen. Denn bereits in ihrer Schulzeit gerieten Christ\*innen in Gewissensnöte: Stand die Teilnahme am 1978 eingeführten Wehrunterricht, an einem „Zivilverteidigungslager“ im Klassenverband oder die Wehrpflicht in der Nationalen Volksarmee nicht im Gegensatz zur biblisch begründeten „Feindesliebe“ und dem Gewaltverzicht, wie es Jesus in der Bergpredigt zum Ausdruck brachte?<sup>5</sup>

Das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“, unter dem sich in der DDR Friedensaktivist\*innen im Rahmen von Friedensdekaden und offener Kirchenarbeit versammelten, kennzeichnet zwischen 1953 und 1989 die größte Oppositionsbewegung in der DDR. Mit harten Repressionen reagierten die Staatsorgane gegen alle, die dieses Symbol in der Öffentlichkeit zeigten. Entfernen des Aufnehmers durch die Polizei oder Schulverweise waren die häufigsten Mittel des SED-Regimes, um die Friedensaktivist\*innen zum Schweigen zu bringen. Auch die Kirchen-

Plakat zum Thema  
„Jugendweihe vs.  
Konfirmation“.  
Screenshots des  
Online-  
Projekts [www.jugendopposition.de](http://www.jugendopposition.de)

<sup>5</sup> Zum Militarismus in der DDR, insbesondere in der Schule vgl. [www.jugendopposition.de/themen/145331/von-wegen-frieden](http://www.jugendopposition.de/themen/145331/von-wegen-frieden) (7.8.2023).

Themen &gt; Schwerter zu Pflugscharen! &gt; Friedensbewegung in der DDR

## Bewegter Frieden - Die Friedensbewegung in der DDR



1980 entwickelt der sächsische Jugendpfarrer Harald Bretschneider das Symbol der neuen Bewegung "Schwerter zu Pflugscharen". Schon bald tragen vor allem junge Friedensaktivisten im ganzen Land Aufnäher mit der symbolhaften Darstellung eines Mannes, der ein Schwert zu einer Pflugschar umschmiedet. Die Darstellung orientiert sich am Denkmal des sowjetischen Bildhauers Jewgenij Wutschetitsch, das die Sowjetunion 1959 der UNO geschenkt hatte. Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft

Screenshot des  
Online-Projekts [www.jugendopposition.de](http://www.jugendopposition.de)

leitungen vermochten es nicht, die mutigen Jugendlichen vor staatlichen Übergriffen zu schützen. Als stiller Protest gegen das Entfernen des Symbols blieb oftmals ein kreisrundes Loch an der Jacke derer, die gezwungen wurden, das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ von ihrer Kleidung zu entfernen.

Auf der Online-Plattform „Jugendopposition.de“ finden sich zur Geschichte der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR vielfältige Informationen und Materialien, darunter auch eindrückliche Zeitzeugeninterviews mit damals beteiligten Akteuren.<sup>6</sup> Unter verschiedenen Perspektiven können Schüler\*innen die Geschichte des Symbols nachvollziehen und sich im Umgang mit *oral history* üben.

Von besonderem Wert sind dabei authentische Berichte, die für Schüler\*innen nachvollziehbar werden lässt, warum sich manche Christ\*innen dem staatlichen Druck beugten und ihre Aufnäher entfernten. Dieses Lernen an biografischen Erzählungen bietet die Chance, mutiges Bekennen, ängstliches Verzagen oder pragmatisches Ausweichen als Handlungsoptionen zu erkennen. Erst in diesem Spektrum lässt sich Kirche im Sozialismus auf allen Ebenen, von der Gemeindebasis bis in die Kirchenleitungen, angemessen beschreiben.

<sup>6</sup> [www.jugendopposition.de/material/142443/friedensbewegung-in-der-ddr](http://www.jugendopposition.de/material/142443/friedensbewegung-in-der-ddr) (7. August 2023).

Die Handlungskompetenz im kirchengeschichtlich orientierten Religionsunterricht wird angesprochen, wenn die historischen Erfahrungen zur kirchennahen Friedensarbeit in der DDR in die künstlerische Gestaltung eigener Friedenssymbole der Schüler\*innen münden, die auf die Konflikte unserer Zeit ausgerichtet sind.<sup>7</sup> Hier ergeben sich automatisch eine Reihe von Schnittmengen zu aktuellen friedensethischen Themen und christlichen Konfliktlösungsstrategien. Besonderen Wert besitzt dabei die historische Erfahrung der Wirksamkeit eines biblisch begründeten Pazifismus in der Geschichte. Dies gilt insbesondere für die Kraft der Friedensgebete, die einen zentralen Ausgangspunkt der friedlichen Revolution 1989/90 markieren, die letztlich das SED-Regime mit zu Fall brachten.

### „Selig sind die Frieden stiften“ – Friedensgebete und friedliche Revolution 1989/1990

Die Friedensgebete in der Leipziger Nikolaikirche boten seit September 1982 jeden Montag einen vor staatlichen Übergriffen geschützten Kirchenraum. Im Gebet und Formen einer Alltagsliturgie formulierten Menschen ihre Ängste und Hoffnungen. Aber 1988 versammelten sich in dieser Kirche in der Leipziger Innenstadt immer mehr Menschen, die ihre christlichen, ökologischen und politischen Überzeugungen im Rahmen des Friedensgebets zum Ausdruck brachten. Ein zentraler biblischer Text, der in unterschiedlicher Weise immer wieder mit ihren Erfahrungen verbunden wurde, sind die Seligpreisungen der Bergpredigt: „Selig sind, die Frieden stiften...“

Die politische Sprengkraft dieser Bibeldemonstrationen lässt sich bis in die Leipziger Montagsdemonstrationen nachverfolgen, die sich seit Sommer 1989 an die Leipziger Friedensgebete

<sup>7</sup> Zur religionspädagogischen Vertiefung vgl. Käbisch/Träger, *Schwerter zu Pflugscharen*.

anschlössen. Als Höhepunkt dieser revolutionären Ereignisse gilt der 9. Oktober 1989 in Leipzig. An diesem „Tag der Entscheidung“ demonstrierten über 70.000 Menschen gegen das SED-Regime und überwandern durch Gewaltlosigkeit die ohnmächtig blockierten staatlichen Einsatzkräfte. Die Demonstrierenden verband der Ruf „Keine Gewalt“, der angesichts des eingesetzten staatlichen Gewaltpotenzials mutig ein Kernanliegen der Bergpredigt auf die konkrete Erwartung einer gewaltsamen Niederschlagung des Protestes bezog. Dieser gewaltfreie Widerstand prägte für die revolutionären Ereignisse in diesen Herbstwochen 1989 den Begriff einer „Friedlichen Revolution“. Der Anteil des Engagements von Christ\*innen am unerwarteten friedlichen Ende des DDR-Staates und dem Weg in eine freie demokratische Gesellschaft ist dabei unbestritten.

Differenziert informiert „Jugendopposition in der DDR“ über die Geschichte der Leipziger Friedensgebete.

Anhand der Informationstexte können Schüler\*innen nachvollziehen, wie bunt das Spektrum derer war, die sich montags in der Leipziger Nikolaikirche versammelten. Aufschlussreich ist es, nach den verschiedenen Anliegen derer zu fragen, für die das Friedensgebet ein Podium bot. Dabei ist auch die innerkirchliche Kritik anzusprechen, denn nicht jeder Pfarrer oder Superintendent stand den verschiedenen Gruppen und Initiativen aufgeschlossen gegenüber. Für ein differenziertes Bild gilt danach zu fragen, warum ab September 1988 den unabhängigen Gruppen und Kreisen die Gestaltung der Friedensgebete von kirchenleitenden Instanzen entzogen wurde. Das gemeinsame Ausloten von Handlungsoptionen und Handlungsbeschränkungen kann die historische Empathie der Jugendlichen fördern, um Kernkonflikte des Christseins in autoritären Gesellschaften nachvollziehen zu können.

Dabei können die historischen Erfahrungen mit den Friedensgebeten nicht nur in der Auseinandersetzung um Grenzen und Möglichkeiten eines biblisch begründeten Pazifismus zur Sprache gebracht werden. Vielmehr kann dieses kir-

chengeschichtliche Lernen kritisch ins aktuelle Zeitgeschehen eingebracht werden. Die spirituelle Kraft des Friedensgebets und dessen gesellschaftspolitisches Umwälzungspotential können Schüler\*innen in eigenen Fürbitten für den Frieden oder in der Gestaltung eines eigenen Friedensgebets umsetzen. Gerade in der Gestaltung freier liturgischer Formen und Handlungen können Jugendliche ihrem politischen Engagement mit eigener religiöser Sprache Ausdruck verleihen. Wenn dies ein kirchenhistorisch orientierter Religionsunterricht zu leisten vermag, hat sich die Beschäftigung mit Kirche im Sozialismus als lohnendes Thema bewährt. ◆

## Literatur

**Käbisch** David/Träger, Johannes: Schwerter zu Pflugscharen. Impulse für friedensethisches Lernen im Religionsunterricht (Themenheft Religion 9), Leipzig 2011

**Käbisch**, David: Kirchen in der DDR, in: Das wissenschaftlich-religionspädagogische Lexikon im Internet (WiReLex 2019), [www.bibelwissenschaft.de/fileadmin/buh\\_bibelmodul/media/wirelex/pdf/Kirchen\\_in\\_der\\_DDR\\_\\_2019-02-05\\_13\\_45.pdf](http://www.bibelwissenschaft.de/fileadmin/buh_bibelmodul/media/wirelex/pdf/Kirchen_in_der_DDR__2019-02-05_13_45.pdf) (7. August 2023).

Screenshot des Online-Projekts [www.jugendopposition.de](http://www.jugendopposition.de)

Themen > Revolution > Oppositionszentrum Leipzig > Montagsdemonstrationen

## Friedensgebete und Montagsdemonstrationen



Leipziger Basisgruppen protestieren am 24. Oktober 1988 in der Nikolaikirche gegen das Verbot von selbst gestalteten Friedensgebeten. Auch vor der Kirche wird protestiert. V.l.n.r.: Udo Hartmann, Frank Sellentin, Rainer Müller, Anita Unger und Uwe Schwabe. Quelle: Archiv Bürgerbewegung Leipzig/Christoph Motzer

➤ **DR. JOHANNES TRÄGER** ist als Theologe Referent für den gesellschaftswissenschaftlichen Lernbereich mit dem Schwerpunkt Ev./Kath. Religions- und Ethikunterricht im Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt.

KATHARINA KUNTER

# Kirche und Religion in der DDR und in Ostdeutschland

Vier Unterrichtskurzfilme für Jugendliche und junge Erwachsene an Schulen, Bildungseinrichtungen und Universitäten

Über 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution in der DDR, den Umstürzbewegungen und dem Ende der kommunistischen Diktaturen in Mittel- und Osteuropa mehren sich die öffentlichen Äußerungen aus Schulen- und Bildungsarbeit, die größer werdende geschichtliche Wissenslücken zu diesen Themen in der heutigen Schüler\*innen- und Studierendengeneration beklagen. Neben dem zeitlichen Abstand, nach dem für die aktuellen Schüler\*innen und Studierenden die Ereignisse von 1989 „fast so weit entfernt sind wie die Antike“<sup>1</sup>, dem Fehlen von eigenem Erfahrungswissen aus der Zeit vor 1989 bei den Lehrkräften, nicht vorhandenen familiären oder regionalen Bezügen und der Vernachlässigung des Themas – aus unterschiedlichen Motiven – im Geschichts- und Religionsunterricht werden dabei auch fehlende oder didaktisch unpassende Unterrichtsmaterialien als ein Grund genannt. Der Mangel an aktuellen, wissenschaftlich fundierten, anschaulichen und vielseitig einsetzbaren virtuellen Bildungsmaterialien ist durch die mit der COVID 19-Pandemie einhergehenden langen Unterrichtsphasen von Homeschooling, Distanzunterricht und Onlineveranstaltungen in Schulen, Universitäten und Bildungseinrichtun-

gen noch deutlicher geworden. Dieser Befund gilt nicht nur für die deutsche Bildungslandschaft, sondern auch für Lehrkräfte, die im Ausland Wissen, Kenntnisse oder Themen zur DDR vermitteln wollen und dabei wegen abnehmender oder nicht vorhandener Deutschkenntnisse ihrer Schüler\*innen und Studierenden auf englischsprachige Medien und Filme angewiesen sind: Sie finden im Internet vor allem längere Filme aus amerikanischer oder englischer Perspektive und Statements von amerikanischen oder englischen Expert\*innen, die häufig bereits wissenschaftlich veraltet oder sehr subjektiv gefärbt sind, oft medial laienhaft gemacht sind oder nicht den didaktischen Standards politischer Bildung entsprechen.

## Nachlassendes öffentliches Interesse an Kirche in der DDR

All das gilt auch für das Thema „Kirche in der DDR“. Es gehört zwar zu den wichtigen Teilthemen, die im Geschichts- und Religionsunterricht in den Lehrplänen aller Bundesländer verankert sind, und zu dem in den letzten 30 Jahren umfassend geforscht und publiziert wurde. Allerdings war in der öffentlichen Darstellung der vergangenen Jubiläumsveranstaltungen zum Herbst 1989, zur Friedlichen Revolution in der DDR und zur Wiedervereinigung Deutschlands



**PROF. DR. KATHARINA KUNTER**

ist Professorin für zeitgenössische Kirchengeschichte, speziell für nordische Länder und Europa, an der Theologischen Fakultät der Universität Helsinki, Finnland.

<sup>1</sup> Vgl. etwa Deutschlandfunk: <https://kurzelinks.de/wvff> (08.08.2023).

auffällig, dass sich der Beitrag von Christen und Christinnen im Herbst 1989 und zur Rolle von Kirche und Religion in der DDR zunehmend auf einige wenige ikonografische Bilder und Ereignisse (z.B. Nikolaikirche Leipzig) beschränkt und nicht mehr selbstverständlich als ein Element des Herbstes 1989 wahrgenommen und dargestellt wird. Das ist vermutlich eine Reaktion auf nachlassendes öffentliches Interesse an Kirche und somit ein Ergebnis der rapide sinkenden Kirchenmitgliedszahlen, die Ost- und Westdeutschland gleichermaßen umfassende Säkularisierung sowie die nicht mehr vorhandenen Kenntnisse und Netzwerke von Journalist\*innen über die Rolle der Kirchen und Christ\*innen in der DDR. Zudem sind in den letzten Jahren prominente Zeitzeug\*innen aus dem kirchlichen Bereich verstorben.

Gleichwohl gehört das Thema nach wie vor in den Kanon des Wissensstandes zur Geschichte der DDR und der SED-Diktatur; es sollte daher auch didaktisch regelmäßig aktualisiert werden. Hier stellt sich neben dem zunehmenden historischen Abstand zur Existenz der DDR für im Ausland unterrichtende Lehrkräfte eine zusätzliche Herausforderung, denn Unterrichtsmaterialien zum Thema sind alle in deutscher Sprache verfasst und bauen auf bereits vorhandenem und sich erweiternden landeskundlichem, historischen und politischem Wissen von in Deutschland lebenden Lernenden auf. Dieses Vorwissen können internationale Lehrkräfte in ihren Lerngruppen nicht voraussetzen. Lehrmaterialien für junge Menschen außerhalb Deutschlands, die keine oder nicht so gute Deutsch- und Deutschlandkenntnisse besitzen, müssen deshalb didaktisch im Hinblick auf die Lebenswelt und den Kenntnisstand junger Europäer reduziert und veranschaulicht werden.

## Methoden und Ziele des Filmprojektes

An dieser Lücke setzte unser Projekt an. Es umfasste vier Kurzfilme zur DDR-Kirchengeschichte, die sich explizit an eine junge Generation richtet, für die die DDR geografisch und historisch weit entfernt liegt. Die vier Kurzfilme sollten sich also nicht primär auf die Erarbeitung und Präsentation eines neuen Forschungs- und Erkenntnisstandes zu Kirche und Religion in der DDR konzentrieren, sondern eine auf dem neuesten Forschungs- und öffentlichen Diskussionsstand basierende, konsequent zielgruppenorientierte didaktische Reduktion des Themas für ein junges, nicht mit der DDR vertrautes Publi-



*Interview mit Lydia Schubert am Ort des Bauwagenprojektes in Halle-Silberhöhe.  
© Michael Günther*

kum bieten. Die Filme sollen sowohl für junge Menschen in Deutschland als auch außerhalb Deutschlands eine kompetente Einführung in das Thema bieten.

Mitbeteiligt an dem Projekt waren die Professur für Kirchliche Zeitgeschichte an der Theologischen Fakultät Helsinki (Professorin Dr. Katharina Kunter), das Leibniz-Institut für Europäische Geschichte Mainz (Professor Dr. Johannes Paulmann) und die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Berlin). Mit Unterstützung der Medienfirma Mind-in-Motion Berlin (Michael Günther) wurden im Jahr 2022/23 vier Unterrichts-Kurzfilme zum Thema „Kirche und Religion in der DDR“ konzipiert und produziert.

Die Filme sollten vielfältig als Einstieg oder Diskussionsanlass in Religions- und Geschichtsunterricht sowie in anderen Bildungskontexten an Universitäten, Bildungseinrichtungen oder Kirchen eingesetzt werden können; und zwar nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland (z.B. Deutsche Gemeinden oder Schulen, Goetheinstitute etc.). Alle vier Filme sollten nicht länger als 15 Minuten sein, damit sie sinnvoll in normalerweise 45-minütige Lehreinheiten integriert werden können und genügend Zeit für sich daran anschließende Text- oder Inhaltserarbeitungen oder Diskussionen lassen.

Sie wurden mit deutschen Interviewpartner\*innen auf Deutsch geführt, wurden aber komplett in englischer Sprache untertitelt, so



Interview mit  
Ulrike Poppe in  
Gedenkstätte  
Hohenschönhausen  
© Michael Günther

dass die nichtdeutschsprachigen Lernenden zusätzlich die deutsche Originalsprache hören können. Die Filme können aus lizenzrechtlichen Gründen ab Spätsommer 2023 als nicht-gewerbliche Zugänglichmachung über den eigenverantwortlich betriebenen YouTube-Kanal der Bundesstiftung Aufarbeitung gesehen und als embedded content verlinkt werden, und zwar unter [www.bundesstiftung-aufarbeitung.de](http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de). Zusätzliche Informationen wie etwa die Drehbuchtexte werden dann auch auf der Website [www.kunter-history-productions.com](http://www.kunter-history-productions.com) bereitgestellt.

Die vier Filme folgten alle demselben filmdidaktischen Aufbau. Sie beinhalten zwar vier unterschiedliche Themen und Zeitepochen, können aber auch zusammen als eine filmische und inhaltliche Einheit verwendet werden.

Da sich die Filme primär an Jugendliche und junge Erwachsene aus dem Westen Deutschlands oder aus dem Ausland ohne Vorkenntnisse richten, wurden die Filme nicht nur in Berlin, sondern an anderen für das Thema repräsentativen Orten und Städten Ostdeutschlands gedreht. Damit sollte die regionale Vielfalt Ostdeutschlands visuell und themenexemplarisch abgebildet werden; die Zielgruppe sollte so zugleich einen visuellen Eindruck von der „ehemaligen DDR“ bekommen und einige ostdeutsche Bundesländer, Städte und besondere historische Orte kennenlernen. Jeder Film enthält eine moderierte historische Einführung, die auf dem ak-

tuellen Forschungsstand aufbaut, diesen aber nur kurz und elementar anspricht, und zwei Interviews. Diese wurden zumeist mit einem Zeitzeugen oder einer Zeitzeugin geführt, wobei auf Gender- und Generationenbalance geachtet wurde. Filmgestalterisch wurden Drohnenaufnahmen gemacht und eingesetzt sowie unterschiedliche Zeitebenen miteinander vermischt, indem Geschehnisse von damals (Situation und Ort) mit Archivaufnahmen, beweglichem Archivbild und historischen Filmaufnahmen gemischt wurden. Die Filme konzentrieren sich in ihren Fallbeispielen vor allem auf die evangelische Kirche (Ausnahme: das Interview mit Frank Richter in Film 3).

## Kirchengeschichte der DDR in vier Filmen

Die Filme behandeln die vier wesentlichen Perioden der DDR-Kirchengeschichte: Die 1940er- und 1950er-Jahre (Film 1), die 1960er- und 70er-Jahre (Film 2), die 1980er-Jahre (Film 3) sowie die Zeit nach 1990 (Film 4). Aus jeder Periode wurde ein exemplarisches Thema herausgegriffen und vertieft.



### FILM 1: Kampf gegen die Kirche: Kirche und Christ\*innen in der DDR in den 1940er-/1950er-Jahren

Dieser Film thematisiert, welche Auswirkungen das Ende des Zweiten Weltkriegs und die Etablierung der SED-Diktatur für den östlichen Teil Deutschlands und die Kirchen hatten. Während die sowjetische Besatzungsmacht die Kirchen anfangs noch hatte gewähren lassen – die Verfassung der DDR von 1949 hatte sogar noch die Religionsfreiheit verankert – änderte sich das mit der Gründung der DDR und der Etablierung der SED-Diktatur. Die SED stützte sich ideologisch auf den atheistischen Marxismus-Leninismus, der die vollständige Trennung von Kirche und Staat vorsah (wobei das allmähliche, völlige Verschwinden der Kirchen ideologisch mitgedacht wurde). Da die Kirchen also qua Ideologie Feinde waren, wurden sie nun entsprechend rasch aus dem öffentlichen Raum gedrängt, sie sollten auf das Private und „Kultische“ begrenzt werden. Ein besonderer Dorn im Auge der SED war die kirchliche Jugendarbeit, die für Jugendliche attraktiv und damit ein Gegenmodell zur FDJ war. Mit Beginn der 1950er-Jahre wurden die „Jungen Gemeinden“, die Träger

YouTube FILM 1



<https://youtu.be/mxsN0kE6hAk>

der kirchlichen Jugendarbeit, als illegal deklariert, ausgegrenzt, verfolgt und mit Repressalien belegt. Über 3.000 Schüler\*innen, die Mitglieder der Jungen Gemeinde waren, wurden von der Oberschule relegiert, Student\*innen des Studiums verwiesen, Jugend- und Studentenpfarrer\*innen wurden verhaftet. Hier ist als ein Fallbeispiel Studentenpfarrer Johannes Hamel besonders hervorzuheben. Es begann ein „Kirchenkampf“, der erst auf Druck von Moskau in seiner Aggressivität auf die ideologische Auseinandersetzung umgelenkt wurde. So führte z.B. das Politbüro der SED 1954 die Jugendweihe ein, die sich als ein sozialistisches Jugend- und Familienfest im Gegenüber zur Konfirmation etablierte, und der Religionsunterricht wurde aus den Schulen verbannt.

Der Film stellt diese erste Periode der sozialistischen Kirchenpolitik, der Etablierung der SED-Diktatur und der ideologischen Frontstellung des Kommunismus gegenüber der Religion dar und konzentriert sich dann auf den Kampf der SED gegen die Junge Gemeinde bis 1953 und danach. Interviews für diesen Film wurden mit Altbischof Axel Noack auf Schloss Mansfeld (einem Tagungsort der Jungen Gemeinde) geführt (Noack kannte Johannes Hamel und war später auch Studentenpfarrer in der DDR) sowie mit der Theologin Dr. Ellen Ueberschär, die 2003 ihre Dissertation über die Junge Gemeinde im Konflikt veröffentlicht hat. Das Gespräch mit Ellen Ueberschär fand ebenfalls an einem wichtigen Ort für kirchliche Jugendarbeit in der DDR statt: im Rüstheim Hirschluch, Brandenburg.



## FILM 2:

### Wie unabhängig konnte Kirche in der DDR sein? Kirche in der DDR in den 1960er- und 1970er-Jahren

In diesem Film wird dargestellt, wie der noch in den 1950er-Jahren erfolgte direkte Kirchenkampf der SED nun nach Stalins Tod (1953), nach dem Mauerbau und in der Entspannungspolitik in eine indirektere, aber ebenso auf Marginalisierung von Religion und Kirchen bedachte neue Kirchenpolitik mündete. In der neuen DDR-Verfassung von 1968 wurde die Religionsfreiheit nun gestrichen. Umso wichtiger wurden kirchliche Bildungsräume, in denen Kinder aus Pfarrhäusern oder junge Christ\*innen, die mit ihrem Glauben in der sozialistischen Gesellschaft ausgegrenzt wurden, Freiräume für ihre eigene Entfaltung und Stärkung fanden. Zu diesen gehörten kirchliche Schulen wie das Kirchliche



Ellen Ueberschär,  
Interviewpartnerin  
der Autorin in Film 1.

© Mind in  
Motion Media/  
Bundesstiftung  
Aufarbeitung

Oberseminar in Potsdam-Hermannswerder, in dem Kinder, die wegen ihres Glaubens von den staatlichen Schulen abgewiesen worden, ihr Abitur machen konnten. Frau Professorin Ruth Leiserowitz beispielsweise besuchte Hermannswerder und erzählt im Film, wie es an dieser Schule zugeht und was man da für das Leben in einem kommunistischen Staat lernen konnte. Historisch zentral war in den 1960er-Jahren der Mauerbau, der nun insbesondere in Berlin den Alltag von Christ\*innen und Gemeinden im östlichen Teil Berlins grundlegend veränderte. Der Journalist und Autor Christoph Dieckmann berichtet vom Alltag im getrennten Berlin, warum er schließlich Theologie an einer der kirchlichen Hochschulen in der DDR studierte und wo es zu Gratwanderungen von Kirche im Sozialismus kam. Das Interview mit ihm wurde an der Bernauer Straße in Berlin aufgenommen.



## FILM 3:

### Christ\*innen in Opposition und Revolution – Kirche in den 1970er- und 1980er-Jahren

Mit der Einführung des verpflichtenden Wehrkundeunterrichts als Unterrichtsfach 1978 sowie im Kontext der zunehmenden Ost-West-Aufrüstung verstärkte sich das Friedensengagement in den Kirchen – und auch damit die Opposition kirchlicher Kreise gegen die SED. Kirchen und Gruppen sprachen sich gegen den Wehrkundeunterricht aus, es wurden Friedensdekaden ausgerufen und es entstand, parallel zur einseitig staatlichen, eine unabhängige Friedensbewegung in der DDR. Neben der „Schwerter zu

YouTube  
FILM 2



<https://youtu.be/h7LKWVvSSk>

YouTube  
FILM 3



<https://youtu.be/ssF68fXkXNw>



Interviewpartner\*innen der Autorin in den Filmen 2 und 3.  
Christoph Dieckmann und Ulrike Poppe.  
© Mind in Motion Media / Bundesstiftung Aufarbeitung

Pflugscharen-Bewegung“ wurde die Jena Friedensinitiative oder auch der Berliner Appell besonders bekannt. Es entstanden dann in der Folgezeit zahlreiche Gruppen unter dem Dach der Kirche, die sich gegen die Abgrenzung, für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Reisefreiheit, die Umwelt oder Gerechtigkeit in der DDR einsetzen. Die drei Ökumenischen Versammlungen bereiteten dann das aktive Engagement von evangelischen Christ\*innen und Kirchen im Herbst 1989 vor. In den nun entstandenen Parteien und Bürgerrechtsbewegungen spielten Christ\*innen eine tragende Rolle, ebenso wie sie dann auch bei den ersten freien und demokratischen Wahlen, der ersten frei gewählten Volkskammer präsent waren und unter der Regierung Modrow Ämter übernahmen. In den späten 1980er-Jahren waren es die jungen Christ\*innen, die gegen die politisch starre SED-Regierung rebellierten und sich für Umweltschutz, Reisefreiheit, Menschenrechte und Demokratie in der DDR einsetzen. Eine von ihnen war Ulrike Poppe aus Berlin, die sich bei den Frauen für den Frieden und der Initiative Frieden und Menschenrechte engagierte. Sie wurde wegen ihres Engagements verhaftet und in das Gefängnis Hohenschön-

hausen in Berlin gebracht. Für das Film-Interview ging sie wieder nach Hohenschönhausen und berichtet, warum sie sich als junge Christin für eine bessere DDR eingesetzt hat. Ähnlich wie Ulrike Poppe stand auch der katholische Kaplan Frank Richter aus Dresden mitten im Herbst 1989 in einer historischen Konfrontation zwischen SED-Staat und aufbegehrender Zivilgesellschaft. An seiner früheren Wirkstätte in Dresden blickt er auf diese Nacht zurück, in der er maßgeblich daran beteiligt war, dass es zu keiner Gewalt von Seiten des Staates kam.



#### FILM 4: Transformationen und Neuanfänge: Kirche im Osten Deutschlands in den 1990er- Jahren

Im Mittelpunkt dieses Films stehen die dramatischen Veränderungen und Transformationen, die sich mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten in Mittel- und Osteuropa und mit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten 1990 für die ostdeutsche Gesellschaft und die Kirchen ergaben. Hierzu zählt zum einen die damals heftig diskutierte „Übernahme“ des westdeutschen Kirchenmodells, mit Kirchensteuer, Religionsunterricht an den öffentlichen Schulen (statt der Christenlehre) oder dem Militärseelsorgevertrag. Zum anderen thematisiert der Film aber auch die bis heute nicht befriedigend erfolgte kirchliche Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit in der DDR, die politisch-gesellschaftliche Aufarbeitung und Kontroversen um die Rolle der Kirche im SED-Staat, Kirche und Stasi und die weitgehende westdeutsche Ignoranz gegenüber der DDR-Kirchengeschichte. Während viele angesichts der vollen Kirchen im Herbst 1989 gehofft hatten, dass nun ein neues christliches Zeitalter anbreche, zeigt sich in den 1990er-Jahren immer deutlicher, wie tief die von der SED vorangetriebene Entchristlichung der ostdeutschen Gesellschaft vorangeschritten war. Das stellte auch Kirchen und Gemeinden vor neue Herausforderungen. Wie skizzierten sie ihren Ort in diesen Transformationszeiten? Wie veränderte sich evangelische Kirche unter den neuen pluralistischen und demokratischen Bedingungen? Diese Fragen werden mit dem Pfarrer und evangelischen Bürgerrechtler Markus Meckel in einem Dorf in Brandenburg und mit der Kirchenmitarbeiterin Lydia Schubert in einem DDR-Neubaugebiet in Halle diskutiert. ◆

YouTube FILM 4



<https://youtu.be/NbSVk-dhuwU>

ANJA KLINKOTT

# Kirche im Sozialismus

## Filmtipps aus dem Haus kirchlicher Dienste

Bekennende Christ\*innen in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) waren alltäglich staatlichen Repressionen ausgesetzt. Menschen, die in Westdeutschland oder im vereinigten Deutschland aufgewachsen sind, fällt es oft schwer nachzuvollziehen, was das tatsächlich bedeutet.

Die hier vorgestellten Filme geben aus unterschiedlichen Perspektiven Einblicke in den Alltag der Menschen in der DDR von den 1950er- bis 1980er-Jahren. Sie zeigen den Mut Einzelner und Vieler, sie berichten von Familien und Gruppen, von Kreativität und Ideenreichtum, von Entschlossenheit und Zusammenhalt, aber auch von Egoismus und Verrat. Damit eignen sie sich für den Geschichts-, Religions- und Werte- und Normenunterricht und stehen in der Bücherei- und Medienarbeit zur Ausleihe zur Verfügung.

\*\*\*

### Das schweigende Klassenzimmer

Lars Kraume  
Deutschland 2018  
Spielfilm 107 Min.  
empfohlen ab 14 Jahren

Im Jahre 1956 ist die Grenze zwischen der BRD und der DDR noch durchlässig. Zwei Abiturienten erfahren bei einem Besuch im Westen Deutschlands vom angeblichen Tod ihres Sportidols und beschließen spontan mit ihrer Klasse, im Unterricht eine Schweigeminute einzulegen. Für den überforderten Pädagogen kommt dieses Verhalten einem Aufstand gegen das sozialistische System gleich. Während der Direktor noch versucht, die Wogen zu glätten, wird der

Staatschutz informiert und stellt die jungen Menschen vor die Wahl, eine\*n der ihren als Anführer\*in zu denunzieren oder vom Abitur in der gesamten DDR ausgeschlossen zu werden.

Bildung als Schlüssel zum persönlichen und beruflichen Fortkommen und Lebenserfolg. Schüler\*innen können heutzutage nachvollziehen, welchem Druck die Protagonist\*innen des Films ausgesetzt waren. In dem nach wahren Begebenheiten erzählten Drama werden neben akademischen Aspekten auch Gewissens- und Glaubensfragen behandelt. Der Film bietet zudem einen Bezug zur biblischen Figur des Judas Ischariot. Schüler\*innen können sich fragen, welche Formen der Zivilcourage auch in ihrem Leben eine Rolle spielen könnten. ◆

\*\*\*



**ANJA KLINKOTT** ist als Medienpädagogin im Arbeitsfeld Bücherei- und Medienarbeit im Haus Kirchlicher Dienste tätig.



**Das schweigende Klassenzimmer**  
Lars Kraume  
Deutschland 2018



**Klärung eines Sachverhalts**  
Sören Hüper, Christian Prettin  
Deutschland 2008

### Klärung eines Sachverhalts

Sören Hüper und Christian Prettin  
Deutschland 2008  
Kurzspielfilm 20 Min.  
empfohlen ab 14 Jahren

DDR 1985. In einem nüchternen Büro sitzen sich zwei Männer gegenüber: Ingenieur Schulze möchte seinen erkrankten Schwiegervater in der Bundesrepublik besuchen. Hauptmann Kühnel von der Staatssicherheit versucht mit allen Mitteln, ihn von diesem Ausreiseantrag abzubringen.

Ein wachsamer Staat, dem nichts verborgen bleibt: Er weiß, wo Bürger\*innen ihren Urlaub

verbringen und was in Briefen steht, die sie gesendet oder empfangen haben. Ein Staat, der sich an international getätigte Absprachen (Helsinki-Protokoll) nicht hält, sondern mit allen legalen und illegalen Mitteln die eigenen Ansprüche durchsetzt.

Die Zuschauer\*innen erleben anhand des bedrückenden Kammerspiels, wie Leben in autoritär geprägten Staaten von Zwängen und Zweifeln beherrscht werden kann. Auch die Auseinandersetzung mit Fragen zu persönlichen Werten und der Bereitschaft, diese auch in Konfliktsituationen zu verteidigen, bietet sich mit dem Kurzfilm und dem umfassenden Arbeitsmaterial an. ◆

\*\*\*



**Ballon – für die Freiheit riskierten sie alles**  
Michael Herbig  
Deutschland 2018

### Ballon – für die Freiheit riskierten sie alles

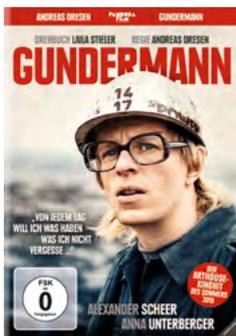
Michael Herbig  
Deutschland 2018  
Spielfilm 117 Min.  
empfohlen ab 12 Jahren

Ereignisse nach einer wahren Begebenheit in Thüringen im Jahr 1979. Zwei Familien entschließen sich, mittels eines selbst gebauten Heißluftballons aus der DDR in die Bundesrepublik zu flüchten. Aber der erste Versuch misslingt und die Staatssicherheit wird auf das Vorhaben aufmerksam. Unter Zeitdruck versuchen die Er-

wachsenen, einen neuen Ballon zu nähen, um sich und ihre Familien in Sicherheit zu bringen.

Jugendliche, die nach 1990 in Deutschland geboren wurden, kennen die fast vierzigjährige Teilung des Landes nur aus Erzählungen oder dem Geschichtsunterricht. Es ist für sie schwer vorstellbar, dass Deutsche nicht frei reisen durften und ihr Alltag von permanenter Überwachung und Bespitzelung geprägt war. Der packende Spielfilm von Michael Herbig animiert die Zuschauer\*innen zu der Auseinandersetzung mit ihrer eigenen Geschichte und ihrem Demokratie- und Werteverständnis. ◆

\*\*\*



**Gundermann**  
Andreas Dresen  
Deutschland 2018

### Gundermann

Andreas Dresen  
Deutschland 2018  
Spielfilm 127 Min.  
empfohlen ab 14 Jahren

Gezeigt werden Episoden aus dem Leben des Baggerfahrers und Liedermachers Gerhard „Gundi“ Gundermann (1955 -1998). Sein Leben und seine Arbeit sind geprägt von Widersprüchen: Mit seiner Tätigkeit im Tagebau zerstört er die Umwelt, deren Schönheit er gleichermaßen in seinen Liedern besingt. Als sich herausstellt, dass er heimlich für die Staatssicherheit gearbeitet und Kolleg\*innen und Bandmitglieder bespitzelt hat, muss sich Gundermann nicht nur vor seinen Freunden, sondern auch vor sich selbst rechtfertigen.

Mit den besten Absichten den falschen Weg einschlagen: Besonders bedrückend ist diese Entscheidung dann, wenn sich im Nachhinein nicht nur ein anderer Sachverhalt zeigt, sondern auch Menschen im engsten Umfeld dabei Schaden zugefügt wurde. Die Musik des in der Bundesrepublik wenig bekannten Liedermachers Gundermann werden die wenigsten Jugendlichen (noch) kennen. Sie können sich aber mit dem Entscheidungszwängen auseinandersetzen, die sein Leben in einem autokratisch regierten Staat erforderte. Die im Film gezeigten Lebensabschnitte des Liedermachers während des Bestehens der DDR und nach der Wiedervereinigung bieten sich für eine Sequenzierung und vertiefende Auseinandersetzung mit Themen wie Lebensentscheidungen oder Recht und Unrecht im Unterricht an. ◆

\*\*\*

## Schwerter zu Spaten – Die Bausoldaten in der DDR

Johannes Meier  
Deutschland 2015  
Dokumentation 34 Min.  
geeignet ab 16 Jahren

Der Zeitdienst in der Nationalen Volksarmee der DDR war für junge Männer ab 18 Jahren verpflichtend. Wer sich aus Gewissensgründen gegen eine Wehrzeit entschied, wurde in einer Untereinheit der Armee zu Bautätigkeiten herangezogen. Ehemalige „Bausoldaten“ berichten von ihren Beweggründen, den klassischen Wehrdienst zu verweigern, von Schikanen und Repressionen, denen sie danach ausgesetzt waren und die sich bis in ihr berufliches Leben hinein fortsetzten.

Ein „Freiwilliges Soziales Jahr“ ist für viele Jugendliche heutzutage eine Pause zwischen

zwei Bildungsabschnitten. Für junge Männer im damaligen West- und Ostdeutschland gab es über mehrere Jahrzehnte einen verpflichtenden Wehrdienst, den man nur aus glaubhaften Gewissensgründen in einen zivilen Dienst umwandeln konnte. Für Jugendliche ab 16 Jahren mag allein die Vorstellung eines staatlichen Pflichtdienstes wie ein Anachronismus aus fernen Zeiten anmuten. Noch stärker zeigen die Beispiele der „Bausoldaten“, wie in repressiven Staaten bereits individuelle Glaubens- und Gewissensfragen als Insubordination gewertet und entsprechend sanktioniert werden. Zusätzlich zum Bezug auf die eigene Geschichte bietet der Film auch die Möglichkeit, mit Schüler\*innen über Vor- und Nachteile gesellschaftlicher „Dienstzeiten“ zu diskutieren.

Der Film ist auf YouTube verfügbar unter <https://youtu.be/8aLYoq6-jqg>. ◆



### Schwerter zu Spaten – Die Bausoldaten in der DDR

Johannes Meier  
Deutschland 2015

\*\*\*

LENA SONNEBURG

# Von einem Matrizendrucker, viel Engagement und der friedlichen Revolution

**B**ei den Stichworten „Leipzig“ und „Wende“ kommen den meisten Menschen Namen wie Christoph Führer und Günter Johansen in den Kopf. Ein Name, den im Zusammenhang mit den friedlichen Protesten nur wenige Menschen kennen, ist der von Christoph Wonneberger.

Christoph Wonneberger wurde am 5. März 1944 in Wiesa im Erzgebirge in einer Pfarrersfamilie geboren. Er erwarb zunächst seinen Facharbeiterabschluss als Maschinenschlosser, studierte anschließend Theologie in Rostock und war von 1977 bis 1984 Pastor der Weinbergs-Kirchengemeinde in Dresden, bevor es ihn 1985

nach Leipzig-Volkmarsdorf in die Lukas-Kirchengemeinde verschlug.

Dort gründete er zunächst die oppositionelle „Arbeitsgruppe Menschenrechte“, später bot er in der Nikolaikirche verschiedenen Gruppen, Initiativen und Liedermacher\*innen die Möglichkeit, wöchentlich (politische) Andachten zu gestalten. Schließlich koordinierte er ab 1986 die Leipziger Friedensgebete.

Für Wonneberger war klar, dass auch der Westen „kein Himmel voller Geigen“ war, wie ihn viele Ostbürger\*innen als idealisiertes Traumziel betitelten. Er wollte die DDR handelnd verändern. So druckte er 1987 auf einem in Einzelteile zerlegten Matrizendrucker,



Christoph  
Wonneberger 2019  
© Jens Schulze/  
epd-bild



Erstes Plakat der  
Arbeitsgruppe  
Menschenrechte  
Leipzig 1987.

Gestaltung von  
Oliver Kloss; Druck  
von Christoph  
Wonneberger und  
Oliver Kloss.

© Oliver Kloss / Wiki-  
media (CC BY 4.0)

der von Mitgliedern der Partnerkirchengemeinde Engelbostel bei Hannover über die Grenze geschmuggelt worden war, 25.000 Flugblätter mit der Aufschrift „Wir sind ein Volk“.

Aus betenden Einzelnen in der Kirche wurden Gruppen, schließlich Massen, die friedlich auf den Straßen Leipzigs demonstrierten. Und die Anzahl der Teilnehmer\*innen wuchs von Woche zu Woche. Schließlich zogen 70.000 Menschen mit Kerzen durch die Stadt, und Pastor Wonneberger war live in den Tagesthemen zu sehen.

Doch dann änderte sich alles!

Zehn Tage vor dem Fall der Mauer, am 30. Oktober 1989, erlitt Christoph Wonneberger einen schweren Schlaganfall. Sein Kollege, der Hausherr der Nikolaikirche, Pastor Christoph Führer, übernahm fortan die Leitung der Friedensgebete, und die Grenzöffnung zog an

Wonneberger auf der Intensivstation vorbei. Zwischen Leben und Tod nahm er nicht wahr, was in diesen aufregenden Tagen geschah. Zu sehr war Wonneberger in der Medizinischen Hochschule Hannover mit seiner Genesung beschäftigt. Die Freund\*innen aus der Partnergemeinde hatten ihn dorthin verlegen lassen, um ihn zu unterstützen und nach seinem Klinikaufenthalt in Engelbostel versorgen zu können. Mit viel Übung, unzähligen Therapien und seinem Hobby, dem Fahrradfahren, hat Wonneberger sich nach und nach ins Leben zurück gekämpft. Heute kann er wieder sprechen. Seinen Beruf als Pastor musste er 1991 allerdings aufgeben. Dennoch engagiert sich Christoph Wonneberger seit einigen Jahren wieder politisch. Den Bauplan für „seinen“ Matrizendrucker hat er immer noch. ◆

\*\*\*



#### LENA SONNENBURG

ist Dozentin für den Bereich Grundschule am RPI Loccum und engagiertes Gemeindemitglied in der Kirchengemeinde Engelbostel bei Hannover.



#### VORSCHAU AUF HEFT 4/2023

##### Schwerpunktthema: Religion und Theater

mit Beiträgen unter anderem von **Ingrid Hentschel** zu Ritual und Spiel im Theater, **Andreas Mertin** zur Geschichte von Kirche und Theater, **Antje Tumat** zu Musik und Religion auf der Theaterbühne und **Micha Keding** zur Inszenierung religiöser Themen im Musical

**Erscheinungstermin:** Mitte Dezember 2023

LOTHAR VEIT

# „Neugierde, Offenheit und Forschergeist“

Landeswettbewerb Evangelische Religion:  
Preise im Wert von 3.000 Euro vergeben

Chiara Jung vom Lüneburger Gymnasium Wilhelm-Raabe-Schule hat beim elften Landeswettbewerb Evangelische Religion mit ihrer Einzelarbeit „Was ist der Mensch? – Leidenschaft des Menschen“ den 1. Platz belegt. In der Kategorie Gruppenbeiträge gewann ein Team des Helmstedter Gymnasiums am Bötschenberg. Zum Wettbewerbsthema „#Mensch“ hatten Teresa Madita Büttner, Laura Mahncke, Emely Weihs und Mika Hoffmann einen Beitrag mit dem Titel „Die Rolle des Menschen im Leben“ eingereicht. Sie und weitere Preisträger\*innen erhielten ihre Urkunden und Geldprämien am Donnerstag bei einer Feierstunde in der Neustädter Hof- und Stadtkirche in Hannover.

Chiara Jung wollte in ihrer Arbeit nach eigenem Bekunden untersuchen, „wo die Grenzen unserer Existenz liegen, welchen Einfluss großes Leid auf uns hat und welche Rolle die Religion dabei einnimmt“. Ihr Fazit: „Wir sollten dankbar sein für jede glückliche Minute und sie bewusst leben. Gleichzeitig kann jeder dazu beitragen, das Leid seiner Mitmenschen und schließlich auch der ganzen Welt zu verringern, denn schon mit kleinsten guten Taten lässt sich viel bewirken.“

Gerade diese Erkenntnis beeindruckte die Schirmherrin des Wettbewerbs, die Frankfurter Virologin Sandra Ciesek. „An der Herangehensweise der Arbeit gefällt mir besonders gut, wie Chiara Jung versucht, sich aus möglichst verschiedenen Perspektiven einer Fragestellung zu nähern“, sagte Ciesek in ihrer Laudatio. „Ich

erkenne darin Neugierde, Offenheit für andere Meinungen und einen Forschergeist, der versucht, einen Sachverhalt möglichst tiefgründig und umfänglich zu erfassen.“

Dem erstplatzierten Gruppenbeitrag attestierte die Psychologiestudentin und frühere Preisträgerin Mette-Luise Springer einen „klar erkennbaren roten Faden“. Da sie kurzfristig erkrankt war, wurde ihre Lobrede verlesen. Springer würdigte vor allem die Methodenvielfalt der Arbeit, die ein selbstgeschriebenes Lied, ein eigenes Gemälde, einen Essay, einen Poetry Slam, einen Flyer und einen Podcast umfasst: „Ihr könnt echt sehr stolz auf eure gemeinsame Leistung sein.“

Sie hätten die Aufgaben im Team nach Neigung verteilt, heißt es im Wettbewerbsbeitrag der vier Schüler\*innen vom Gymnasium am Bötschenberg. Da habe es die Kreativen gegeben und die, die „eher die Schreiarbeit erledigt haben“, erläutern Teresa Madita Büttner, Laura Mahncke, Emely Weihs und Mika Hoffmann ihre Arbeitsweise. Das Endergebnis trage die ganze Gruppe inhaltlich mit, „wir haben dabei alle an einem Strang gezogen“.

Insgesamt beteiligten sich 363 Schüler\*innen der Jahrgangsstufen 10 bis 13 aus 33 Schulen



*Die Koordination des Landeswettbewerbs Religion 2022/2023 lag in den Händen von Linda Frey, Dozentin am RPI Loccum für den Bereich Gymnasium und Gesamtschulen.  
© Dethard Hilbig*



Alle Preisträger\*innen des Landeswettbewerbs Evangelische Religion 2022/2023 mit Lehrer\*innen  
© Dethard Hilbig

in Niedersachsen mit 142 Einzel- und Gruppenbeiträgen zum Thema „#Mensch“. Im Vergleich zum Wettbewerb vor zwei Jahren stieg die Teilnehmendenzahl um fast 100 Schüler\*innen. Zu gewinnen gab es Geldpreise zwischen 100 und 600 Euro im Gesamtwert von 3.000 Euro; außerdem wurden 80 Buchpreise vergeben. Für den musikalischen Rahmen sorgte Tammo Förster. Der Duderstädter belegte im Finale von „The Voice of Germany“ 2022 den dritten Platz und sang dort gemeinsam mit Rea Garvey. Förster begeisterte bei der Preisverleihung mit eigenständigen Interpretationen großer Hits von Künstlern wie John Lennon, Ed Sheeran und Elton John.

Den zweiten Platz bei den Einzelbeiträgen belegte Anja Eggers vom Gymnasium Salzgitter-Bad, der dritte Platz ging an Kimberly-Manuela Quast von der Integrierten Gesamtschule Garbsen. Bei den Gruppenbeiträgen gab es folgende weitere Platzierungen: 2. Platz: Enrik Enneking, Simon Blome, Luca Pengelley (Gymnasium Lilienthal), 3. Platz: Ben Hinkelmann, Joshua Zobel (Lichtenberg-Gymnasium Cuxhaven), 4. Platz: Paul Friedrichs, Jonah Knaus, Oke Aller (Amandus-Abendroth-Gymnasium Cuxhaven), Sonderpreis: Ann-Kathrin Schensny, Marie

Paulmann (Integrierte Gesamtschule Garbsen).

Der Landeswettbewerb Evangelische Religion wird alle zwei Jahre vom Religionspädagogischen Institut Loccum (RPI) ausgerichtet. Ins Leben gerufen wurde er 1998 gemeinsam mit der Hanns-Lilje-Stiftung; seit 2015 ist auch die Heinrich-Dammann-Stiftung an der Förderung beteiligt. Beide gehören zu den bedeutendsten evangelischen Stiftungen in Niedersachsen.

„Mittlerweile elf Landeswettbewerbe haben etliche Jugendliche und Lehrkräfte im Religionsunterricht dazu angestoßen, sich zupackend, nachdenklich und kreativ mit lebenswichtigen Themen in religiöser Hinsicht auseinanderzusetzen“, erklärt RPI-Rektorin Silke Leonhard. „Die Koordinatorin Linda Frey hat das Thema #Mensch so geformt und begleitet, dass wirklich brisante Fragen mutig ins Visier genommen werden konnten. Dabei geht es um Gegenwart und Zukunft von Gesellschaft und Kirche. Nach dem Wettbewerb ist vor dem Wettbewerb: Wir freuen uns auf Nummer zwölf!“

„Dass viele Schüler\*innen ihre ethische Urteilsbildung aus einer christlichen Position heraus verantworten, ist das Besondere am Landeswettbewerb Evangelische Religion“, betont Christoph Dahling-Sander, Geschäftsführer der Hanns-Lilje-Stiftung. „Dies steht zugleich für unseren Stiftungszweck: Kirche und Theologie im Dialog mit Politik und Gesellschaft, mit Wissenschaft und Technik, mit Kunst und Kultur.“

Thomas Schlichting, Geschäftsführer der Heinrich-Dammann-Stiftung, findet die große Bandbreite der eingereichten Arbeiten zum



Die Frankfurter Virologin Sandra Ciesek war Schirmherrin des Landeswettbewerbs Religion 2022/2023.  
© Dethard Hilbig

Thema „#Mensch“ höchst spannend. „Sie bilden gerade die Themen in einer großen Vielfalt ab, die Jugendliche beschäftigen. Da die Heinrich-Dammann-Stiftung insbesondere die Partizipation fördert, gibt der Wettbewerb auch in diesem Durchgang wieder viele wichtige Hin-

weise auf das, was Jugendliche bewegt“, so Schlichting. „Wir werden in unserer weiteren Förderung ein Augenmerk darauf haben. Gefreut hat mich auch die hohe Qualität der Beiträge und die gute und manchmal auch sehr selbstkritische Reflexion.“



**LOTHAR VEIT** ist freier Journalist

## Alle Hauptpreisträger\*innen

### Einzelbeiträge

1. Platz: Chiara Jung – Gymnasium Wilhelm-Raabe-Schule, Lüneburg (300 €)
2. Platz: Anja Eggers – Gymnasium Salzgitter-Bad (250 €)
3. Platz: Kimberly-Manuela Quast – Integrierte Gesamtschule Garbsen (150 €)

### Gruppenbeiträge

1. Platz: Teresa Madita Büttner, Laura Mahncke, Emely Weihs, Mika Hoffmann – Gymnasium am Bötschenberg, Helmstedt (600 €)
2. Platz: Enrik Enneking, Simon Blome, Luca Pengelley – Gymnasium Lilienthal (500 €)
3. Platz: Ben Hinkelmann, Joshua Zobel – Lichtenberg-Gymnasium, Cuxhaven (400 €)
4. Platz: Paul Friedrichs, Jonah Knaus, Oke Aller – Amandus-Abendroth-Gymnasium, Cuxhaven (300 €)

Sonderpreis: Ann-Kathrin Schensny, Marie Paulmann – Integrierte Gesamtschule Garbsen (100 €)

### Jury

- Ralf Meister, Landesbischof der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers
- Dr. Adelheid Ruck-Schröder, Regionalbischöfin im Sprengel Hildesheim-Göttingen
- Mette-Luise Springer, Preisträgerin 2020/2021
- Prof. Dr. Christoph Dahling-Sander, Geschäftsführer der Hanns-Lilje-Stiftung
- Thomas Schlichting, Geschäftsführer der Heinrich-Dammann-Stiftung
- Dr. Heike Pöppelmann, Museumsdirektorin des Braunschweigischen Landesmuseums

### Schirmherrschaft

Prof. Dr. Sandra Ciesek

\*\*\*

IN EIGENER SACHE

# Zum Abschied von Dr. Michaela Veit-Engelmann

**V**or kurzem hat sich das Kollegium des RPI Loccum von seiner Dozentin für Berufsbildende Schulen, Dr. Michaela Veit-Engelmann, verabschiedet. Michaela Veit-Engelmann war fast fünf Jahre als Dozentin und Beauftragte für die Öffentlichkeitsarbeit am RPI tätig. Seit dem 1. Juni 2023 wirkt sie als Oberkirchenrätin in der Bildungsabteilung des Landeskirchenamtes Hannover. Sie übernimmt damit in der

Nachfolge von Dr. Marc Wischnowsky Referat 42 mit vielen Aufgaben zwischen Kirche, Schule und Hochschule.

Who is Michaela? Michaela Veit-Engelmann war vor ihrer Tätigkeit am RPI Schulpfarrerinnen an einer Berufsbildenden Schule in Hameln. Die Liebe zu dieser Schulform und ihren Lehrkräften und Schüler\*innen hat sie in ihre Arbeit im Bereich BBS und darüber hinaus am RPI hineingetragen. Stets hat sie auf Instituts-



© Heiko Stumpe

und Landeskirchenebene bei Überlegungen zu Formaten und Angeboten die Berücksichtigung der Bedarfe dieses Lehrer\*innen- und Schüler\*innenklientels, orientiert an Lebenswelt und Beruf, mit biblisch-theologischem Geschick und viel Herzblut eingefordert. In ihren praxisorientierten Print- und Online-Publikationen hat sie mit spannenden Themen die Frage wachgehalten, wie Jugendliche im Religionsunterricht „leichtes Gepäck“ an die Hand bekommen, das zugleich elementar ist. Nicht zuletzt deshalb hat sie in ihrer Zeit als Dozentin an vielen Kooperationen, an der Konzeption einer ökumenischen Weiterbildung sowie auch beratend und begleitend im Vorstand der Vereinigung Evangelischer Religionslehrkräfte an berufsbildenden Schulen (VER) in Niedersachsen mitgearbeitet.

Michaela Veit-Engelmann hat darüber hinaus das Bild des RPI in der Öffentlichkeit geformt und beharrlich in das Bewusstsein der Landeskirche eingetragen. Ihre Ideen, ihre klare Theologie und ihre Leidenschaft für die Arbeit haben uns als Kollegium sehr bereichert und zu zahlreichen inner- und außerhäusigen Kooperationen angeregt.

Wir werden ihre Stimme, auch in musikalischer Hinsicht, in unserem Haus vermissen, freuen uns aber auf eine fruchtbare Zusammenarbeit in neuen Bezügen und wünschen ihr für ihren weiteren Weg Gottes Segen. ◆

*Kerstin Hochartz*

\*\*\*

## IN EIGENER SACHE

# Die Pelikan-Chefin fliegt aus



© Lothar Veit

**N**ach dreieinhalb Jahren hat sich das Kollegium des RPI Loccum zum 31. Juli von der Dozentin für die religionspädagogische Ausbildung im Vikariat und Leiterin des Loccumer Pelikans, Christina Harder, verabschiedet. „Man muss nicht alles glauben, was man so denkt!“, steht in großen Lettern an Christinas Bürotür – Zeilen, die sie mit ihren kritischen Rückfragen, der Liebe zum Detail und der Idee, Dinge zukunftsfähig zu verändern, gut beschreiben. Um nicht alles beim Alten zu belassen und zu denken, dass das schon gut so sei, hat Christina Harder in ihrer Zeit im RPI die religionspädagogische Ausbildung der Vikar\*innen neu strukturiert und dabei an die Herausforderungen, die Schule gegenwärtig mit sich bringt, sowie an die universitäre Ausbildung angepasst. In vielen Sitzungen mit dem Predigerseminar hat sich Christina dafür eingesetzt, Bildung und Pädagogik durch das Vikariat hindurch eine nachhaltigere Rolle zu verschaffen. Richtlinien für die religionspädagogische Phase wurden in einen handlichen Reader übertragen; mit den Vikar\*innen wurde kritisch über religi-

öse Bildung im Kontext Schule und Gemeinde diskutiert. Im RPI hat Christina Harder zahlreichen Lehrkräften ihre Leidenschaft für das Philosophieren mit Kindern und Jugendlichen nähergebracht. In ihrem Redaktionsteam hat sie sich nicht gescheut, auch Artikel aus prominenter Feder kritisch zu hinterfragen. Kaum ein Pelikan ohne einen fundierten Praxisartikel von ihr! Dabei wurde durch sie immer wieder ihr weites Verständnis von Religion und religiöser Bildung eingetragen und das Redaktionsteam damit zum Weiter-Denken angeregt. Dafür sagen wir herzlichen Dank. Nun wechselt Christina Harder die Wirkungsstätte und nimmt ihre Arbeit vor Ort an der IGS Osterholz-Scharmbeck auf. Dort wird sie die Religionspädagogik sicher auch weiter besonders im Blick behalten und vielen ihrer Schüler\*innen vermitteln, nicht gleich alles zu glauben, was man so denkt. Für diesen nächsten Schritt in der Berufslaufbahn wünschen wir Christina alles erdenklich Gute und Gottes Segen! ◆

*Linda Frey und Lena Sonnenburg*

# Buch- und Materialbesprechung

## UNTERRICHTSMODULE FÜR DAS FACH ETHIK

Spannend: (Erst) Im Schuljahr 2021/22 wurde in Österreich „Ethik“ als Pflichtfach für all jene Schüler\*innen in den Regelschulbetrieb eingeführt, die keinen Religionsunterricht besuchen. Das vorliegende Praxisbuch entstand als Beitrag zur didaktischen Gestaltung dieses neuen Bildungsangebotes an österreichischen Schulen, die laut Vorwort der Herausgeberinnen bewusst in der Lebenswirklichkeit und bei den Lebensperspektiven der Schüler\*innen ansetzen möchte. In ihm bündeln sich Unterrichtsideen für das neue Fach, die aus der Zusammenarbeit verschiedener Referent\*innen und ihrer Studierenden im Hochschullehrgang Ethik an der Privaten Pädagogischen Hochschule Burgenland entwickelt wurden. Adele Grill, Lehrgangsleiterin, und Barbara Brüning, Referentin mehrerer Module, haben diese Ideen nun als „Unterrichtsmodule“ herausgegeben, untergliedert in die drei thematischen Blöcke Mensch – Natur – Gesellschaft.

Der Aufbau des Buches folgt einem angenehm klaren Konzept: Unter dem Dach der drei Themenblöcke finden sich jeweils drei Beiträge verschiedener Autor\*innen mit Unterrichtsmodulen zu inhaltlichen Schwerpunkten; bspw. im Themenblock „Mensch“ die Beiträge „Der Mensch liebt das Risiko“, „Mit Brüchen im Leben umgehen“, „Der Mensch als Grenzgänger“. Jeder der insgesamt neun Beiträge wiederum ist jeweils untergliedert in eine Hinführung zum Thema, Ideen für einen kreativen Einstieg, inhaltliche Bausteine sowie Vorschläge für die Weiterarbeit im Unterricht. Dieser klare Aufbau macht es für Lehrer\*innen leicht, sich schnell einen Überblick zu den Inhalten und Fragestellungen zu verschaffen und sich daraus ggf. passende Bausteine für den eigenen Unterricht herauszunehmen.

Wer einen Blick in das Praxisbuch wirft, wird darin sehr schnell die von den Herausgeberinnen im Vorwort explizit angekündigte Lebenswelt- und Subjektorientierung wiederfinden. Die Unterrichtsideen knüpfen an Lebensgefühl, Ängste, Hoffnungen, Lebensperspektiven, Er-

fahrungen junger Menschen im Alter zwischen 14 und 19 an. Darüber hinaus geben die jeweiligen Autor\*innen immer wieder Tipps für potenzielle fächerübergreifende Kooperationen und Projekte. Die Methoden und Materialien sind abwechslungsreich und haben einen hohen Aufforderungscharakter. Dabei gelingt es den Autor\*innen hervorragend, die nah an den jungen Menschen orientierten Fragestellungen mit biografischen Informationen bedeutender Philosoph\*innen und Textauszügen ihrer Werke zu verknüpfen. Als Beispiel sei die Philosophin Simone Weil genannt, deren Leben und Werk im Beitrag „Mit Brüchen im Leben umgehen“ als roter Faden für die Unterrichtsideen dient. Die Texte in allen neun Beiträgen sind eher kurz, aber anspruchsvoll; so wie bspw. die fünf Aphorismen aus der Sammlung „Cahiers“ mit persönlichen Aufzeichnungen Simone Weils. Nicht zuletzt daran wird deutlich, dass die Unterrichtsmodule mit den Textmaterialien vorrangig für den Unterricht mit Schüler\*innen des Sekundarbereichs II gedacht ist, teilweise auch der Jahrgänge 9/10. Mit Blick auf die Aufgabenstellungen fällt auf, dass sie nur teilweise mit Hilfe der Operatoren aus den drei Anforderungsbereichen der Kerncurricula formuliert sind, so wie es im deutschen Raum in den letzten 10 bis 15 Jahren die Regel geworden ist. Insofern wären manche Aufgabenstellungen noch explizit einem Anforderungsbereich zuzuordnen und ggf. die Formulierungen anzupassen.

Schließlich sei auf die sehr gelungene Einführung zu dem Praxisbuch hingewiesen: vor allem auf den Abschnitt „Philosophieren auf der Grundlage fünf traditioneller Methoden“. Hier wird ein praxisorientierter Einblick in fünf zentrale philosophische Praktiken gegeben, die auch im Religionsunterricht zum festen Methodenhandwerkzeugs-Koffer gehören bzw. gehören sollten – nicht zuletzt deshalb, weil sich darin überwiegend die prozessorientierten Kompetenzen aus den Kerncurricula für das Fach Evangelische Religion wiederfinden lassen: wahrnehmen und darstellen (phänomenologische



Barbara Brüning,  
Adele Grill (Hg.):

### **Unterrichtsmodule für das Fach Ethik. Mensch – Natur – Gesellschaft**

Trauner Verlag  
Linz/Österreich 2022  
ISBN 978-3-99113-757-3  
180 Seiten, 24,90 €

Methode), verstehen und deuten (hermeneutische Methode), urteilen und begründen (analytische Methode), argumentieren und am Diskurs teilnehmen (dialektische Methode), andere Perspektiven einnehmen und mit Gedanken experimentieren (spekulative Methode).

Daran anknüpfend möchte die Verfasserin dieser Rezension hervorheben, dass das vorliegende Praxisbuch mit den Unterrichtsmodulen zu Mensch, Natur und Gesellschaft auch für den Religionsunterricht im Sekundarbereich II eine wahre Fundgrube für Unterrichtsideen sein kann. Abschließend sei daher ein Zitat von Markus Bartsch aus dem Vorwort der Herausgeberinnen aufgegriffen: „Als Unterrichtsfächer, die sich der Erziehung zur Mündigkeit verpflichten, indem sie bekenntnisneutral Schülerinnen und Schüler von ganz unterschiedlichen ethnischen, nationalen und religiösen Selbstverständnis zum Diskurs anleiten, dienen Philoso-

phie- und Ethikunterricht der Werteerziehung in der Weise, dass ein demokratisches Selbstverständnis als übergeordnetes und zugleich lebbares Konstrukt die Auseinandersetzung mit kulturellen und religiösen Gemeinsamkeiten sowie Differenzen ermöglicht.“ (6) Auch der Religionsunterricht sieht sich der Erziehung zur Mündigkeit verpflichtet, weil gelebter und lebendiger Glaube nie aus nachgeplapperten Glaubenssätzen ent- und bestehen kann, sondern nur in stetiger individueller Auseinandersetzung mit dem eigenen Weltzugang in wertschätzender und offener Auseinandersetzung mit anderen Weltanschauungen. Darin leistet der Religionsunterricht in Deutschland genauso wie der Philosophie- und Ethikunterricht einen Beitrag zur Entwicklung eines demokratischen Selbstverständnisses. ◆

Christina Harder

\*\*\*

## KINDERARMUT UND RELIGIONSUNTERRICHT



Vera Uppenkamp

### **Kinderarmut und Religionsunterricht Armutssensibilität als religionspädagogische Herausforderung**

Reihe Religionspädagogik innovativ, Band 42  
Kohlhammer  
Stuttgart 2021  
ISBN 978-3-17-041060-2  
433 Seiten, 49,00 €

Diese Paderborner Dissertation von Vera Uppenkamp bearbeitet ein bislang religionsdidaktisch vernachlässigtes Thema. Ziel der Untersuchung ist es, „zu einem sensiblen und diskriminierungspräventiven Arbeiten mit sozio-ökonomisch unterschiedlich privilegierten und benachteiligten Schüler\*innen im Religionsunterricht beizutragen“ (21).

Sorgfältig nimmt die Autorin notwendige Begriffsklärungen vor und fasst den Forschungsstand zur Bildungsbenachteiligung aufgrund sozialer Herkunft sowie zu Kinderarmut im Kontext schulischer Religionspädagogik präzise zusammen. Anknüpfend an die Untersuchungen von David Käbisch (2015) und von Daniel Arnhold (2017), in der Lehrkräfte beklagten, dass Armutserfahrungen der Schüler\*innen selten in den Religionsunterricht einbezogen würden, was im Gegensatz zum postulierten Lebensweltbezug stehe, begründet Uppenkamp die Relevanz der Fragestellung. Anschließend entfaltet sie die Verantwortung der Religionspädagogik für Bildungsgerechtigkeit und kommt zu dem Schluss, dass sie zu Teilhabegerechtigkeit für marginalisierte und benachteiligte Schüler\*innen beitragen und deren Handlungsspielräume erweitern müsse. Wichtig seien auch intersektionale Perspektiven auf

Armut (Gabriele Winkler, Nina Degele 2009), da zwischen den verschiedenen Dimensionen von Heterogenität – beispielsweise zwischen Armut und Geschlecht – Wechselwirkungen bestehen und Privilegien Handlungsspielräume beeinflussen. Bezugnehmend auf Thorsten Knauth unterstreicht die Autorin die Notwendigkeit, bei Lehrkräften eine Haltung anzubahnen, die „sensibel gegenüber Ausgrenzungsprozessen ist und wertschätzend gegenüber allen Versuchen der Lernenden, sich die Welt zu erschließen“ (77).

Nach einer gründlichen Auseinandersetzung mit der sozialwissenschaftlichen Perspektive Pierre Bourdieus, mit milieudifferenzierten und mit theologischen Perspektiven auf Armut, sind von der Autorin grundlegende Voraussetzungen für einen armutssensiblen Religionsunterricht gelegt. Sie schlussfolgert: Sozialgeschichtliche und befreiungstheologische Exegese seien notwendig, ohne dass in Zusammenhang mit Letzterer das Erbe jüdischen Gerechtigkeitsdenkens vergessen werden dürfe. Es gehe sowohl um ein Eintreten für sozial Benachteiligte als auch darum, sich für strukturelle Veränderungen einzusetzen. Mehrperspektivische Lesarten seien in der Auseinandersetzung mit biblischen Texten zu fördern (Wolfgang Stegemann

1981), und benachteiligte Menschen seien als Subjekte anzuerkennen, die „theologisch kompetent aus ihrer Perspektive kirchliches und gesellschaftliches Handeln kritisch anfragen und mitgestalten können“ (228). Die Autorin fordert mit Herbert Haslinger (2008), die Kontextualität ethischer Normen anzuerkennen. Unter Berücksichtigung ihrer Kontextualität seien sodann – auf der Basis von Gleichberechtigung, Autonomie und Solidarität – ethische Normen für gesellschaftliche Entwicklungen und für individuelle Optionen zu gewinnen. Solch ein Perspektivenwechsel ermögliche eine Entdiakonisierung, d.h. ein Solidaritätsverständnis, das sich nicht *für* arme Menschen einsetzt, sondern *mit* ihnen für strukturelle und individuelle Veränderungen wirkt.

Wie nehmen nun Lehrkräfte Kinderarmut wahr und wie gehen sie damit um?

Dazu führt Uppenkamp mit zehn evangelischen Grundschullehrkräften eine qualitative Untersuchung nach Philipp A.E. Mayring (2010) durch, die sie wissenssoziologisch überzeugend verortet. Der vollständige Untersuchungsleitfaden befindet sich im Anhang des Buches. Ihre Ergebnisse gliedert Uppenkamp in folgende drei übergeordnete Punkte, die von ihr anschließend noch einmal untergliedert werden: Wahrnehmungen der Lehrkräfte von Kinderarmut, Bezüge zum Religionsunterricht und Umgang der Lehrkräfte mit Armut. Die Autorin wertet die Äußerungen der Lehrkräfte sorgfältig aus und diskutiert die Ergebnisse theoriegeleitet. Allein schon dieses Material ist für Lehramtsstudierende und Lehrkräfte eine Fundgrube, die dazu anregt, eigene Positionen dazu in Beziehung zu setzen und neue Sichtweisen zu gewinnen.

Uppenkamp stellt bei allen zehn Lehrkräften das Bemühen fest, die Schüler\*innen zu stärken und Teilhabebarrrieren abzumildern. Problematisch sei jedoch die Tendenz zur Reifizierung von Armut, die antiemanzipatorisch wirken könne. Damit arbeitet die Autorin einen wichtigen Aspekt heraus, der in konzeptionelle Überlegungen zu einem armutssensiblen Religionsunterricht einfließen muss. Dass Uppenkamp dies tut, wird in ihrem Schlusskapitel „Spannungsverhältnisse“ deutlich, in dem sie Herausforderungen diskutiert, die sich aus einem in befreiungstheologischer Perspektive gestalteten armutssensib-

len Religionsunterricht ergeben. Um Reifizierung zu vermeiden, schlägt sie z.B. vor, nicht von einer *Theologie der Armen* zu sprechen, „die als scheinbar homogene Gruppe eine soziale Konstruktion ergeben. Stattdessen könnte die ebenfalls aus befreiungstheologischen Zusammenhängen bekannte Formulierung *Theologie der Unterdrückten* genutzt werden, da das Motiv der Unterdrückung das theologisch zentrale Motiv darstellt“ (380).

Nach diesem Sprung ins Schlusskapitel nun noch einmal zurück: Auf die Ergebnisse der qualitativen Untersuchungen folgen facettenreiche konzeptionelle Überlegungen der Autorin für einen armutssensiblen Religionsunterricht. Sie gipfeln in einem Schaubild, das, anknüpfend an das trilemmatische Inklusionsmodell von Mai-Anh Boeger (2019), Bausteine für den Religionsunterricht gebündelt veranschaulicht. Diese bauen auf einer mehrdimensionalen Wahrnehmung von Armut, kontextuell-kritischer Selbstreflexivität von Lehrkräften sowie Erfahrungs- und Subjektorientierung auf. Wichtige Aspekte wie z.B. heterogenitätssensible Begleitung in der Identitätsbildung, Milieusensibilität oder hermeneutische Offenheit werden von Uppenkamp dort in ihrem Verhältnis zu den didaktischen Kategorien „Empowerment, Normalisierung und Dekonstruktion“ angeordnet (376).

Die tiefgründige Reflexion im Schlusskapitel „Spannungsverhältnisse“ zeugt von einem hohen Problembewusstsein der Autorin und von deren Bereitschaft, eigene Folgerungen offen für neue Sichtweisen zu halten und daran weiterzudenken. Das kleinschrittige Inhaltsverzeichnis macht den roten Faden dieser Untersuchung gut nachvollziehbar und ermöglicht einen schnellen Zugriff zu einzelnen Aspekten.

Insgesamt ist diese gut lesbare Arbeit ein wichtiger Beitrag zu einem zentralen religionspädagogischen Thema, das bis heute nichts von seiner Relevanz eingebüßt hat. Es ist zu wünschen, dass Lehrkräfte, Studierende, Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst, Ausbilder\*innen und Wissenschaftler\*innen sich mit deren Ergebnissen auseinandersetzen und sowohl wissenschaftlich als auch unterrichtspraktisch an solchen Fragen weiterarbeiten. ◆

Christine Lehmann

# Nachrichten aus Schule, Staat und Kirche

## MELDESTELLE ERFASST 100 ANTISEMITISCHE VORFÄLLE IN NIEDERSACHSEN

In Niedersachsen sind im vergangenen Jahr 100 antisemitische Vorfälle dokumentiert worden. Unter anderem handelte es sich um jüdenfeindliche Angriffe, Bedrohungen und Sachbeschädigungen, wie die landesweite Recherche- und Informationsstelle (RIAS) mitteilte. Erstmals wurden der Meldestelle zwei Vorfälle extremer Gewalt bekannt: So wurde bei einer Versammlung den Angaben zufolge ein schwer behinderter Teilnehmer eines Gegenprotests angegriffen, der eine israelische Fahne hielt. Er wurde zu Boden gedrängt und verlor das Bewusstsein.

„Antisemitismus kann Jüdinnen und Juden in allen gesellschaftlichen Schichten und an fast allen öffentlichen und nicht öffentlichen Orten begegnen“, bilanzierte Projektleiterin Ka-

tarzyna Miszkiel-Deppe bei der Vorlage des Jahresberichts für 2022. Judenfeindlichkeit schränke die bürgerliche Freiheit ein und gefährde die Demokratie. Die bekannt gewordenen Vorfälle bildeten allerdings nur einen Teil der Wirklichkeit ab. Es sei von einem großen Dunkelfeld auszugehen.

Insgesamt erfasste die Dokumentationsstelle weniger Vorfälle als im Jahr 2021, als 138 antisemitische Ereignisse bekannt wurden. Daraus lasse sich aber nicht folgern, dass der Antisemitismus in Niedersachsen abgenommen habe, hieß es. Die Ursache sei vielmehr, dass es weniger Versammlungen in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie und mit der Eskalation im israelisch-palästinensischen Konflikt gegeben habe. Dies seien „antisemitische Gelegen-

heitsstrukturen“ gewesen, die das Jahr 2021 geprägt hätten.

Die jüdische Verbandsvorsitzende Rebecca Seidler sagte, im Alltag müssten Jüd\*innen häufig antisemitische Sprüche aushalten, die keine große Aufmerksamkeit erfordern. So müssten sie sich etwa am Kiosk anhören, die Juden hätten sich bestimmte Vorteile erkaufte oder erschlichen. Solange noch Synagogen, jüdische Kindergärten und Seniorenheime durch die Polizei geschützt werden müssten, „können wir es uns nicht anmaßen zu sagen, dass Antisemitismus nur ein Randphänomen sei“, betonte Seidler, Leiterin des Landesverbandes der liberalen jüdischen Gemeinden. ◆

*epd Inb mig dab*

\*\*\*

## ZUNEHMENDER PERSONALMANGEL: GRUNDSCHULEN SCHLAGEN ALARM

Wegen zunehmenden Personalmanagements an Lehrkräften schlagen die Grundschulen in Niedersachsen Alarm. Immer häufiger fielen Lehrer\*innen krankheitsbedingt aus, teilte der Schulleitungsverband Niedersachsen mit. Oder sie arbeiteten in Teilzeit, um den Anforderungen des Berufs gerecht werden zu können. Das Kultusministerium müsse „unverzüglich“ spürbare Entlastungen für das Leitungspersonal und die Lehrkräfte an den Grundschulen auf den Weg bringen.

„Seit langem erreichen uns zahlreiche Hilferufe aus Grundschulen im gan-

zen Land, die zunehmend noch lauter werden“, erklärte der Verband. „Ge-standene Schulleitungen berichten, dass sie am Ende ihrer Kräfte sind und überlegen, den Job aufzugeben, um gesund zu bleiben.“ Die Situation an den Schulen sei untragbar. Prognosen sagten voraus, dass dies erst die Spitze des Eisbergs sei.

Der Verband forderte unter anderem die Möglichkeit, Leitungsteams aus mindestens zwei Personen mit ausreichender Leitungszeit und angemessener Besoldung einzurichten. Qualifizierte Lehrkräfte müssten ausschließlich für

den Unterricht eingesetzt werden. Um die Betreuung im Ganztagsbetrieb sowie unterrichtsbegleitende Angebote sicherzustellen, müsse ausreichend Geld zur Verfügung stehen, um qualifizierte pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzustellen.

An jeder Grundschule und jeder Außenstelle müsse es zudem eine Fachkraft für Sozialarbeit geben. Landesweit gibt es nach Angaben des Kultusministeriums 1.650 Grundschulen mit mehr als 280.000 Kindern. ◆

*epd Inb mig ucm*

## LEHRERVERBAND ERWARTET VERZÖGERUNG BEI DER DIGITALISIERUNG AN SCHULEN

Der Verband Niedersächsischer Lehrkräfte hat vor weiteren Verzögerungen bei der Digitalisierung an Schulen gewarnt. Aus Berlin heiße es, dass das im Koalitionsvertrag der Ampelregierung vereinbarte Folgeprogramm für den „Digitalpakt Schule“, der „Digitalpakt 2.0“, erst für 2025 und auf keinen Fall für 2024 geplant sei. Mit der Ankündigung des Bundesbildungsministeriums werde in Niedersachsen die Digitalisierung an Schulen „im Stottermodus“ laufen und sich weiter verzögern, bemängelte der Verbandsvorsitzende Torsten Neumann.

Nach aktuellem Stand könnten noch bis Ende Mai 2024 Anträge aus dem laufenden Digitalpakt gestellt werden, hieß es. Deren Abrechnung mit dem Bund müsse dann bis Ende 2025 abgeschlossen werden. Damit klaffe aber von Juni 2024 bis Anfang 2025 eine mehrmonatige Lücke bis Neubeschaffungen aus dem Nachfolgeprogramm möglich würden. „Das bedeutet für viele unserer Schulen eine Verzögerung zum Beispiel beim Aufbau von schuleigenem WLAN oder bei der Anschaffung von interaktiven Tafeln“, sagte Neumann.

Die Schulen seien bereits durch den eklatanten Lehrkräftemangel und den dadurch entstandenen Unterrichtsausfall und die Überbelastung der Lehrkräfte in einer schwierigen Situation, betonte der Verbandsvorsitzende. „Da darf das Ausbremsen des Digitalisierungsprozesses unserer Schulen nicht noch hinzukommen. Wir erwarten von der Landesregierung tatkräftige Unterstützung.“

*epd Niedersachsen/Bremen*

\*\*\*

## STICHWORT „KASUALIEN“

Taufen, Konfirmationen, Trauungen und Bestattungen gehören als lebensbegleitende Rituale zu den wichtigsten Aufgaben der Kirchen. In der kirchlichen Fachsprache gibt es dafür den Begriff der „Kasualien“. Das Wort kommt vom lateinischen „casus“, was so viel heißt wie „Flle“.

Die Taufe ist in der evangelischen Kirche ein Sakrament, ein Heilszeichen, das nach christlicher Überzeugung die

unsichtbare Gnade Gottes wahrnehmbar übermittelt. Aber auch bei den anderen Anlässen steht der Segen Gottes für die Menschen im Mittelpunkt. Zu den Kasualien zählen weitere biografisch orientierte Segenshandlungen wie die Einschulung, Geburtstage, Konfirmations- oder Ehejubiläen.

Zunehmend kommen noch mehr Schnittstellen des Lebens in den Blick. Dazu gehören beispielsweise Trennun-

gen, der Abschied von einem Kinderwunsch oder der Übergang von der Erwerbsarbeit in den Ruhestand.

In der evangelischen Kirche werden nur Menschen gesegnet, keine Gebäude oder Maschinen. Bei der Einweihung einer Feuerwache beispielsweise werden die Feuerwehrleute gesegnet, die in der Wache arbeiten, nie das Gebäude selbst.

*epd Niedersachsen/Bremen*

\*\*\*

## KITA-KONGRESS FRAGT NACH DIGITALISIERUNG UND NACHHALTIGKEIT

Digitalisierung und Nachhaltigkeit gehören zu den wichtigsten Themen beim Kita-Fachkongress „Die Herausforderung: Frühpädagogik 2040“ am 28. Juni in Hannover. Dazu werden im Kongresszentrum der Stadt rund 250 Fachleute aus evangelischen Kindertagesstätten erwartet, wie die Diakonie in Niedersachsen am Dienstag mitteilte. Die Teilnehmenden wollten einen Blick in die Zukunft wagen und danach fragen, wie sich die frühkindliche Bildung in den nächsten Jahren verändern kn-

ne.

An Infoständen sollen unter anderem Computer-Tools präsentiert werden, die frhpdagogisch in Kitas eingesetzt werden können: von sogenannten „BeeBots“, bei denen Kinder spielerisch das Programmieren lernen, über Minidrucker bis hin zur Möglichkeit, einen Animationsfilm zu drehen. Hauptreferent ist der frühere Direktor des Staatsinstituts für Frühpädagogik in München, Professor Wassilios Fthenakis.

Der Kongress richtet sich an Kitas in der hannoverschen Landeskirche, der größten evangelischen Landeskirche in Deutschland. Auf deren Gebiet gibt es 702 Kitas mit insgesamt rund 56.000 Mädchen und Jungen und rund 10.500 pädagogischen Mitarbeitenden. In Niedersachsen gehören die Kirchen zu den größten freien Kita-Trägern. Landesweit gibt es insgesamt mehr als 5.500 Kindertagesstätten.

*epd Niedersachsen/Bremen*

## „SEGEN VERSCHENKEN“

„Wir haben nicht den Auftrag, Segen zu verwalten, sondern Segen zu verschenken.“ Die Hamburger Pastorin und Ritualgestalterin Meike Barnahl

zur Gestaltung kirchlich-lebensbegleitender Rituale wie Trauungen, Taufen und Bestattungen am Mittwoch bei einer Konferenz evangelischer Pastorin-

nen und Pastoren in Rotenburg bei Bremen. ◆

*epd Niedersachsen/Bremen*

\*\*\*

## EINSCHULUNG FÜR MANCHE FAMILIEN FINANZIELL KAUM ZU STEMMEN

Die Einschulung ist nach Beobachtungen von Niedersachsens Diakonie-Vorstandssprecher Hans-Joachim Lenke für viele Familien nicht nur mit Freude verbunden, sondern auch mit finanziellem Druck belastet. Das Geld aus dem Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes reiche bei weitem nicht, sagte Lenke. „Nach Zahlen des Sparkassenverbandes geben Familien 970 Euro aus, mit Ranzen und allem, was dazugehört. Das kann man sicher auch billiger haben.“ Doch die 116 Euro, die aus den Bundesleistungen pro Kind zum Schuljahresbeginn zur Verfügung stünden, seien eindeutig zu wenig.

Lenke berief sich auch auf Daten des Statistischen Bundesamtes, nach denen die Preise für Schulhefte oder Zeichenblöcke im Juli 2023 um 13,6 Prozent über denen vor einem Jahr la-

gen. Insbesondere die Einschulung und der Wechsel auf eine weiterführende Schule seien damit für manche Familien nicht zu stemmen. Zudem sei es nach wie vor kompliziert, die Hilfsleistungen zu beantragen, auf die ein Anrecht bestehe, kritisierte Lenke. „Man muss quasi ein Sozialrechtsexperte sein, um zu wissen, wo es welche Unterstützung gibt.“

„Da ist die Kindergrundsicherung ein großer Fortschritt, wenn sie denn kommt“, unterstrich er. Derzeit streiten die Berliner Koalitionsparteien noch über das Finanzvolumen. Lenke betonte: „Nötig ist eine vernünftige Ausstattung, sonst handelt es sich um ein Moggelpaket.“ Bisher seien Sozialleistungen wie das Bürgergeld nicht hinreichend finanziert und fielen zu niedrig aus. „Es geht nicht nur um eine kleine Rand-

gruppe der Gesellschaft“, erläuterte er. In Niedersachsen seien 17,1 Prozent der Menschen von Armut bedroht. Betroffen seien vor allem Alleinerziehende und Familien mit mehr als drei Kindern.

Die Diakonie unterstützt Lenke zufolge die Familien mit besonderen Aktionen zum Schulanfang. Unter anderem gebe es Projekte in Hildesheim, dem Harzer Land und der Region Cuxhaven. In der Region Hannover helfe die Diakonie mit Sachspenden: „Weil die Experten wissen, dass dieses eigentlich frohe Ereignis für Familien eine große Herausforderung sein kann.“ Vielfach gebe es auch bürgerschaftliches Engagement, so hätten einige Serviceclubs wie etwa Zonta Projekte zum Schulstart. ◆

*epd Niedersachsen/Bremen*

\*\*\*

## ETATKÜRZUNGEN BEDROHEN FREIWILLIGENDIENSTE

Die Diakonie Deutschland und die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend (aej) fürchten tiefe finanzielle Einschnitte bei Freiwilligendiensten in den kommenden beiden Jahren. Die beiden Organisationen teilten am Dienstag gemeinsam in Berlin und Hannover mit, der Haushaltsentwurf für 2024 und die weiteren Planungen für 2025 sähen bei der Förderung von Freiwilligem Sozialen Jahr (FSJ) und Bundesfreiwilligendienst (BFD) Kürzungen um einen dreistelligen Millionenbetrag vor.

„Bei Umsetzung der geplanten Kürzungen von insgesamt 113 Millionen

Euro stünden viele Plätze in den Freiwilligendiensten vor dem Aus“, warnten Diakonie und aej. Diakonie-Vorständin Maria Loheide sprach von jeder vierten Freiwilligenstelle, die wegzufallen drohe.

Die Planungen der Bundesregierung bedeuteten einen Rückgang der Mittel um mehr als ein Drittel (35 Prozent). Für 2024 sei eine Kürzung um 78 Millionen Euro vorgesehen und für 2025 um 35 Millionen Euro. Diakonie und evangelische Jugend appellierten an die Bundestagsabgeordneten, den Haushalt „dringend nachzubessern“.

Sollten die Kürzungen so kommen wie geplant, werde damit „ein wichtiges Instrument zur Gewinnung junger Menschen für soziale Berufe und gesellschaftliches Engagement massiv beschnitten“, hieß es weiter. „Gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fordern und gleichzeitig ein dafür wichtiges Instrument kaputt zu sparen, passt für uns politisch nicht zusammen“, bemängelte aej-Generalsekretär Michael Peters. ◆

*epd Niedersachsen/Bremen*

## IMPRESSUM

Der »Loccumer Pelikan« informiert über die Arbeit des Religionspädagogischen Instituts und beteiligt sich an der religionspädagogischen Grundsatzdiskussion. Er berichtet über Neuigkeiten im Feld von Schule und Gemeinde und bietet Unterrichtenden Hilfen für ihre Arbeit. Die vierte Ausgabe eines Jahres informiert über das Veranstaltungsprogramm des RPI für das folgende Jahr.

Schulen und Kirchenkreise erhalten den »Loccumer Pelikan« regelmäßig, interessierte Einzelpersonen erhalten ihn auf Anfrage kostenlos. Spenden zur Deckung der Produktions- und Versandkosten sind erwünscht.

### Herausgeber:

Religionspädagogisches Institut Loccum  
Uhlhornweg 10-12  
31547 Rehburg-Loccum  
Telefon: 057 66/81 - 1 36

E-Mail: rpi.loccum@evlka.de  
Internet: www.rpi-loccum.de

Bankverbindung:  
IBAN: DE36 5206 0410 0000 0060 50  
BIC: GENODEF1EK1

Erscheinungsweise: vierteljährlich  
Auflage: 9.000  
Druck: Bruns Druckwelt, Minden

### Redaktion:

Linda Frey, Christina Harder, Prof Dr. Silke Leonhard, Lena Sonnenburg

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. Die Rechte an den Artikeln liegen bei den jeweiligen Autor\*innen. Die Redaktion bemüht sich, alle Rechteinhaber der verwendeten Texte

und Bilder zu ermitteln. Dies ist nicht immer in allen Fällen möglich. Berechtigte Ansprüche werden natürlich im Rahmen der üblichen Vereinbarungen abgegolten.

### Abonent\*innenbetreuung:

Dörthe Klüsener, Telefon: 057 66/81 - 1 40  
E-Mail: Doerthe.Kluesener@evlka.de

### Layout & Bildredaktion:

Anne Sator

### Anzeigen/Beilagen:

Moderation & Kommunikation Anne Sator,  
Tel.: 01 71/3 2047 80, mail@anne-sator.de

### Titelbild:

Konfirmanden nach ihrer Einsegnung vor der Kirche Dresden Weißer Hirsch, Frühjahr 1987.  
© Ulrich Hässler/picture alliance/ZB.

## HINWEIS ZU FAHRTKOSTEN IN FORTBILDUNGEN DES RPI LOCCUM

In den letzten Jahrzehnten hat das RPI Loccum Fortbildungstagungen für Sie mit geringen Tagungsgebühren finanziert, ohne die Beträge angesichts von faktischen Kostensteigerungen anzuheben. Darüber hinaus haben wir bisher für viele Fortbildungen die Rückerstattung der Reisekosten nach dem kirchlichen Reisekos-

tenrecht für Fortbildungen (d.h. Fahrtkosten auf der Grundlage öffentlicher Verkehrsmittel, 2. Klasse) gewährt.

Die hohe Bezuschussung der Fortbildungen durch kirchliche Gelder werden wir aufrechterhalten. Wir bitten Sie aber seit dem 1. August

2023 darum, von dem üblichen Weg Gebrauch zu machen, **Reisekosten** für Fortbildungen **von Ihren Dienststellen** (Schule, Kirchenkreis etc.) erstatten zu lassen.

Für Ihr Verständnis sowie alle Verbundenheit bisher und weiterhin danken wir herzlich!

## MITARBEITER\*INNEN DIESES HEFTES

Prof. Dr. Klaus Fitschen,  
Theologische Fakultät der Universität  
Leipzig, Beethovenstr. 25, 04107 Leipzig,  
fitschen@uni-leipzig.de

Linda Frey, RPI Loccum,  
Uhlhornweg 10-12, 31547 Rehburg-Loccum,  
linda.frey@evlka.de

Christina Harder, christina.harder@evlka.de  
Kerstin Hochartz, RPI Loccum,  
Uhlhornweg 10-12, 31547 Rehburg-Loccum,  
kerstin.hochartz@evlka.de

Prof. Dr. David Käbisch,  
Fachbereich Evangelische Theologie,  
Universität Frankfurt am Main,  
Norbert-Wollheim-Platz 1,  
60323 Frankfurt am Main,  
kaebisch@em.uni-frankfurt.de

Anja Klinkott, Haus kirchlicher Dienste,  
Archivstr. 3, 30169 Hannover,  
medienverleih@kirchliche-dienste.de

Prof. Dr. Katharina Kunter,  
Faculty of Theology, P.O. Box 4  
(Vuorikatu 3), 00014 University of Helsinki,  
katharina.kunter@helsinki.fi

PD Dr. Christine Lehmann,  
Gertrudenstr. 29a, 38102 Braunschweig,  
Tine.lehmann@t-online.de

Prof. Dr. Silke Leonhard, RPI Loccum,  
Uhlhornweg 10-12, 31547 Rehburg-Loccum,  
silke.leonhard@evlka.de

Dr. Martin Otto,  
Fakultät Rechtswissenschaften,  
Fernuniversität in Hagen,  
Universitätsstraße 47, 58097 Hagen,  
martin.otto@fernuni-hagen.de

Tobias Richter, Theologisch Pädagogisches  
Institut Moritzburg,  
Bahnhofstr. 9, 01468 Moritzburg,  
tobias.richter@evlks.de

Prof. Dr. Dr. h.c. Richard Schröder,  
drrichard.schroeder@t-online.de

Antonia Schluß,  
antonia.schluss@gmail.com

Prof. Dr. Henning Schluß,  
Institut für Bildungswissenschaft,  
Universität Wien,  
Sensengasse 3a, A-1090 Wien,  
henning.schluss@univie.ac.at

Lena Sonnenburg, RPI Loccum,  
Uhlhornweg 10-12, 31547 Rehburg-Loccum,  
lena.sonnenburg@evlka.de

Dr. Johannes Träger,  
Landesinstitut für Schulqualität und  
Lehrerbildung Sachsen-Anhalt (LISA),  
Fachbereich 2: Schul- und  
Unterrichtsentwicklung,  
Riebeckplatz 9, 06110 Halle (Saale),  
johannes.traeger@sachsen-anhalt.de

Lothar Veit,  
Münchehäger Str. 8,  
31547 Rehburg-Loccum,  
lothar.veil@t-online.de

## NEUERSCHEINUNG IM RPI

---



Gottfried Orth und Bettina Wittmann-Stasch

### **„WENN ETWAS NICHT KLAPPT, MACH WAS NEUES!“** Ein Lese- und Arbeitsbuch zu Gewaltfreier Kommunikation und Systemischem Denken

Loccumer Impulse 27  
Rehburg-Loccum 2023  
ISBN 978-3-936420-77-7

Systemisches Denken, systemische Methoden fördern ebenso wie Gewaltfreie Kommunikation den bewussten Umgang mit (Körper-)Sprache, schulen die Aufmerksamkeit und zeigen, wie Selbstorganisation in Gruppen und Teams gelingen kann. Der Selbstfürsorge wird in beiden Ansätzen ein hoher Stellenwert eingeräumt.

Gewaltfreie Kommunikation und der Systemische Ansatz zielen auf eine Haltung, die die Autonomie anderer respektiert und in jeder Situation darauf achtet, auf Augenhöhe miteinander zu sprechen. Selbstwertschätzung und die Wertschätzung anderer sind dabei Grundpfeiler des Miteinander.

Diese Arbeitshilfe bietet Möglichkeiten an, die eigenen Kommunikationsmöglichkeiten zu erweitern. Sie ist eine Einladung, Gewaltfreie Kommunikation und die Systemische Haltung mit unterschiedlichen Übungen und Denkfragen auszuprobieren – in der Partnerschaft und der Familie, in der Kirchengemeinde und natürlich in der Schule!

## UNSER VERANSTALTUNGSPROGRAMM

---



[rpi-loccum.de/veranstaltungen](https://rpi-loccum.de/veranstaltungen)

## DER »PELIKAN« ONLINE

---



[rpi-loccum.de/loccumer-pelikan](https://rpi-loccum.de/loccumer-pelikan)